



BAYERISCHE

Gemeinde

Zeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Bundesvertreterversammlung in Braunschweig:

Starke Kommunen – Starkes Deutschland

Rund 500 kommunale Mandatsträger trafen sich in Braunschweig zur Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU (KPV), die im Rahmen des Kongress-kommunal stattfand. Im Zentrum der Beratungen standen Forderungen an die neue Bundesregierung für die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit dem Titel „Starke Kommunen – Starkes Deutschland“. Daneben lag der Fokus auf der Neuwahl des Bundesvorstandes.

Mit 96,5 Prozent der Stimmen wurde Christian Haase, Vorsitzender der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum neuen Bundesvorsitzenden der KPV Deutschlands bestimmt. Er tritt damit die Nachfolge von Ingbert Liebing an, der im Sommer zum Staatssekretär und Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund ernannt wurde. Einziger bayerischer Stellvertreter des Bundesvorsitzenden ist erneut Landrat Dr. Ulrich Reuter (Aschaffenburg).

Haase erwartet kommunalfreundliche Bundesregierung

Nach der Wahl erklärte Haase, der bisher schon Beisitzer im KPV-Bundesvorstand war: „Mein Herz schlägt kommunal. Als ehemaliger Bürgermeister ist es eine große Ehre für mich, die Kommunalen auf Bundesebene zu vertreten. Ich erwarte, dass auch

unter der neuen Bundesregierung die kommunalfreundliche Politik fortgeführt wird. Die Kommunalen brauchen auf der Bundesebene eine starke Stimme – dies gilt für die Regierungsarbeit und erst recht für die Koalitionsverhandlungen.“ Lokalpolitisch aktiv wurde der neue KPV-Bundesvorsitzende als Beigeordneter der Stadt Beverungen. Von 2004 bis 2013 bekleidete Haase dort das Amt des Bürgermeisters.

Breite Vernetzung und Verwurzelung vor Ort

Insgesamt zehn Beschlüsse fassten die Delegierten der Bundesvertreterversammlung. Neben dem Leitantrag wurde über neun weitere Anträge entschieden. „Je mehr vermeintlich, gemeinschaftliche Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam wahrgenommen werden, desto weniger braucht es ehrenamtliche Kommunalpolitik. Wenn die Union als Volkspartei

minister für Bund-Länder-Koordinierung im Bundeskanzleramt ausdrücklich auch für die Kommunen zuständig wird, um die Belange von Gemeinden, Städten und Landkreisen gleichermaßen zu berücksichtigen.

Schuldenbremse und kommunaler Anteil an der Umsatzsteuer

Die Einhaltung der ab dem Jahr 2020 auch für die Bundesländer geltenden Schuldenbremse wird als richtiger Schritt in eine gene-

rationengerechte Finanzverantwor-tung der öffentlichen Hand bezeichnet, der aber nicht dazu führen dürfe, dass dies zu Lasten der Kommunen geschieht. Die Länder dürften nicht ihre Verpflichtung aus dem Fiskalpakt durch eine Belastung der Kommunen erfüllen. „Deshalb fordern wir, dass die strukturelle Verschuldung der Kommunen und insbesondere die Kassenkredite in die Schuldenbremse der Länder einbezogen werden.“

Plädiert wird zudem für einen erhöhten, auch an den Sozialausgaben orientierten kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer zur Verwirklichung echter kommunaler Selbstverwaltung sowie die Anpassung der Verteilungskriterien auf die Kommunen. Eine weitere Verfassungsänderung zur direkten Förderung finanzschwacher Kommunen durch (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Franz Dirnberger und Dr. Uwe Brandl (v. l.).

Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetags:

Klartext zugunsten ländlicher Regionen

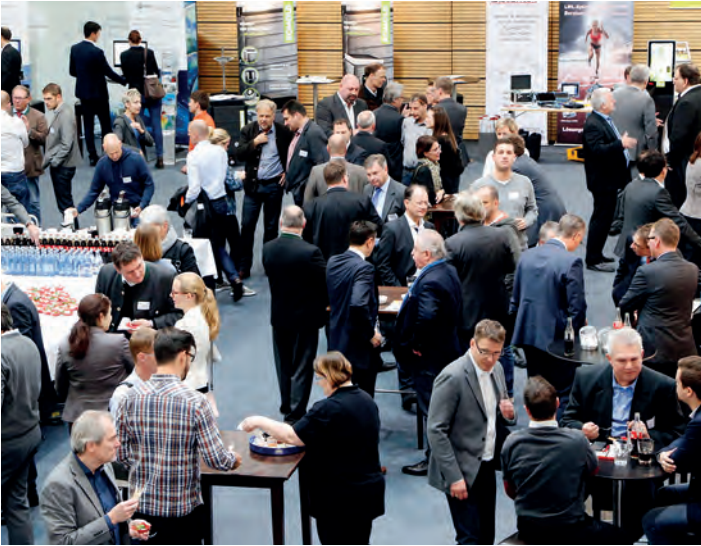
Der designierte neue Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl, fordert von der künftigen Bundesregierung mehr Unterstützung für die Kommunen durch den Bund. Wie der Präsident des Bayerischen Gemeindetags auf einer Pressekonferenz in München mitteilte, erwarteten Städte und Gemeinden von der Bundespolitik in der kommenden Legislaturperiode ein klares Bekenntnis zu ländlichen Regionen, zur Nutzung der Chancen der Digitalisierung und zur Fortsetzung der Unterstützung bei den Integrationsaufgaben.

Brandl verwies auf die besondere Bedeutung der ländlichen Regionen für den Standort Deutschland: „70 Prozent der Menschen leben nicht in großen Städten, der überwiegende Teil der Wertschöpfung findet ab-

seits der Ballungsräume statt. Wir müssen daher in der kommenden Legislaturperiode gezielt in die Potenziale der ländlichen Regionen investieren.“

Eckpfeiler für starke Regionen

Eine flächendeckende medizinische Versorgung, gute Bildung (Fortsetzung auf Seite 4)



Zahlreiche Besucher aus Bayerns Kommunen und Behörden nutzten während des 5. Bayerischen BreitbandForums in Essenbach die Gelegenheit zum intensiven Fachaustausch.

Bild: Jessica Kassner

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Der neue KPV-Bundesvorsitzende zusammen mit dem bayerischen Landesvorsitzenden: Christian Haase und Stefan Rößle (v. l.).

5. Bayerisches BreitbandForum in Essenbach:

Wegmarken für die Zukunft

Leistungsfähige Breitbandnetze sind zum schnellen Informations- und Wissensaustausch unbedingte Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die positive Entwicklung von Kommunen und Regionen. Über neue technische Errungenschaften, Förderprogramme und Kooperationsmöglichkeiten informierte das 5. Bayerische BreitbandForum in Essenbach, Landkreis Landshut. Damit schuf die Bayerische GemeindeZeitung erneut eine Plattform, über die wertvolle Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden.

Insgesamt folgten rund 250 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung. Das Forum konnte zudem 25 Partner bzw. qualitativ herausragende Aussteller für sich gewinnen.

Hochkarätige Referenten

Die hochkarätigen Referenten Rolf-Peter Scharfe/Vodafone GmbH, Daniel Öfele/Esri Deutschland GmbH, Dr. Henrik Bremer/Wirtschaftsrat Recht, Falk Wagner/ LASER COMPONENTS GmbH, Julian Behnen/ MRK Media AG, Karsten Micke/hotplots GmbH, Andreas Weber/ REHAU AG+Co, Markus Kopp/SPIE SAG GmbH, Udo Harbers/ Telekom Deutschland GmbH, Dr. Johannes Böhm/amplus AG, Dr. Julia Müller, Andreas Lange und Roland Werb/Rödl & Partner & Corwese GmbH sowie Bernd Geisler/Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat boten den Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

Wie Landshuts Landrat Peter Dreier in seinem Grußwort darlegte, stießen wegen des massiven Ausbaus in Bayern sowohl Netzbetreiber als auch Kommunen zusehends an die Grenzen ihrer Planungs- und Baukapazitäten. Dies führe zu Planungsfehlern und erheblichen Terminverschiebungen. Deshalb wäre es aus seiner Sicht für alle Akteure von Vorteil, wenn das Bayerische Förderprogramm über das Jahr 2018 hinaus verlängert würde, damit die Breitbandversorgung in Ruhe und mit der nötigen Sorgfalt fertig gestellt werden kann.

Ausbau läuft auf Hochtouren

Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat verwies darauf, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern auf Hochtouren läuft. 1.994 bayerische Kommunen (97 %) seien bereits in das bayerische Förderverfahren eingestiegen. 1.644 Kommunen starteten mit einer Gesamtfördersumme von 688

Millionen Euro in den Breitbandausbau. Allein bei den bisher im Ausbau befindlichen Projekten würden über 35.000 km Glasfaserleitungen verlegt. Damit könnten künftig über 670.000 Haushalte mit schnellem Internet versorgt werden, vor allem im ländlichen Raum. 77.000 Haushalte erhielten einen Glasfaseranschluss bis in die Gebäude.

650.000 Haushalte profitieren von höheren Bandbreiten

Ab sofort könne die moderne Vectoring-Technologie auch in den geförderten bayerischen Breitbandnetzen eingesetzt werden, betonte Geisler. Die EU-Kommission habe die auch von Bayern beantragte Genehmigung (Fortsetzung auf Seite 2)



„Feiertage sind Atempausen für die Seele“, meint die Vorzimmerperle. Gemeinsam mit ihrem Chef macht sie sich Gedanken über Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Potenz im bayerischen Freistaat und der höchsten Zahl an freien Tagen im ganzen Bundesgebiet. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe	
	Seite
Fortschreibung des LEP auf den Weg gebracht	2
100 Jahre Bayerischer Bürgermeister	2
Kinderschutz in Bayern	2
GZ-Kolumne Georg Huber:	
Social Media und Digitalisierung in der Verwaltung	3
ConSozial 2017: Zukunft Inklusion	3
40. Bayerischer Musikschultag im Landkreis Passau	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiethemen	5 - 12
Aus den bayerischen Kommunen.	13 - 16
Zu guter Letzt.	16

Fortschreibung des LEP auf den Weg gebracht

Entwurf von Heimatminister Söder mit CSU-Mehrheit verabschiedet

Der Bayerische Landtag hat den Entwurf zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) von Heimatminister Dr. Markus Söder mit einigen Änderungen angenommen. Dabei setzte sich die CSU mit ihrer Stimmenmehrheit gegen die zum Teil heftige Kritik aus der Opposition durch. Wichtigste Änderung ist die Lockerung des sogenannten Anbindegebots. Dadurch haben die Gemeinden künftig die Möglichkeit, Gewerbegebiete unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne Anbindung an eine bestehende Bebauung auf freier Fläche auszuweisen. Auf Antrag der CSU wird jedoch diese Freiheit durch die Vorgabe eingeschränkt, dass die Vorhaben landschaftsverträglich sind und kein geeigneter Alternativstandort zur Verfügung steht.

Als weitere Neuerung sieht das LEP die Vergrößerung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) auf rund die Hälfte der Landesfläche vor. Dadurch erhalten die in den eher strukturschwachen Gebieten liegenden Kommunen den Anspruch auf eine stärkere Förderung durch den Freistaat. Zudem wird das System der Zentralen Orte erweitert und ausdifferenziert. Diese müssen künftig je nach Einstufung bestimmte Einrichtungen der Bildung oder der Daseinsvorsorge bereithalten. Schließlich schreibt das neue LEP Mindestabstände für den Neubau überirdischer Stromleitungen zur Wohnbebauung vor und eröffnet durch eine Änderung des naturschutzfachlichen Alpenplans den Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein die Chance auf dem Riedberger Horn eine Skischaukel zu bauen.

Dosiertes Wachstum

In seiner Begründung sagte Heimatminister Söder, das neue LEP biete Antworten auf das zwischen Stadt und Land ungleich verteilte Wachstum in Bayern. Er wolle ein dosiertes Wachstum in den Großstädten und eine weitere Beschleunigung auf dem Land. Die ländlichen Regionen seien ein Zukunftsraum, in dem es gelte, vor allem für junge Menschen gute Lebensperspektiven zu schaffen. Außerdem unterstütze das LEP das Ziel, Leben und Arbeit zusammenzubringen. Hierfür gebe man den Bürgermeistern mehr Möglichkeiten zum dezentralen Handeln. Ein größerer Flächenverbrauch und die Zersiedelung der Landschaft seien damit nicht automatisch

verbunden. Das Allgäuer Projekt einer Skischaukel am Riedberger Horn bezeichnete Söder als Einzelfall. Mit Blick auf die Flächen gebe es dort mehr Naturschutz und nicht weniger.

Leidenschaftliche Plenardebatte

Der Abstimmung zum LEP-Änderungsentwurf des Heimatministers war eine leidenschaftliche Plenardebatte vorausgegangen. Die Opposition warf Söder eine rücksichtslose Wirtschaftspolitik zu lasten der Naturlandschaft vor. Dies belegten u.a. die Erklärungen der im Vorfeld vom Landtag gehörten Experten. Die SPD-Wirtschaftsexpertin Annette Karl bezeichnete den Entwurf als „Stümperei“. Der Minister habe sich als beratungsresistent erwiesen und verstoße mit seinen Vorschlägen gegen die Nachhaltigkeitstrategie seiner eigenen Regierung. Mit der Erweiterung des RmbH und der Neuausweisung der Zentralen Orte ohne Aufstockung der Fördergelder verteile die Staatsregierung „Titel ohne Mittel“. Söder habe es versäumt, für die Neukonzipierung schlüssige Konzepte vorzulegen. Karls Parteikollege Florian von Brunn sieht in der Änderung des Alpenplans sogar den „Ausverkauf der Alpen“.

Vorwürfe der Opposition

Joachim Hanisch (FW) warf dem Minister eine „landesplanerische Geisterfahrt“ vor. Mit dessen Vorschlägen komme man dem verfassungsmäßigen Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse im ganzen Land nicht näher. Das neue LEP enthalte „fa-

tale Weichenstellungen“ und sei in weiten Teilen unzureichend. Der Kritik an der Lockerung des Anbindegebots zur Ausweisung von Gewerbegebieten wollten sich die Freien Wähler jedoch nicht anschließen.

Fingerspitzengefühl

Der mittelfränkische Grünen-Abgeordnete und stellvertretende Wirtschaftsausschussvorsitzende Martin Stümpfig sagte, mit der Neufassung des LEP folge die CSU einem „Beton-Fetisch“. Die Vorlage sei zu wachstumsorientiert und verantwortungslos. Wenn diese so umgesetzt wird, werde Bayern sein Gesicht verlieren. Schon jetzt verödeten Ortskerne, während an den Siedlungsrandern die Gewerbegebiete wucherten. Darüber hinaus erfordere der Ausgleich von Wirtschaft und Natur viel Fingerspitzengefühl. Auch der Allgäuer Thomas Gehring (Grüne) übte Kritik an Söders Entwurf. Insbesondere nannte er es einen „Frevel“, den seit 45 Jahren wirksamen und bewährten Alpenplan entgegen vieler Experteneinschätzungen zu verändern.

Bedeutender Schritt für Bayerns Zukunft

Der frühere CSU-Chef und amtierende Wirtschaftsausschussvorsitzende Erwin Huber verteidigte den Entwurf des Heimatministers. Er hatte sich nach einer Expertenanhörung im Ausschuss für eine Entschärfung bei der Ausweisung von Gewerbegebieten ausgesprochen. Huber warf SPD und Grünen vor, in der Landesplanung staatlichen Dirigismus einführen zu wollen. Nötig sei vor allem den Kommunen mehr Spielraum für ihre Entwicklung zu geben. Mit den von seiner Fraktion eingebrachten Präzisierungen gelinge dies ortsbild- und landschaftsverträglich. Darüber hinaus kündigte der CSU-Politiker eine Initiative zur Reduzierung des Flächenverbrauchs im Freistaat an. Dieser könne wegen des Wachstums im Land nicht auf Null zurückgeführt werden. Insgesamt sei das neue LEP ein „bedeutender Schritt für Bayerns Zukunft“. **rm**

Wegmarken für die Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1) gung erteilt. Vectoring ermögliche es, Übertragungsgeschwindigkeiten durch den Einsatz spezieller Software zu verdoppeln. Insgesamt könnten ca. 650.000 Haushalte im Freistaat zu höheren Bandbreiten profitieren.

Zum 1. Juli 2017 startete der sog. Höfebonus – ein Programm, mit dem vor allem dünn besiedelte Flecken Bayerns mit schnellem Internet erschlossen werden sollen. Für den „Höfebonus“ werden laut Geisler bayernweit rund 400 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung stehen. Die bisherigen individuellen Förderhöchstbeträge der Kommunen werden verdoppelt, der Fördersatz wird auf 80 Prozent angehoben. Kommunen mit einem bereits erhöhten Fördersatz von 90 Prozent behalten diesen. Damit können künftig auch kleine Weiler und Einzelgehöfte an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

In Ausgabe 24/2017 der Bayerischen Gemeindezeitung (E-Termin: 21. Dezember) wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Unter <https://www.bayerisches-breitbandforum.de> stehen die bereits freigegebenen Vorträge zum Download bereit. **DK**



Blick in die Reihe der Ehrengäste.

Bild: Katharina Hipp

100 Jahre „Bayerischer Bürgermeister“:

Tradition trifft Innovation

Seit jeher bietet der „Der Bayerische Bürgermeister“ praxisnahe Arbeitshilfen und wertvolle Informationen für die bayerische Kommunalverwaltung und die kommunalen Mandatsträger. Zum 100. Geburtstag der Fachzeitschrift fand in den Räumen des Süddeutschen Verlages in München eine Festveranstaltung statt, in deren Rahmen der Blick nach vorn gerichtet und über Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung informiert wurde. Durch das Programm führte Katharina Hipp, verantwortliche Redakteurin des Magazins.

Die ursprünglich vom Verband der Landgemeinden Bayerns herausgegebene Zeitschrift wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zum gemeinsamen Organ aller vier bayerischen kommunalen Spitzenverbände erweitert. Wie Hermann Damböck, Geschäftsführung der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, darlegte, sei die erste Ausgabe der Zeitschrift bereits 1912 erschienen, jedoch aufgrund einer fünfjährigen Pause eben doch „erst“ 100 Jahre alt. Jede Ausgabe werde von etwa 5.000 Mitarbeitern in der bayerischen Verwaltung gelesen. Dr. Karl Ulrich, Geschäftsführung Süddeutscher Verlag, verwies seinerseits auf die „hervorragende Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern“. Dieses gedeihliche Miteinander lasse positiv in die Zukunft blicken.

Organ der kommunalen Spitzenverbände

Namens der kommunalen Spitzenverbände als Herausgeber der Fachzeitschrift gratulierte Germerings Oberbürgermeister Andreas Haas zum „Jubiläum, auf das Sie zu Recht stolz sein können“. Der „Bayerische Bürgermeister“ sei mit der Zeit gegangen und habe sich gelegentlich sogar neu erfunden – „wobei sie sich immer an den Wünschen und Interessen ihrer Leserinnen und Lesern orientiert hat“, konstatierte Haas.

„Der Bayerische Bürgermeister besetzt mit dem Blick auf das Kommunale eine wichtige Nische – auch im Gefüge von Landes-

Bundes- und Europapolitik. Um die teils komplizierte Gemengelage von Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken und um nicht minder schwierige Spezialthemen wie kommunaler Finanzausgleich oder Landesentwicklungsprogramm“, fuhr der Oberbürgermeister fort.

Andere Themen neigten leider bisweilen dazu, im aufreibenden lokalpolitischen Alltag unterzugehen. „Auf sie aufmerksam zu machen, uns Leserinnen und Leser zu ermahnen, sie aufzugreifen und anzugehen – auch das ist eine wichtige Aufgabe, die die Zeitschrift seit Jahrzehnten sehr ernst nimmt und erfüllt“, betonte Haas. Neben Nachrichten, Informationen der kommunalen Spitzenverbände und aktuellen Rechtsfragen stehe das „Thema des Monats“ im Mittelpunkt jeder Ausgabe: Umfassend und praxisnah, ob aus Sicht der Exekutive, Legislative oder Judikative, würden aktuelle Themen aufgegriffen.

Gemeinden – Grundlagen des Staates

„Die kommunale Selbstverwaltung“, so die Zweitüberschrift des Bayerischen Bürgermeisters, stellt Haas zufolge das „Wurzelwerk der Demokratie“ dar. Die Bayerische Gemeindeordnung bezeichne die Gemeinden zu Recht als die Grundlagen des Staates und des demokratischen Lebens in Deutschland. „Diese Wurzeln müssen und dürfen wir in unserer täglichen Arbeit pflegen. Das gelingt nur, wenn wir gut und gründlich Bescheid wis-

sen“, betonte der OB. Hier leiste „Der Bayerische Bürgermeister“ monatlich seinen Beitrag und werde in Rathäusern, Verwaltungen, Landratsämtern und Bezirksverwaltungen geschätzt.

In nachfolgenden Impulsvorträgen hochkarätiger Experten manifestierte sich der 100-jährige Fachauftrag des Magazins. So zeigte Prof. Wolfgang Henseler, der seine Lehr- und Forschungsarbeit auf dem Feld der Digitalen Medien an der Hochschule Pforzheim mit der Erfahrung aus Beratungsprojekten u. a. für Unternehmen wie Apple und Google verbindet, auf, wie künftige Anwendungsfelder der digitalen Medien und das „Internet der Dinge“ ganz unterschiedliche Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens verändern.

Dr. Petra Wolf, als verantwortliche Beraterin bei Capgemini für den Bereich Bundesverwaltung tätig, sorgte ihrerseits für weitreichende Einblicke in die Anforderungen der Verwaltungsdigitalisierung. Sie stellte nicht nur dar, wie zukunftsweisende E-Government-Lösungen aussehen können, sondern vor allem auch, wie diese gemeinsam in der Praxis umsetzbar sind.

Verwaltungsdigitalisierung

Prof. Dr. Klaus Gutknecht widmete sich schließlich der spannenden Frage, wie der Wandel im Konsumverhalten der Bürger die Infrastruktur der Innenstädte beeinflussen kann und muss. Gutknecht, der sich an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in München mit Handels-, Dienstleistungs- und Electronic-Marketing beschäftigt, brachte spannende Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Digitale Einkaufsstadt“ mit.

Begleitend zum Veranstaltungsprogramm gaben innovative Unternehmen Einblicke in wegweisende Angebote und Dienstleistungen. Zudem wurde eine 112 Seiten umfassende, aufgabenstarke Sonderausgabe präsentiert, in der unter anderem Historikerin Dr. Susanne Meinel den Leser in das frühe 20. Jahrhundert entführt und eindrucksvoll die Zeit von der ersten Ausgabe bis hin zum Neuanfang nach dem 2. Weltkrieg schildert.

Ein Zeitzeugeninterview mit dem Ehrenpräsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Heribert Thallmair, nimmt sich u.a. der Gebietsreform und dem FAG an. Zudem widmen sich zahlreiche Fachartikel jenen Themen, die dem Leser bei seiner kommunalpolitischen Arbeit vor Ort künftig begegnen werden. **DK**

Netzwerk gegen Salafismus

Bayern arbeitet seit 2015 ressortübergreifend in einem Netzwerk gegen Salafismus zusammen, das die Bereiche Prävention und Deradikalisierung systematisch abdeckt. An diesem umfassenden Ansatz sind das Innen, das Justiz-, das Kultus- und das Sozialministerium beteiligt. Darüber hinaus sind auch zivilgesellschaftliche Träger Partner des Netzwerkes. Es bietet im Internet unter www.antworten-auf-salafismus.de allen Interessierten und Betroffenen umfassende Informationen zum Thema sowie eine breite Palette von Beratungs-, Unterstützungs- und Förderangeboten.

Unter www.stmi.bayern.de/sus/verfassungsschutz/islamismus/undauslaendextremismus/index.php können Broschüren bestellt werden.

formieren. Das fordern wir auch auf Bundesebene. Kein Signal darf verloren gehen!“

Weitere Informationen: www.kinderschutz.bayern.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Kammermeier
93458 Eschlkam
am 2.12.

Bürgermeister Franz Straub
63856 Bessenbach
am 3.12.

Bürgermeister
Gerhard Hainzinger
85254 Sulzemoos
am 4.12.

Bürgermeister Karl Beck
91637 Wörnitz
am 4.12.

Bürgermeister Georg Rauh
91238 Offenhausen
am 6.12.

Bürgermeister Willibald Dietl
94265 Patersdorf
am 25.11.

Bürgermeister Karl Weiß
86480 Waltenhausen
am 26.11.

Bürgermeister Anton Schwele
86871 Rammingen
am 29.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Lioba Zieres
97791 Obersinn
am 28.11.

Bürgermeisterin Karin Barwisch
96142 Hollfeld
am 5.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Putz
94121 Salzweg
am 28.11.

Landrat Thomas Karmasin
82256 Fürstenfeldbruck
am 28.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Panzer
82008 Unterhaching
am 5.12.

Bürgermeister Michael Grasl
82541 Münsing
am 26.11.

Bürgermeister Gerald Reiter
92549 Stadlern
am 26.11.

Landrat Wolfgang Rzehak
83714 Miesbach
am 26.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Rinke
87645 Schwangau
am 27.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Andreas Meier
92657 Neustadt a. d. Waldnaab
am 2.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



„Neie Buid!“ zeigt derzeit die weltberühmte Malerin Valeska als „Symphonie in weiss-blau“ in den Räumen der Bayerischen Bauindustrie in München. Während der Vernissage rühmte Laudator Prof. Dieter Kempf die vergrößerte oder auch verkleinerte Wirklichkeit der vielfach ausgezeichneten Expressionistin. Unser Bild zeigt v. l.: Den Präsidenten des Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Alfred Gaffal, Wirtschaftsminister a. D. Martin Zeil; Malerin Valeska, Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie Hausherrn Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Bauindustrie.

Bild: Daniel Schwaiger

ConSozial 2017:

Zukunft Inklusion

Wege in eine inklusive Zukunft zeigten Experten der unterschiedlichsten Fachrichtungen im Rahmen der ConSozial in Nürnberg auf. An zwei Tagen bot Deutschlands größte KongressMesse für den Sozialmarkt ein für über 5.700 Besucher einzigartig vielfältiges Programm aus 100 verschiedenen Beiträgen, bei dem auch das Motto aus unterschiedlichen und teils ungewöhnlichen Perspektiven diskutiert wurde. Über 220 Aussteller ergänzten in der Fachmesse das Angebot des Kongresses.

Bereits die Eröffnungsveranstaltung der ConSozial widmete sich intensiv dem Thema „Zukunft Inklusion“. In einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion beleuchteten unter anderem Verena Bentele, die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Valerie Holsboer, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Alois Glück, ehemaliger Präsident des Bayerischen Landtags und der Vizepräsident des Deutschen Städtetags Dr. Ulrich Maly dieses Zukunftsthema aus allen Blickwinkeln.

Fachforum des Bayerischen Bezirktags

Am ersten Messttag fand zudem das Fachforum des Bayerischen Bezirktags statt. Das Thema des heuer vom Bezirk Oberpfalz ausgerichteten Forums lautete: „Inklusion und Tourismus im ländlichen Raum – Ein gelungenes Modellprojekt“.

Pflegeberatung vor Ort

Mit der Pflegeberatung vor Ort befasste sich in seinem Fachvortrag Herrmann Imhof, MdL, Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Das Pflegestärkungsgesetz III stärkt die Beratung in der Pflege. Die Kommunen sind angesprochen. In bis zu 60 Modellkommunen können für die Dauer von fünf Jahren Landkreise und kreisfreie Städte eine Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen „aus einer Hand“ durch kommunale Beratungsstellen erproben. Zusätzlich erhalten die Kommunen für die Dauer von fünf Jahren ein Initiativrecht zur Einrichtung von Pflegestützpunkten. Imhof informierte darüber, welche Auswirkungen dies auf die Beratungsstruktur in Bayern hat.

Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz führt 2018 neue Instrumente der Teilhabe am Arbeitsleben ein. Die Referenten Irmgard Badura, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, und Stefan Löwenhaupt, Geschäftsführer der xit GmbH, Beratung von Unternehmen in der Sozialwirtschaft zu Fragen der Strategieentwicklung, Reorganisation, Finanzierung und Controlling, Nürnberg, bewerteten das Instrument „Andere Anbieter“ aus

zwei Perspektiven: aus der von Menschen mit Behinderung und der potentieller Anbieter.

Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft nachhaltig: Sie wird älter und bunter. Dies hat Auswirkungen auf nahezu alle Politikbereiche. Besonders spür- und erlebbar ist dieser Prozess in den Kommunen. Dabei sind diese im Zeitver-



Staatsministerin Emilia Müller.

Bild NürnbergMesse/Thomas Geiger

lauf unterschiedlich stark betroffen, so dass es auf kommunaler Ebene einer individuell abgestimmten Gesamtstrategie bedarf. Prof. Dr. Martina Wegner, Professur „Organisation von Zukunftsdiskursen“ an der Hochschule München, stellte ein Projekt des Bundesfamilienministeriums vor, die Demografietworkstatt Kommunen (DWK), das acht Kommunen bei der Formulierung und Umsetzung einer Demografiestrategie begleitet. Beschrieben wurden hierbei die sich ergebenden Herausforderungen, Hürden und Lösungsansätze.

KITA-Kongress

Einen Schwerpunkt des zweiten ConSozial-Tags bildete unter anderem der KITA-Kongress. Mit fünf Entwicklungsimpulsen wendete er sich an Fach- und Führungskräfte von Kita-Einrichtungen - dieses Jahr unter anderem zu den Themen Migration, Inklusion und digitale Medien.

Digitale Medien kennen fast alle Kinder. Was aber bedeutet dies für den Kita-Alltag? Prof. Dr. Stefan Aufenanger von der Universität Mainz und Dr. Uwe Büsching vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Köln thematisierten das Verhältnis von realen und virtuellen Erfahrungen im frühen Kindesalter so-

wie entwicklungsförderliche und -hemmende Bedingungen der Mediennutzung von Kindern. Parallel dazu diskutierten die Gesprächsteilnehmer, wie eine handlungsorientierte Medienerziehung in Kitas ermöglicht werden kann. Interaktive Apps auf Tablets bieten neue Lernmöglichkeiten, der Einsatz digitaler Medien in der Kita gibt jedoch dennoch Anlass zu Diskussionen, so die Experten.

Spezielles Know-how für kreative Spielräume

Kitas bieten einzigartige räumliche Voraussetzungen, damit Kinder sich in kreativen Spielräumen körperlich, geistig und seelisch gut entwickeln können. Jedoch erfordert die Gestaltung von individuellen Außenanla-

gen ein spezielles Know-how sowie eine detaillierte Planung. Peter Hohenauer, selbstständiger Spielraumplaner aus München und Vorstand bei der Info Spiel e.V., schilderte anhand zahlreicher Fotobeispiele, wie man Beteiligungsprojekte mit Kindern und Eltern aufbauen kann. Gerade die innere Teamentwicklung zwischen Kindern, Eltern und Erzieherinnen soll somit gefördert werden.

Fachmesse

Begleitet wurde der Kongress von der Fachmesse. Namhafte Kita-Aussteller boten Produkte und Dienstleistungen rund um die Kita-Welt an. Wohlfahrtsverbände, Einrichtungsträger und Fachverbände stellten auf der Fachmesse ihre Angebote und Konzepte zur Schau. Ebenso fanden sich Hersteller von Kindergartenmöbeln bis hin zur Kreativausstattung.

„Auf der ConSozial haben wir einen Blick auf die inklusive Zukunft werfen können. In vielen Fällen spielt dabei die Digitalisierung eine immense Rolle - zum Beispiel für eine App, die Texte in leichter Sprache bereitstellen kann und damit Kommunikationsbarrieren abbaut“, bilanzierte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller. Neben den Aus-

GZ

KOLUMNE Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

der diesjährige Kongress „Kommunale Kommunikation“ im oberpfälzischen Hemau beschäftigte sich mit der Frage, ob Kommunen generell fit für die digitale Zukunft sind. Das Ergebnis war eindeutig: Es gibt zwar unter den Entscheidern in den bayerischen Rathäusern eine große Aufgeschlossenheit gegenüber dem Bereich Digitalisierung und Social Media. Dennoch fehlt es an vielen Stellen an professionellem Know How. Dies führt zu einer gewissen Skepsis im Hinblick auf die praktische Umsetzung von Social Media-Kanälen und Maßnahmen. Obwohl in Deutschland rund 33 Millionen Menschen regelmäßig zu sozialen Medien greifen, wird diese potentielle Reichweite von den bayerischen Gemeinden und Kommunen noch unzureichend als Potential gesehen und genutzt. Vielerorts steht die



gens erstelle Dienstvereinbarung, die definierte Prozesse und klare Verantwortlichkeiten verbindlich für die Verantwortlichen und die Kolleginnen und Kollegen im Landratsamt ausweist. Darüber hinaus wird monatlich ein Themenplan erstellt, der möglichst viele Fachbereiche abdeckt und den Fans der Seite eine breite Themenvielfalt bietet. Hierfür tagen regelmäßig Redaktionsitzungen.

Nicht zuletzt ist die neue Fanpage für das Landrats-

amt ein erfolgreiches, zusätzliches Sprachrohr, das Informationen und Nachrichten an zusätzliche Zielgruppen im Landkreis gibt. Erste Ergebnisse nach zwei Monaten „Betriebszeit“ können sich sehen lassen: Bisher wurden mehr als 30.000 Personen erreicht, die Vernetzung mit anderen Akteuren aus dem Landkreis wird von vielen aktiv gewünscht und erweitert sich laufend. Hieraus ergeben sich zusätzliche thematische Anknüpfungspunkte, die über den Redaktionsplan hinausgehen.

Höchste Zeit war es neben dem Thema Facebook auch, die bestehende Website durch eine Neue zu ersetzen. Der Großteil der Internetnutzer ruft Webseiten und soziale Medien über das Handy oder Tablet auf. Deshalb ist es unabdingbar, dass sich die Optik der Website auf diese Geräte anpasst („responsive design“). Natürlich muss es auch eine schnelle Möglichkeit geben, Kontakt mit dem Landratsamt aufzunehmen. Die Funktion der „einfachen Sprache“ ist zudem so obligatorisch wie die Vorlesefunktion. In internen Workshops und in Zusammenarbeit mit einer Agentur wurde die neue Website gestaltet. Zudem wurde eine neue Kategorie eingeführt: Die „Lebenslagen“ erleichtern es dem Bürger in Zukunft gezielt nach Themen auf der Website zu suchen, die seine persönliche Lebenssituation betreffen. Unbedingt notwendig und voll einsatzfähig ist auch die neue „Suchen-Funktion“, die zuverlässig und treffsicher alle Inhalte der Website abdeckt. Die Optimierung der Website nach dem Relaunch ist dabei ein laufender Prozess.

Die Umstellung von der papiergebundenen hin zu einer elektronischen Aktenführung und die Einführung bzw. der Einsatz eines entsprechenden Dokumenten-Management-Systems ist derzeit für viele Landratsämter ein Thema. Bei der elektronischen Aktenführung entfällt nicht nur der Aufwand, die zunehmenden elektronischen Dokumente und E-Mails auszudrucken und zum Papierakt zu nehmen, sie bietet auch viele weitere Vorteile. So sind Akten z. B. orts- und zeitunabhängig verfügbar. Es bestehen einfache, schnelle und komfortable Recherchemöglichkeiten, womit eine schnellere und bessere Auswertung der Daten ermöglicht wird.

Eine aktive Unterstützung des Projekts durch die Landrätin/den Landrat und die übrigen Führungskräfte über die gesamte Dauer des Projekts hindurch ist dabei ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Einführung. Auch die Mitarbeiter/-innen wurden bereits früh eingebunden und über das Projekt und die damit verbundenen Auswirkungen auf ihre persönliche Arbeitsweise informiert. Das System ist aktiv und wird durch Schulungen aktuell Schritt für Schritt über die Fachbereiche hinweg eingeführt.

Diese wichtigen Digitalisierungsmaßnahmen kosten natürlich Zeit und Ressourcen. Mit der Umsetzung ist das Thema Digitalisierung aber noch lange nicht ad acta gelegt – im Gegenteil. In den vergangenen Monaten wurden Grundlagen geschaffen, auf welchen aufgebaut werden kann. Das Landratsamt Mühldorf a. Inn geht den Weg in eine digitale Zukunft – und wird für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und zugänglicher. Klar ist, der Weg dorthin ist intensiv und oft unbekannt. Mit dem richtigen Teamwork und Professionalität, der nötigen Aufgeschlossenheit und den Willen, diesen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, ist vieles in den bayerischen Verwaltungen möglich.

Ihr Georg Huber

Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn

Social Media und Digitalisierung in der Verwaltung

regionale Tageszeitung nach wie vor im Fokus der lokalen Kommunikationsaktivitäten.

Das sich durch die Digitalisierung rasch ändernde Nutzungsverhalten zeigt uns ganz deutlich: Regionale Tageszeitungen werden es in Zukunft immer schwerer haben, mit den schnelllebigen und in Echtzeit kommunizierenden sozialen Medien mithalten. Eine Antwort auf den daraus folgenden Rückgang der Abonnements ist, Qualität in der Berichterstattung zu gewährleisten – ein sehr schwieriges Unterfangen bei gleichzeitigem Rückgang der Mediabudgets und Auflagenzahlen.

Im Landkreis Mühldorf a. Inn möchten wir uns nicht nur auf die klassischen Printmedien verlassen, wenn es darum geht, unsere Dienstleistungen und Botschaften aus dem Landratsamt zu verbreiten. Dies liegt nicht daran, dass es keine guten Erfahrungen mit den regionalen Redaktionen gibt. Vielmehr nutzen wir die neuen Medien dazu, unsere Pressearbeit zu verstärken, um die Reichweite unserer Botschaften zu erhöhen. Eines ist in den bisherigen Aktivitäten deutlich geworden: Entweder man macht es ganz, oder gar nicht. Denn in vielerlei Hinsicht bringt die Konzeptionierung, Planung und Umsetzung von sozialen Medien Fragen mit sich, die für Verwaltungen „Neuland“ sind. Deshalb braucht es Know-how, Führung, Geduld und Durchsetzungsvermögen bei den Verantwortlichen.

Es gibt keine einheitliche Blaupause für das Vorhaben, ein Landratsamt als Dienstleistungsunternehmen digital aufzustellen. Jedes Landratsamt und jeder Landkreis bringt seine Besonderheiten mit sich. Deshalb muss eine Digitalisierungsstrategie maßgeschneidert konzipiert werden. Nur wenn Bedürfnisse und Lösungsansätze klar definiert sind, kann eine solche Strategie umgesetzt werden. So werden erste Maßnahmen definiert, die im Rahmen einer absehbaren Zeitplanung umgesetzt werden können. Im Landkreis Mühldorf a. Inn zählt dazu die Einrichtung einer Facebook-Fanpage, die Erstellung einer neuen Website und die finale Implementierung eines digitalen Dokumenten-Management-Systems.

Facebook wird im Hinblick auf das Thema Datenschutz besonders kritisch beäugt, nicht zuletzt auch vom Bayerischen Datenschutzbeauftragten. Es ist einiges Fachwissen nötig, um Planung, Konzeption und Umsetzung professionell gewährleisten zu können. Als einer der ersten Landkreise können wir deshalb auf die Unterstützung eines Social Media Managers zählen.

Die Aktivitäten zur Vorbereitung der Fanpage machen es notwendig, beim Aufbau dieser möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einzubeziehen.

Ein wichtiger Meilenstein – und damit ist der Landkreis Mühldorf a. Inn Vorreiter – ist die ei-

stellern sind die Referentinnen und Referenten die wichtigen Impulsgeber: „Wer in Nürnberg die Chance hatte, sich auf dem Kongress mit den innovativsten Köpfen auszutauschen, wird die Möglichkeiten einer inklusiven Gesellschaft jetzt völlig anders sehen“, unterstrich die Staatsministerin.

Managementpreis

Einen besonders gelungenen Brückenschlag von der Theorie zur Praxis veranschaulicht aus Müllers Sicht das Projekt des diesjährigen Managementpreises, der von der Ernst & Young gestiftet wurde. Gewonnen hat die Josefs Gesellschaft gGmbH

Köln mit ihrem Projekt „JG-Teilhabemanagement“. Hier werden beispielsweise die UN-Behindertenrechtskonvention und das Bundesteilhabegesetz praxistauglich umgewandelt. Für Menschen mit Behinderungen kann damit eine ganz gezielte Teilhabeplanung gestartet werden. **DK**

Starke Kommunen - Starkes ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den Bund wird abgelehnt, weil damit falsche Anreize bei Ländern und Kommunen gesetzt würden.

Da eine Einigung der 16 Bundesländer auf eine Neuordnung der Bemessungsgrundlagen bislang nicht erfolgt sei, fordern die Kommunalpolitiker, dass der Bund die Initiative ergreift und einen mehrheitsfähigen Gesetzentwurf vorlegt, der den Kommunen eine auskömmliche und gestaltungsfähige Einnahmequelle langfristig sichert. Darüber hinaus treten die Delegierten für eine weitere Entlastung der Kommunen von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit und eine stärkere Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund ein.

Die aktuelle Zinspolitik der EZB schafft aus Sicht der Bundes-KPV für Kommunen eine doppelte Problemlage. Negativzinsen dürften nicht als Anreiz zur Verschuldung wirken und kommunale Kassenbestände nicht durch Strafzinsen dezimiert werden. Deshalb solle die Bundesfinanzagentur Angebote schaffen, die Einlagen und Anleihen der Kommunen zu bündeln, und damit zur Vermeidung von Zins und Negativzins beitragen. Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes unter Mitwirkung des Bundesrates könne eine neue Ausgabedynamik u. a. auch in der Kinder- und Jugendhilfe ausgelöst werden. Deshalb wird eine Garantie aller Bundesländer für die vollständige Übernahme der zusätzlichen Kosten durch diese im Sinne einer strengen Konnexität gefordert.

Integration ist eine Langzeitaufgabe, die in den Kommunen geleistet wird. Deshalb setzt sich die Bundes-KPV dafür ein, „dass die Mittel bei den Kommunen ankommen müssen, über 2018 hinaus aufgabengerecht verstetigt und insbesondere die flüchtlingsbedingten Mehrkosten bei der Unterkunft unbefristet übernommen werden“.

Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern entwickeln

Migrationsursachen werden auch langfristig nicht aufgelöst werden können. Aber Fluchtursachen können gemildert und Anreize geschaffen werden, in den Herkunftsländern eine bessere Lebensperspektive zu entwickeln. „Flüchtlingsströme müssen faktisch gedrosselt werden. Das System von Schengen setzt sichere EU-Außengrenzen voraus. Deshalb fordern wir eine weitere Verstärkung der Maßnahmen zur Sicherung der EU-Außengrenzen, die Kontingentierung der Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen in die EU und die Verhinderung von illegalem Migration“, heißt es weiter.

Falsche Signale vermeiden

Für subsidiär Schutzberechtigte sollte es keinen Familiennachzug mehr geben, um falsche Signale nach außen zu vermeiden. Zudem müsse zwingend an der Anforderung des Aufenthaltsgesetzes festgehalten werden, dass ein Familiennachzug nur möglich ist, wenn ausreichender Wohnraum nachgewiesen werden kann. Asylverfahren sollten für alle neu Ankommenden in Entscheidungs- und Rückführungszentren gebündelt werden. Die Asylbewerber verblieben dort bis zur schnellstmöglichen Entscheidung ihres Antrages. Im Falle einer Ablehnung würden sie aus diesen Einrichtungen unverzüglich zurückgeführt.

Insgesamt setzen sich die Kommunalpolitiker für ein Einwanderungsgesetz ein, „das die Regeln für die Einreise und den Aufenthalt in unserem Land zusammenfasst und die Grundlage für die

Auswahl und Prüfung der geeigneten Personengruppen sowie die Feststellung der individuellen Integrationserfolge sein muss“.

Im Bankensektor wiederum dürfe keine Vergemeinschaftung der Risiken stattfinden. Deshalb sollen die Anforderungen an die kleineren, überwiegend örtlich tätigen Institute mit vorwiegend einfachem, klassischem Einlagen- und Kreditgeschäft bei der Kreditvergabe, dem Risikomanagement und der Eigenkapitalunterlegung angepasst und künftig nach Institutsgröße und Risiko differenziert werden. Ein System europäischer Einlagensicherung sollte aus Sicht der Kommunalpolitiker mindestens solange nicht weiterverfolgt werden, wie nicht alle Mitgliedstaaten die Regeln der Bankenunion vollständig umgesetzt haben.

Intelligente Verknüpfungen

Neben dem flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland „unter dem Vorrang der öffentlichen Hand im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge ohne Rosinenpicken und Behinderungen durch Mitbewerber“ setzt sich die Bundes-KPV für gleichzeitig intelligente Netze und Verknüpfungen beim Verkehrswegebau ein. Die Länder sollten sich gegenüber dem Bund wieder verpflichten, Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von jährlich 1,3 Mrd. Euro zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in den Gemeinden zu verwenden. Der Bund wiederum sollte die dynamisierten Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr (Regionalisierungsmittel) fortsetzen.

40. Bayerischer Musikschultag im Landkreis Passau:

Leistungsträger fördern

„Musikschule – im Mittelpunkt der Mensch!“: Mit diesem Motto machte der diesjährige Bayerische Musikschultag im Landkreis Passau auf die Leistungen der öffentlichen Musikschulen im Freistaat aufmerksam. Bei zahlreichen Fachveranstaltungen und Konzerten kamen Vertreter aus Politik und Verbänden sowie Delegierte aus den Musikschulen zusammen, um sich über aktuelle musikpädagogische und kulturpolitische Fragen auszutauschen.

Beim alljährlich feierlichen Höhepunkt, dem Festakt zum Bayerischen Musikschultag in Altdersbach, betonte der Bezirksvorsitzende des Bayerischen Landkreistages Niederbayern, Passaus Landrat Franz Meyer: „Wer eine Heimat fordert, die vielfältig, lebenswert, in der Tradition verwurzelt und zugleich zukunftsgerichtet ist, der muss die kulturellen Leistungsträger fördern. Dazu gehört die Musik im Besonderen und ganz besonders unsere jungen Musikerinnen und Musiker. Denn ohne Musikernachweis wäre unser kulturelles Leben zukunftslos.“

Für Landrat Franz Meyer ist die musikalische Bildung eine Aufgabe, der sich die kommunale Familie aus Überzeugung und aus vollem Herzen verschreibt. Diese Überzeugung trage die Musikschule in Bayern und mache sie landesweit ohne die einzelnen Regionen so erfolgreich. Als Beispiel nannte Meyer die vor 25 Jahren gegründete Kreismusikschule im Landkreis Passau, die in allen 38 Gemeinden des Landkreises präsent ist. In diesem Zusammenhang appellierte der Landrat auch an den Staat, in punkto Förderung die kommunale Familie nicht im Regen stehen zu lassen.

„Unser kulturelles Leben, unsere Veranstaltungen und Feste wären ohne den Beitrag der Kreismusikschule meist um Vieles ärmer. Diese feste Größe, wenn es um den guten Ton im Landkreis geht, möchte heute niemand mehr missen. Tausende von Absolventinnen und Absolventen, von denen viele Spitzenleistungen auf Landes- und Bundesebene erzielen, legen Zeugnis dafür ab, dass hier hervorragenden

Die Gesundheitsversorgung in Stadt und Land müsse weiter erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Auch sei dafür Sorge zu tragen, dass auch bei kleineren Fallzahlen die medizinische Versorgung aufrechterhalten wird. Außerdem wird für einen demografischen Faktor für die Festsetzung der Fallpauschalen plädiert.

Bildungsstaatsvertrag

Neben einer Beschleunigung und Erleichterung der Erzieherausbildung sowie einer ausreichenden finanziellen Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote tritt die Bundesdelegiertenversammlung dafür ein, dass alle Kommunen unter der Regie des Bundes zusätzlich finanziell so angemessen von den Ländern ausgestattet werden, dass der Weg zum digitalen Klassenzimmer und zur digitalen Bildung flächendeckend erfolgreich gegangen werden kann. Punktuelle Bundesförderprogramme könnten hier Innovationen anstoßen, müssten aber mit einem „Bildungsstaatsvertrag“ des Bundes mit den Ländern und Kommunen untermauert werden.

Auch gelte es, die Digitalisierung der Verwaltung weiterzuentwickeln. Ziel müsse es sein, dass Bürgerinnen und Bürger jeden Kontakt mit der öffentlichen Hand online erledigen können. „Deshalb fordern wir hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, wie etwa durch ein einheitliches zentrales Melderegister und ein einheitliches Onlineportal bzw. ein Onlineportalverbund mit si-

cheren Registrierungsverfahren insbesondere unter Verwendung des Personalausweises mit elektronischem Identitätsausweis“.

Planungskompetenz

In punkto Energiewende wird dafür plädiert, die bisherigen Instrumente der Anreizregulierung und Steuerung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu überprüfen. Die Gasinfrastruktur sei langfristig für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger notwendig und müsse erhalten werden. Versuchen, kommunale Infrastruktur zu entwerfen, trete man entschieden entgegen. Ferner wird eine stärkere kommunale Planungskompetenz beim Ausbau der Windkraft gefordert. Dazu sei es notwendig, die Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich aufzuheben.

Bessere Förderung für den Wohnungsbau

Beim Wohnungsbau soll eine stärkere steuerliche Förderung (z.B. AfA) eingeführt werden, die um eine Förderung der Eigenumbildung und selbstgenutztem Wohnraum ergänzt werden muss. Sinnvolle Ausnahmetatbestände von den zusätzlichen Standards und DIN-Normen, die in den vergangenen Jahren eingeführt wurden sollen die Herstellung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen. Neben der Ausweitung des öffentlich finanzierten sozialen Wohnungsbaus werden die verstärkte Förderung durchmischter Wohnquartiere, eine höhere Beteiligung der Länder und des Bundes an den Kosten der Unterkunft und die spürbare Anpassung des Wohngeldes als sinnvolle Maßnahmen erachtet. **DK**

Bayerischen Musikrates, Staatsminister Dr. Thomas Goppel, MdL den Bayerischen Musikschultag zum besonderen Anlass für die Präsentation der Leistungsfähigkeit der Sing- und Musikschulen im Freistaat und betonte, wie unverzichtbar eine Unterstützung und Mitfinanzierung durch den Freistaat für den weiteren Ausbau des bayerischen Musikschulnetzes ist.

Beim Festkonzert der Musikschulen im Atrium des Gymnasiums Vilshofen durften sich die Zuhörer auf ein Feuerwerk aus Beiträgen von Solisten und Ensembles aus ober- und niederbayerischen sowie Oberpfälzer Musikschulen freuen. Hier zeigte sich eindrucksvoll, zu welchen klangvollen Ergebnissen eine strukturierte musikalische Bildung in den bayerischen Musikschulen führen kann.

Getreu dem Veranstaltungsmotto stellten sich die Lehrkräfte bayerischer Musikschulen im Workshop „Erfolgreicher Musikschulunterricht unter schwieriger werdenden Rahmenbedingungen“ gemeinsam mit Prof. Dr. Ulrich Mahler und Brigitte Pingéra, Mitglied im Erweiterten Vorstand des VBSM, die Frage, wie sie angemessen auf die Veränderungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen reagieren können.

Die Bedeutung musikalischer Bildung für den Menschen und die Gesellschaft wird zwar immer wieder betont, die Rahmenbedingungen zur Vermittlung musikalischer Bildung aber werden schwieriger: Den Schülern fehlt Zeit und Durchhaltevermögen als Voraussetzung für eine nachhaltige musikalische Ausbildung und Eltern leisten immer weniger die unterstützende Funktion, die für die Arbeit der Musikschulen so wichtig ist. Beim Workshop erhielten die Teilnehmer Hilfestellungen und Handreichungen zur täglichen Musikschularbeit. **DK**

Klartext zugunsten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dungsangebote, eine adäquate Verkehrsinfrastruktur sowie eine leistungsstarke Breitbandversorgung seien die Eckpfeiler für starke und lebenswerte ländliche Regionen, unterstrich der Gemeindegatschef.

Brandl warnte davor, mit Diskussionen über Rechtsansprüche, wie etwa auf Ganztagesbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter, Erwartungen zu wecken, die derzeit nicht erfüllbar seien. Ein Rechtsanspruch schaffe weder neue Pädagogen noch neue Räumlichkeiten für eine Betreuung. Der sukzessive Ausbau der Kinderbetreuung sei vielmehr eine Aufgabe, die von Bund und Ländern unter Einbeziehung der Kommunen angegangen werden müsse, ohne in politischen Aktionismus zu verfallen.

So hätten die Kommunen in den vergangenen Jahren immense Anstrengungen unternommen, um den Rechtsanspruch auf Kleinkinderbetreuung umzusetzen. Dennoch fehlten vereinzelt immer noch Plätze und vor allem qualifizierte pädagogische Fachkräfte für die Kitas. In der Politik sei es gut, sich ambitionierte Ziele zu setzen. Es helfe aber nicht, Dinge in Aussicht zu stellen, die auf absehbare Zeit nicht umsetzbar sind. Zu unterscheiden sei, was wünschenswert wäre und was machbar sei.

Neueste Studien besagten, dass für einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen neben den Kosten für den Aufbau der zusätzlichen Raumkapazitäten in Höhe von rund 15 Milliarden Euro pro Jahr rund 50.000 zusätzliche Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte benötigt werden. Für diese zusätzlichen Kräfte würden jedes Jahr Personalkosten in Höhe von 2,8 Milliarden Euro anfallen. Brandl: „Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss erst einmal durch Steuern eingenommen werden. Wir müssen uns daher sehr genau überlegen, wo investiert werden muss und wo wir mehr Eigenverantwortung erwarten können.“

Herkulesaufgabe Bleiberecht

Als „eine Herkulesaufgabe, die uns noch lange Zeit in Anspruch nehmen wird“, bezeichnete der Präsident die Integration der Flüchtlinge mit Bleiberecht. Dabei seien Spracherwerb, Unterbringung sowie Ausbildung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt die drängendsten Aufgaben. Hier seien insbesondere die Kommunen gefordert, denn Integration findet vor Ort statt. Klar sei aber auch, dass Städte und Gemeinden bei dieser Aufgabe die Unterstützung von Bund und Ländern benötigen, erläuterte Brandl. „Wir erwarten daher, dass die Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro auch über das Jahr 2018 hinaus zur Verfügung steht und die Kommunen auch weiterhin von den Kosten der Unterkunft entlastet werden.“

Mit Blick auf eine weitere Herausforderung, nämlich die Entwicklung des Breitbandausbaus, nannte Brandl zunächst folgende Zahlen: In Europa beträgt die durchschnittliche Übertragungsgeschwindigkeit 14,6 Mbit/s. Weltweit ist Südkorea Spitzenreiter mit 29 Mbit/s, Norwegen belegt Platz 2 mit 24 Mbit/s. Deutschland rangiert mit rund 12 Mbit/s auf Platz 15. Mit Glasfaser sind europaweit 24 % der Bürgerinnen und Bürger versorgt, in Spanien 63 %, in Deutschland dagegen nur 7 %.

Brandl zufolge waren 2016 bundesweit über 23.000 Gewerbebetriebe an kein schnelles Glasfasernetz angebunden. Die digitale Zukunft werde jedoch in ganz Deutschland nur möglich sein, „wenn wir diese Position im Mittelfeld schleunigst verlassen“,

so der Verbandschef. Es gelte, mehr für die Glasfaserinfrastruktur zu tun. Sinnvoll wäre hier die Überlegung, eine Breitbandausstattung jenseits von 100 Mbit/s künftig zur Grundversorgung im Sinne des Telekommunikationsgesetzes zu zählen. Damit verbunden wäre eine Leistungspflicht des Staates, wovon die Kommunen letztlich profitieren. Brandl: „Wer es ernst meint mit dem Thema Digitalisierung in der Gesellschaft, muss sich bemühen, auch das Infrastrukturproblem möglichst schnell in den Griff zu bekommen.“ In diesem Zusammenhang verwies der Gemeindegatschef darauf, dass auch in den Schulen die Digitalisierung voranschreiten müsse. Benötigt werde ein Gesamtkonzept, wie Bildung in Zukunft vermittelt werden soll. Alle Lehrer müssten auf zeitgemäße Lehrstoffvermittlung und neuzeitliche Kompetenz mittels digitaler Medien geschult werden.

Sozialer Sprengstoff Wohnungsbau

„Sozialen Sprengstoff“ birgt nach Brandls Worten das Thema Wohnungsbau. Bundesweit würden jährlich etwa 100.000 Wohnungen im Niedrigpreissegment fertiggestellt, allerdings liege der Bedarf bei rund 400.000 Wohnungen. Zwingend benötigt würden neue Instrumente, „die uns auf kommunaler Ebene helfen, Bauland und Baurecht möglichst zügig zu schaffen“. Zudem sei es erforderlich, möglichst preisgünstig zu bauen. Hierzu könnten standardisierte Baukörper einen sinnvollen Beitrag leisten.

Ohne eine stärkere Wohnungsbauförderung droht nach Brandls Einschätzung die Integration von Flüchtlingen in Deutschland zu scheitern. Konkret sprach er sich für eine stärkere steuerliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus aus. Verbesserte Abschreibungsmodelle würden auch wieder institutionelle Anreize dazu bewegen, sich beim sozialen Wohnungsbau zu engagieren. Auf Basis der bestehenden steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten sei der Bau preislich gebundener Wohnungen für Anleger nicht ausreichend rentabel. Außerdem müsse der Bundesgesetzgeber die Bauplanungsverfahren vereinfachen, damit in schnellerer Zeit mehr Wohnungen entstehen könnten.

Sorge bereitet den Kommunen auch der Investitionsstau in Deutschland in Höhe von mittlerweile rund 126 Milliarden Euro. Vor allem in den Bereichen Straßen- und Verkehrsinfrastruktur bestehe weiterhin ein hoher Investitionsrückstand in Höhe von 34,4 Milliarden Euro. Die in diesem Bereich getätigten Investitionen reichten wegen fehlender Finanzmittel weder für Erhaltungsmaßnahmen noch für Zukunftsprojekte. Ebenfalls dramatisch sei der wahrgenommene investive Rückstand bei Schulen und Bildungseinrichtungen mit 32,8 Milliarden Euro. „Wir brauchen deshalb dringend einen Schulterschluss zur Abfinanzierung der wichtigsten Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen“, betonte Brandl.

Eine Absage erteilte der Gemeindegatspräsident möglichen Fahrverboten vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Schadstoffbelastungen in Städten. Fahrverbote kämen aus seiner Sicht einer Enteignung der betroffenen Autofahrer gleich. Gerade die Pendler aus dem ländlichen Raum würden durch einen solchen Eingriff unverhältnismäßig belastet. Kommunen und Bürger dürften nicht die Ausfallbürgen für die Verfehlungen der Automobilindustrie und die Untätigkeit des Bundes sein, stellte Brandl klar. **DK**

Bayerische Stromerzeugung:

Erneuerbare Energien erreichen erstmalig Spitzenplatz

Anteil erreicht im Jahr 2016 ein Rekordniveau von 43,3 Prozent
Stromerzeugung insgesamt allerdings rückläufig

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, erreichte die gesamte bayerische Stromerzeugung 2016 einen Wert von 81 527 GWh (Gigawattstunden). Dies waren 5,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Rückgang wurde maßgeblich durch die verminderte Stromerzeugung aus Kernenergie verursacht. Erdgas steigerte weiterhin seinen Anteil auf nun 11,4 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung, der Anteil der Steinkohlen sank leicht auf 4,9 Prozent.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien führte zu einem Anstieg der Bruttostromerzeugung in diesem Bereich um 3,5 Prozent im Jahresvergleich. Ursächlich hierfür waren vor allem Zuwächse bei Wasserkraft (+933 GWh) und Windkraft (+451 GWh). In

Summe erreichten die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 43,3 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung im Jahr 2016 einen neuen Rekordwert.

Im Berichtsjahr 2016 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts

für Statistik in Bayern insgesamt 81 527 GWh Strom erzeugt und damit 5,5 Prozent weniger als im Jahr 2015. Der Rückgang ist insbesondere auf die verminderte Stromproduktion aus Kernenergie zurückzuführen. So wurden aus Kernenergie in der Berichtsperiode 31.403 GWh Strom erzeugt und damit 14,4 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Während die Kernenergie im bayerischen Stromerzeugungsmix 2015 einen Anteil von 42,5 Prozent erreichte, waren es im Jahr 2016 nur noch 38,5 Prozent.

Steinkohle

Die Stromerzeugung aus Steinkohlen sank um 6,7 Prozent auf 4 006 GWh. Dies entsprach einem Anteil von 4,9 Prozent im bayerischen Strommix. Braunkohlen kamen im bayerischen Kraftwerkspark nicht zum Einsatz, wenngleich deutschlandweit die Braunkohle der wichtigste Energieträger bei der Stromerzeugung ist. Die Stromerzeugung aus Erdgas stieg um 1,2 Prozent von 9 211 GWh auf 9 326 GWh im Berichtsjahr 2016. Einschließlich Kernenergie, Heizöl und sonsti-

gen (nicht erneuerbaren) Energieträgern vereinten die konventionellen Energieträger rund 56 Prozent der Stromerzeugung auf sich.

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erreichte mit 35 297 GWh einen Anteil von 43,3 Prozent und damit den Spitzenplatz an der Gesamtstromerzeugung im Berichtsjahr 2016. Dies entsprach einer Steigerung von 3,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2015.

Wasserkraft

Wichtigste regenerative Energiequelle war auch im aktuellen Berichtszeitraum die traditionell in Bayern starke Wasserkraft (12 140 GWh), vor der Photovoltaik (10 765 GWh). Die Photovoltaik verzeichnete erstmals einen Rückgang bei der Bruttostromerzeugung um 2,4 Prozent. Bei den anderen erneuerbaren Energieträgern konnten hingegen Zuwächse beobachtet werden, so z.B. bei der Windkraft (+451 GWh) und der Biomasse (+22 GWh).

Windkraft

Die Windkraft, bei der Bayern geo- und topographische Nachteile im Vergleich zur Mitte und zum Norden Deutschlands hat, stieg um 16,2 Prozent auf 3 235 GWh. Die Stromerzeugung aus Biomasse, zu der feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm und biogene Abfälle gerechnet werden, konnte um 0,3 Prozent auf 8 726 GWh erhöht werden. □

AKE-Landesversammlung 2017:

Schlaglichter der Energiepolitik

Unter dem Motto „Chancen und Herausforderungen von dezentralen Energiesystemen“ fand die diesjährige Landesversammlung des Arbeitskreises Energie (AKE) der CSU in München statt. Nach einem Impulsvortrag von Prof. Dr.-Ing. Frank Opferkuch von der Technischen Hochschule in Nürnberg diskutierten die Teilnehmer u.a. über Flexibilisierungsmaßnahmen im Energiesystem und die Ausgestaltung von regulativen Rahmenbedingungen.

In seinem Rechenschaftsbericht blickte der mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigte Landesvorsitzende Martin Ehrenhuber auf zwei erfolgreiche AKE-Jahre zurück. Er berichtete über einige Schlaglichter der vergangenen Legislaturperiode, unter anderem über zahlreiche Fachgespräche mit politischen Entscheidungsträgern, neue inhaltliche Impulse wie das 10.000 Häuser-Programm oder die Fortführung der Biomasse im EEG.

Zudem wurde eine Reihe von Anträgen verabschiedet, die vom AKE in den CSU-Parteitag im Dezember eingebracht werden. So wird beispielsweise die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag gebeten, die Bayerische Staatsregierung aufzufordern, das Marktanreizprogramm der Bundesregierung in gleicher Höhe aus Mitteln des Freistaats Bayern aufzustocken.

Fokus auf Speicherung

Auch solle die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag darauf hinwirken, dass Batteriespeicher im Strommarkt von Abgaben beim Einspeichern und Abgeben von Strom freigestellt werden und die gespeicherte Energiemenge aus dem Speicher somit nicht stärker mit Abgaben belastet wird als beim direkten Bezug von einem Erzeuger. Die jeweiligen Abgaben wie EEG-Umlage, Netzentgelte usw. sollen dem jeweiligen Verbraucher in der jeweils gültigen Höhe in Rechnung gestellt werden. Der Betrieb von Speichern soll allen Marktteilnehmern ausdrücklich erlaubt sein, auch z. B. Vertriebsunternehmen.

Der AKE fordert die Bayerische Staatsregierung ferner auf, zu prüfen, ob man mit modernen Mitteln (Adressierung von schaltbaren, elektrischen Verbrauchern mittels IP-Adressen, GSM, o.ä.) eine Lastabschaltung anstelle eines Kraftwerksbaus für „Netzstabilisierungsan-

lagen“ billiger, schneller und vor allem umweltfreundlicher realisieren kann. Es soll eine Studie angestoßen werden, die die Potenziale und die technischen Möglichkeiten auslotet und bewertet, damit die Entscheidung zum Neubau auch eine Abwägung von Alternativen einbeziehen kann.

Der AKE sieht es als notwendig an, Inhalte zur Energieeffizienz in das bayerische Schulsystem zu integrieren bzw. vorhandene Elemente auszuweiten, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen der Energieversorgung ganzheitlich gerecht zu werden. Auf Grund des notwendigen, aber langwierigen Umgestaltungsprozesses von Lehrplänen soll den Schulen ein eigenes Budget für die Ausgestaltung dieses Themas zur Verfügung gestellt werden. Dadurch soll nicht nur der Stundenbedarf für Bestands-Lehrkräfte, sondern auch für Honorar-Lehrkräfte oder aber auch für Lernmittel finanziert werden können.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird darüber hinaus aufgefordert, in der Fraktion der CDU/CSU ein Gesetzesvorhaben zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes auf den Weg zu bringen: Die Erzeugung und Lieferung von Strom mittels Erzeugungsanlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie aus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll als für die erweiterte Gewerbesteuerkürzung unschädliche Nebentätigkeit eingestuft werden.

Außerdem solle der CSU-Parteitag beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, die im Klimaschutzplan 2050 beschlossenen Klimaschutzziele an die im Klimaschutzabkommen von Paris eingegangenen Verpflichtungen anzupassen und die derzeit im Klimaschutzplan 2050 vorgesehenen Emissionen von Treibhausgasen bis 2050 um mindestens 90 % gegenüber 1990 zu reduzieren. **DK**

Stadtwerke fordern:

Das Energiesystem zukunftssicher gestalten

Der Streit um hohe Energiepreise treibt aktuell die Politik. Die kommunalen Unternehmen dagegen treibt die Sorge um das Energiesystem der Zukunft und seine Finanzierbarkeit. „Wir sollten nicht länger über Symptome streiten, sondern endlich auf das Energiesystem als Ganzes blicken. Denn sonst können wir unserem jahrzehntelangen erfolgreichen Engagement für Umwelt- und Klimaschutz, Energieversorgung und Verkehr nicht mehr wirtschaftlich nachkommen“, sorgt sich Josef Hasler, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) im Vorfeld von deren Vorstandssitzung in München. Das bekäme auch der Verbraucher zu spüren.

„Gestaltet die Politik allerdings den rechtlichen Rahmen in den kommenden vier Jahren richtig, können wir Klimaziele, Wertschöpfung vor Ort und das Potenzial der Digitalisierung sehr wohl vereinbaren“, bekräftigte Hasler. Stadt- und Gemeindewerke haben in den vergangenen 20 Jahren die Energiewende von unten gemeistert. „Subsidiarität funktioniert“, machte Hasler deutlich.

„Die Digitalisierung ermöglicht den Stadtwerken als Systemmanagern der Energiewende ihre hohe Kompetenz noch besser auszuspielen. Dafür brauchen wir endlich die Unterstützung der Politik bei Datenzugang, Sektorkopplung und Regulierung – eine Unterstützung, die Innovation befördert statt ausbremst“, so Hasler.

Die Unternehmensebene in der VKU Landesgruppe Bayern spei-

chern heute schon regenerativ erzeugten Strom in Form von Wärme, produzieren Wasserstoff für das Gasnetz oder trocknen Klärschlamm mit Solarthermie. Zugleich halten sie das bestehende System am Laufen. Sie integrieren das Neue und planen die Zukunft: zum Beispiel, indem sie Geothermie in den vorhandenen Wärmenetzen nutzen wollen.

Mehrwert für die Kunden

Oft stehen ihnen jedoch geltende Regelungen im Wege, etwa wenn die Nutzung von Speichern durch Steuern und Abgaben künstlich verteuert wird. In Kooperationen schaffen die Stadtwerke Mehrwert für ihre Kunden und integrieren gemeinsam neue Technologien. Dafür brauchen sie Spielraum. □

Personelle Veränderungen im Vorstand der Thüga

Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft, hat heute Dr. Wolfgang Kalsbach, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Thüga Aktiengesellschaft, darüber informiert, dass er sich beruflich neu orientieren will und daher über das Ende seiner Vertragslaufzeit (Ende 2018) der Thüga nicht zur Verfügung stehen wird.

Dazu der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Kalsbach: „Wir bedauern die Entscheidung von Dr. Holtmeier, haben diese aber zu respektieren und wünschen ihm für seine berufliche Zukunft alles Gute.“

Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft: „Meine Vorstandskollegen und ich haben in

den zurückliegenden acht Jahren die Zusammenarbeit mit Dr. Holtmeier sehr geschätzt und gemeinsam hat die Thüga einen erfolgreichen Kurs genommen. Leider steht uns der Kollege für eine Zusammenarbeit über 2018 hinaus nicht mehr zur Verfügung. Wir wünschen Dr. Gerhard Holtmeier für seine Zukunft nur das Beste.“ □

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen



© Andreas Gresser
Bundesweiter Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen **Fairer Handel und Faire Beschaffung – Global Nachhaltige Kommune – Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen – Migration und Entwicklung.**

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil der **ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH** und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Von der Gasfabrik zum Partner der Energiewende

erdgas schwaben und Schwabmünchen feierten 110 Jahre Gasversorgung

Sie begann 1907 mit dem Bau des Gaswerks und geht heute mit einem großen Anteil regenerativer Energie in die Zukunft: die Energie-Partnerschaft von erdgas schwaben und der Stadt Schwabmünchen. Das Jubiläum „110 Jahre Gasversorgung in Schwabmünchen“ begingen erdgas schwaben und die Stadt gemeinsam mit einem Festakt.

Rund 150 Gäste, viele davon erdgas schwaben-Kunden und Bürgerinnen und Bürger von Schwabmünchen, waren in die Stadthalle gekommen. Die Festgäste erwartete ein abwechslungsreiches Programm rund um die Geschichte der Gasversorgung in Schwabmünchen, eine Ausstellung von historischen Gasgeräten und Reproduktionen der kolorierten Baupläne des Schwabmünchner Gaswerks in Originalgröße.

Chronik zum Jubiläum

Einzelne Abbildungen aus den Jugendstil-Bauplänen fanden Eingang in die Chronik „Von der Gasfabrik zum Partner der Energiewende – 110 Jahre Gasversorgung in Schwabmünchen“, die erdgas schwaben zum Jubiläum herausgegeben hat.

Moderne Energieversorgung als Grundlage für die Stadt-Entwicklung

Stadtgas aus Steinkohle sorgte vor 110 Jahren für hell erleuchtete Straßen und brachte die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Stadt weiter voran. Die Kommune und die Bürgerinnen und Bürger waren an ihrem Gaswerk beteiligt – ein ganz moderner Ansatz, sagt Lorenz Müller, erster Bürgermeister in Schwabmünchen.

„Die Herausforderung Energiewende kann am besten regional mit möglichst großer Bürgerbeteiligung gemeistert werden“, sagt Bürgermeister Müller. „erdgas schwaben steht Schwabmünchen bei dieser Aufgabe als innovativer und verllässlicher Partner zur Seite.“

Sichere und klimaschonende Energieversorgung mit langfristiger Perspektive

Als eine der ersten Kommunen in Bayern war Schwabmünchen nach dem zweiten Weltkrieg zunächst an die Ferngas- und ab 1963 an die Erdgas-Versorgung angeschlossen. Damit war die Grundlage für die weitere solide wirtschaftliche Entwicklung gelegt. erdgas schwaben arbeitet mit der Kommune eng zusammen, um auch in Zukunft moderne Lösungen für eine nachhaltige und innovative Energieversorgung zu entwickeln.

Der Stadt verpflichtet

„Die Stadt Schwabmünchen und wir sehen in der Daseinsvorsorge für die Menschen in der Region eine verantwortungsvolle und damit langfristige Aufgabe“, sagt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben: „Wir fühlen uns der Stadt verpflichtet, deswegen fördern wir durch freiwilliges Engagement nachhaltige Initiativen. Wir sind stolz darauf, ein Teil dieser lebendigen Stadtgesellschaft Schwabmünchen zu sein.“

Information erdgas schwaben

Aktuell sind fast 200 Städte und Gemeinden an 6.500 Kilometer Erdgasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Erdgas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Insgesamt wünschen über 75 Pro-

zent aller Bauherren einen Erdgasanschluss.

erdgas schwaben investiert jährlich 10 Millionen Euro in erneuerbare Energien. Erdgas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – sei es schwäbisches Bio-Erdgas oder Wasserstoff. erdgas schwaben bietet

Ottobeuren setzt auf Fahren mit Strom

erdgas schwaben eröffnet neue Elektroladesäule vor dem Museum für zeitgenössische Kunst

German Fries, erster Bürgermeister im Markt Ottobeuren, hat gemeinsam mit Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkundenbetreuung erdgas schwaben, die neue Ladesäule für Elektroautos im Markt Ottobeuren in Betrieb genommen, die erdgas schwaben mit Strom aus 100 Prozent Wasserkraft beliefert. Sie steht am Parkplatz vor dem Museum für zeitgenössische Kunst – im Ortszentrum in unmittelbarer Nähe zum Rathaus und zu der weltberühmten Benediktinerabtei.

Den Elektroautos gehört die Zukunft, denn sie fahren leise und emissionsfrei“, sagte Bürgermeister Fries. „Indem wir für das Fahren mit Strom den Weg freimachen, bekommen wir in Ottobeuren noch mehr Lebensqualität für alle, die hier leben, arbeiten und wohnen. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir mit erdgas schwaben eng zusammenarbeiten können – für mehr Klimaschutz und mehr Attraktivität für unsere Marktgemeinde. Ottobeuren macht damit einen großen Schritt in Richtung Zukunft.“

erdgas schwaben-Strom aus 100 Prozent Wasserkraft

Die Ladesäule von erdgas schwaben am Museum für zeitgenössische Kunst liefert Strom aus 100 Prozent Wasserkraft. Die beiden Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat, haben eine Leistung von jeweils 22 Kilowatt (kW). Das bedeutet einmal auf-

Erdgas, Bio-Erdgas, Strom, Bio-Strom, Wasserstoff und Contracting. 2017 erwarb erdgas schwaben vier Wasserkraftwerke an Lech und Wertach.

Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist Fahren mit Strom. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben acht Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, weitere 30 sind im Laufe des Jahres geplant.

Die Stromtankstellen von erdgas schwaben bieten je zwei Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat. An den Ladesäulen wird Strom aus 100 Prozent Wasserkraft geladen.

laden, während wir zum Beispiel einen Bauantrag abgeben, einkaufen gehen oder Freunde besuchen. Das Parken ist während des Ladevorgangs kostenlos.

Mit Strom aus erneuerbaren Quellen das Klima und die Umwelt schonen

„Der Strom für die neue Ladesäule in Ottobeuren wird zu 100 Prozent mit Wasserkraft erzeugt“, sagte Helmut Kaumeier, erdgas schwaben. „Damit können wir die Umwelt und das Klima schonen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.“

erdgas schwaben baut sein Netz von Elektroladesäulen weiter aus. „Wir sehen unser Engagement auch als wichtigen Baustein für die Region“, sagte Kaumeier. „Indem wir das Lade-netz immer dichter machen, unterstützen wir auch das Ziel der Bundesregierung, eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bekommen.“



Lorenz Müller, Bürgermeister in Schwabmünchen, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, Cornelia Benesch, Leiterin Unternehmenskommunikation erdgas schwaben, und Angela Schlenkrich, Historikerin (v.l.). Angela Schlenkrich und Cornelia Benesch haben die Chronik zum Jubiläum „Von der Gasfabrik zum Partner der Energiewende - 110 Jahre Schwabmünchen“ gemeinsam verfasst.



Bild: erdgas schwaben

Die Stadt der Zukunft fährt mit Strom:

Die Vordenker der Elektromobilität zu Gast bei erdgas schwaben

Etwa 30 Pioniere und Vordenker der Elektromobilität haben sich bei erdgas schwaben in Augsburg getroffen. Zum Netzwerktreffen waren vor allem Vertreter von Stadtwerken und Energieversorgern gekommen.

Das Finden von Ladesäulen und das Laden selbst soll für die Elektroauto-Fahrer einfach und bequem sein. Heute schon genügt eine Ladekarte von ladenetz.de – ein Stadtwerkeverbund mit rund 120 Mitgliedern –, um an rund 1.200 Ladepunkten in Deutschland und mehr als 10.000 in Europa zu laden.

Dr. Mark Steffen Walcher, Geschäftsführer der smartlab Innovationsgesellschaft, die ladenetz.de anbietet, diskutierte mit den Verbundpartnern über mobile Energiespeicher für E-Ladestationen, Eichrecht in der Elektromobilität und Technische Betriebsführung der Ladeinfrastruktur.

E-Mobilität im urbanen Raum

„Wir setzen auf Elektromobilität vor allem im urbanen Raum“, sagte Dr. Christian Blümm, Marketingleiter erdgas schwaben. „Die Voraussetzung, damit sich Fahren mit Strom durchsetzt, ist ein dichtes Netz von Ladesäulen, das die Elektro-Autofahrer unkompliziert nutzen können. Dafür haben wir mit smartlab den richtigen Partner gefunden.“

Schnell und spontan laden mit einer Ladekarte

„Wir betreiben bereits 14 Ladesäulen in Bayerisch Schwaben. Jedes Jahr kommen zehn neue dazu, darunter auch Schnellladestationen mit einer Leistung von 50 Kilowatt – das heißt, Sie kön-

nen Ihr Elektroauto damit in einer halben Stunde laden“, sagte Dr. Christian Blümm, Marketingleiter erdgas schwaben.

ladenetz.de ist mit einem Stadtwerke- und einem Business-Verbund deutschlandweit das größte Netzwerk von E-Mobility-Anbietern. Mehr als 1200 Ladestationen von den ladenetz-Partnern in Deutschland und 10.000 Ladesäulen von Roaming-Partnern in Europa können E-Autofahrer mit einer Ladekarte oder spontan über eine Web-App unkompliziert nutzen.

Regionale Stadtwerke und die Global Player der Elektroauto-Anbieter vernetzen sich

Hinter ladenetz.de steht das Aachener Start-Up smartlab Innovationsgesellschaft mbH, eine unabhängige Ideenschmiede um Dr. Mark Steffen Walcher, die innovative Dienstleistungen, Produkte und Konzepte rund um intelligente Netze und Elektromobilität entwickelt. Dr. Walcher ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesverbands eMobilität und anerkannter Experte mit langjähriger Berufserfahrung in der Energie-, Mobilitäts- und Automobilwirtschaft.

Lokale und regionale Energieversorger vernetzen sich mit ladenetz.de ebenso wie die Global Player der Elektroauto-Anbieter – zum Beispiel BMW mit dem i3 und seinem internationalen Carsharing-Modell DriveNow, VW, Audi, Mercedes und Nissan.



Der schönste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich



erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

www.erdgas-schwaben.de

Mehr „Bewegtes Licht“ in Königsbrunn

Parkweg zwischen Jugendzentrum MatriX und Unterer Kreuzstraße mit der intelligenten Beleuchtungstechnik ausgerüstet

Eine weitere Strecke in Königsbrunn ist nun mit „bewegtem Licht“ ausgestattet: Im Auftrag der Stadt hat die LEW-Verteilnetz GmbH (LVN), ein Tochterunternehmen der Lechwerke, den Parkweg zwischen dem Jugendzentrum MatriX und der Unterer Kreuzstraße mit der intelligenten Beleuchtungstechnik ausgerüstet. Das System arbeitet mit sensorgestützter Technologie: Die Beleuchtung wird stark gedimmt, solange niemand den Weg benutzt. Erfassen die in den Leuchten integrierten Sensoren jedoch die Bewegung eines Radfahrers oder Fußgängers, fährt die Beleuchtung automatisch hoch. Insgesamt zehn dieser speziellen LED-Leuchten beleuchten nun den Weg zwischen Jugendzentrum und Unterer Kreuzstraße.

Im November 2012 hatte LVN im Rahmen eines Pilotprojektes erstmals in der Region Straßenleuchten im Bereich des Geh- und Radwegs mit dem innovativen LED-System ausgestattet. 2014 war die Stadt dafür gemeinsam mit den Lechwerken im Rahmen des Wettbewerbs „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichnet worden.

„Hier in Königsbrunn haben wir erstmals das bewegte Licht getestet – mit guten Erfahrungen und positiver Resonanz aus der Bevölkerung. Deshalb setzen wir die Technik nun auch hier im Park am Jugendzentrum ein. Die innovative und energieeffiziente Technologie leuchtet bedarfsgerecht aus und erhöht so die

Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger“, unterstreicht Königsbrunns Bürgermeister Franz Feigl.

„Kommunen wie Königsbrunn übernehmen beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle. Als Partner unterstützen wir die Städte und Gemeinden dabei mit Know-how und beraten zum Einsatz innovativer Technologien, wie hier dem bewegten Licht. So gestalten wir gemeinsam mit den Kommunen die Energiezukunft unserer Region“, sagte Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke.

LED-Leuchtmittel mit längerer Lebensdauer

„LED-Leuchten sind grundsätzlich sehr sparsam. Sie bringen das Licht viel fokussierter auf die Straße und reduzieren so Streulicht in der Umgebung“, sagt Christian Mayr, LED-Spezialist bei LVN. „Zudem haben LED-Leuchtmittel eine längere Lebensdauer und sind wartungsarm, weswegen sie sich bei Neubauprojekten

bereits als Standard etabliert haben. Nicht zuletzt lassen sie sich gut dimmen und können in intelligente Konzepte wie dem bewegten Licht eingebunden werden.“

Zehn Prozent der Leistung im Ruhezustand

Die intelligente LED-Technik kann individuell programmiert werden: Die Leuchten werden gedimmt, wenn der Geh- und Radweg nach Einbruch der Dämmerung nicht genutzt wird – auf zehn Prozent der normalen Leistung von im Mittel 20 Watt auf dann nur noch zwei Watt je Leuchte. Sobald sich ein Fußgänger oder ein Radfahrer nähert, erfasst ihn der Infrarot-Bewegungssensor und fährt die Leuchte zum vollen Beleuchtungsniveau hoch. Gleichzeitig gibt er ein Signal an die nächste Leuchte weiter, die ebenfalls hochfährt.

Das Licht begleitet den Verkehrsteilnehmer auf seinem Weg. Nach der programmierten Haltezeit, in diesem Fall sind es zwei Minuten, fahren die Leuchten in den festgelegten, energiesparenden Dimmzustand zurück. Konkret bedeutet dies, dass die reduzierte Leistung (wenn sich kein Fußgänger oder Radfahrer im Bereich der Be-



V.l.: Christian Mayr, LED-Spezialist bei LVN, LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher, Königsbrunns Bürgermeister Franz Feigl und Werner Lohmann, Leiter des technischen Bauamts der Stadt, am Weg mit den neuen Leuchten.

Bild: LEW/Christina Bleier

leuchtung bewegt) für alle zehn Leuchten insgesamt nur noch 20 Watt beträgt.

Bis zu 86 Prozent Einsparung

Durch diese nutzungsabhängige Beleuchtung lässt sich gegenüber einer durchgehend mit gleicher Leistung betriebenen Beleuchtung bis zu 86 Prozent der benötigten Energie einsparen. Die Lichtsteuerung leistet damit einen Beitrag zur Kohlendioxid einsparung und damit zum Klimaschutz. Mittlerweile ist die Technologie in zehn weiteren

Kommunen der Region im Einsatz.

Die LEW Verteilnetz GmbH sorgt als regionaler Verteilnetzbetreiber für einen zuverlässigen und sicheren Betrieb des Stromnetzes und gewährleistet einen diskriminierungsfreien Netzzugang. Das Netzgebiet der LEW Verteilnetz GmbH umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. Die LEW Verteilnetz GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Lechwerke AG (LEW).

Weitere Informationen unter www.lew-verteilnetz.de □

LEW und Forschungsstelle für Energiewirtschaft e. V.:

Forschungsprojekt ePlanB abgeschlossen

Gesteuertes Laden löst aktuelle Probleme der Elektromobilität – das hat das Forschungsprojekt ePlanB gezeigt, bei dem in den vergangenen Jahren ein intelligentes Lademanagement für Elektroautos entwickelt und getestet wurde. Dabei ist es gelungen, den regional erzeugten Strom bestmöglich und direkt vor Ort zu nutzen und vielen Projektteilnehmern die Elektromobilität näher zu bringen. Nun wurde das Projekt offiziell mit der Fertigstellung des Endberichts abgeschlossen. Das Projekt wurde von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. (FfE), der Lechwerke AG (LEW), der LEW Verteilnetz GmbH (LVN), der Stadt Buchloe und dem Landkreis Ostallgäu durchgeführt und vom Bayerischen Ministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert.

Ziel des dreijährigen Projekts war es, Elektrofahrzeuge von Pendlern dann zu laden, wenn viel lokal erzeugter Solarstrom zur Verfügung steht und/oder der Börsenpreis für Strom sehr niedrig ist. Dafür haben die Projektpartner mehrere Feldtestphasen durchgeführt, in denen die Elektroautos zunächst ungesteuert und anschließend gesteuert geladen wurden.

Durch das entwickelte intelligente Lademanagement konnte in der Phase des gesteuerten Ladens der Anteil des regenerativ erzeugten Stroms um über 40 % gegenüber der ungesteuerten Referenzphase erhöht werden. Hierzu wurden die Elektrofahrzeuge nicht direkt nach dem Anstecken, sondern gezielt zu Zeiten mit hoher PV-Erzeugung geladen. Dadurch konnten auch Leistungsspitzen im Stromnetz, die durch das zeitgleiche Laden von Elektrofahrzeugen verursacht werden, vermieden werden.

Die vier Feldtestphasen hatten jeweils unterschiedliche Forschungsschwerpunkte. Zu Beginn wurden die Elektroautos ungesteuert geladen, das heißt der Ladevorgang startete, sobald die Teilnehmer das Auto an die Ladesäule angeschlossen hatten. Beim gesteuerten Laden, das mit der zweiten Feldtestphase startete, gaben die Pendlers über ein Online-Portal oder ein zentrales Eingabeterminal bei der Ankunft am Parkplatz Daten zum Ladezustand der Batterie und dem geplanten Abfahrtszeitpunkt ein. Die intelligente Ladesteuerung erstellte für jedes Fahrzeug einen Ladeplan, sobald das Fahrzeug an die Ladesäule gesteckt wurde. Dieser errechnete sich aus den Prognosen der PV-Erzeugung und den Eingaben des Pendlers zum Ladezustand und Abfahrtszeitpunkt.

Der Ladevorgang ließ sich somit in Zeiten verschieben, in denen heimische Photovoltaik-Anlagen besonders viel Strom erzeugten. Auf diese Weise konnte deutlich mehr regional erzeugter Strom für das Laden genutzt werden: Während beim ungesteuerten Laden teilweise nur 40 % des Ladestroms aus Photovoltaik-Anlagen der Region stammten,

waren es mit Lademanagementsystem bis zu 69 %. Wären alle Fahrzeuge steuerbar, läge dieser Anteil sogar bei über 80 %. Außerdem konnten die Lastspitzen, die beim ungesteuerten Laden in den Morgenstunden lagen, geglättet und im Mittel um 43 % reduziert werden.

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Mauch erläuterte, dass insgesamt über die zweijährige Feldtestphase ca. 62.000 Kilowattstunden regenerativer Strom geladen und somit ca. 20.000 Liter Benzin eingespart wurden, wodurch rund 50 Tonnen CO2 vermieden werden konnten.

Im Rahmen des Projekts wurden 14 Elektrofahrzeuge verschiedener Hersteller an insgesamt 56 Teilnehmer verliehen. Diese pendelten für jeweils sechs Monate damit zum Park-and-Ride-Platz am Bahnhof in Buchloe. Pendlers stärker für das Thema Elektromobilität zu sensibilisieren – auch das war ein Ziel des Projekts ePlanB. Dafür wurden nach jeder Feldtestphase Befragungen durchgeführt.

„Die Ergebnisse zeigen: Alle Projektteilnehmer waren vom elektrischen Fahren begeistert und würden jederzeit wieder an einem ähnlichen Projekt teilnehmen. Für mehr als die Hälfte wäre ein Elektroauto dauerhaft eine denkbare Alternative zum eigenen Fahrzeug. Unsere Erwartungen wurden sogar noch übertroffen, denn zusätzlich zu den Testfahrern konnten mehr als 200 Personen aus dem Umfeld der Projektteilnehmer Erfahrungen mit dem leisen und emissionsfreien Fahren sammeln. ePlanB wirkte also weit über den Kreis der unmittelbaren Teilnehmer hinaus“, sagt Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied. „Elektromobilität ist die Technologie, die die Energiewende auf die Straße bringt und wir sind stolz, dass wir die Menschen dafür begeistern konnten.“

Die Fahrleistung pro Fahrzeug und Teilnehmer lag im Durchschnitt bei rund 14.500 Kilometern. Somit beträgt die Gesamtfahrleistung der Fahrzeuge seit Beginn des Feldtests rund 400.000 Kilometer. □

Wir bringen Licht ins Dunkel.

Licht gibt Orientierung und Sicherheit. Licht setzt in Szene. Optimieren Sie Ihren Energieverbrauch durch ein intelligentes Beleuchtungsmanagement Ihrer Straßenbeleuchtung.

Informieren Sie sich unter www.lew.de/kommunen

LEW

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW
Lechwerke

LEW
Service & Consulting

LEW
TelNet

LEW
Netzservice

BEW
Bayerische Elektrizitätswerke

EWL
Elektrizitätswerk Landsberg

UWK
Überlandwerk Krambach

LVN

Klimatag 2017 in Garmisch-Partenkirchen:

Der Klimawandel ist real

Ganz im Zeichen der Umweltbildung stand der diesjährige Klimatag des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Neben Mitgliedern des Kreistages nahm erstmals auch eine ganze Reihe von Rathauschefs an der Informationsveranstaltung teil. Auf freiwilliger Basis sollen die einzelnen Kommunen künftig Maßnahmen zum Klimaschutz selbstständig definieren und umsetzen.

„Klimaschutz geht uns alle an“, betonte Landrat Anton Speer in seinem Grußwort, ehe er die Wanderausstellung Klima.Faktor. Mensch des Landesamts für Umwelt Bayern (LfU) eröffnete. Bis 20. Dezember ist sie für Schulklassen ab der sechsten Jahrgangsstufe sowie für alle interessierten Bürger im Foyer des Landratsamtes zu besichtigen.

Wirbelstürme, Hitzerekorde im Sommer, verheerende Fluten – weltweit ändert sich das Klima dramatisch. Welche Folgen jetzt schon in Bayern spürbar sind und wie die nahe Zukunft unserer Heimat aussehen könnte, erfährt der Besucher an vielen interaktiven Stationen. „Hierdurch soll das Bewusstsein gestärkt werden, dass jeder Verantwortung für die Zukunft tragen muss“, unterstrich der Landkreischief.

Messbarer Nachweis

„Der Mensch gemachte Klimawandel ist Realität“, unterstrich Dr. Andreas Otto vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Die vergangenen drei Jahre seien gemessen an den globalen Durchschnittstemperaturen die wärmsten seit Menschengedenken gewesen. Auch in der Region um Garmisch-Partenkirchen sei der Klimawandel messbar und bereits vielerorts nachweisbar. Während die Temperaturen weltweit durchschnittlich um 0,07 Grad pro Jahr steigen, sei dieser Wert mit 0,3 Grad im Landkreis deutlich höher.

Gefahr regionaler Dürren und Überschwemmungen

Otto zufolge „rechnen wir stärker mit regionalen Dürren, heftigeren regionalen Überschwemmungen und auch mit dem Anstieg des Meeresspiegels, was für zahlreiche Regionen bereits Land unter bedeuten würde“. Soziale Spannungen, Hungersnöte und Flüchtlingsströme seien Folgen auch des Klimawandels. Ein Ausweg besteht aus Ottos Sicht in der Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Als gerade noch beherrschbar werde ein maximaler Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 2 Grad angesehen. Konkret bedeute dies, dass im Jahr 2050 bei einer Weltbevölkerung von 10 Milliarden nur noch höchstens 1,5 Tonnen CO₂ pro

Kopf ausgestoßen werden dürfen.

Auch für Martin Kainz, Forstdirektor im Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Weilheim, steht die Klimaampel auf dunkelrot. Bei weitem reichen seiner Ansicht nach die derzeitigen Schutzmaßnahmen nicht aus, um den allgemeinen Trend umzukehren.

Flora und Fauna ändern sich

Auf den Wald habe der Klimawandel folgende Auswirkungen: Wegen der langen Lebenszeit der Bäume seien Wälder besonders anfällig und für eine natürliche Anpassung der Wälder laufe der Klimawandel viel zu schnell. Der einzelne Baum könne sich nicht anpassen. An das Klima nicht angepasste Wälder seien gefährdet. Vegetationszonen würden sich verschieben und auch Flora und Fauna änderten sich.

Während in Bayern auf vielen Flächen der Anbau von Buche mit ihren Begleitern die Option für die Zukunft sein werde, „wird die Fläche, auf der sich die Fichte wohl fühlt, sich im Laufe des Klimawandels verkleinern“, prognostizierte Kainz. Die Mischung mit anderen Baumarten werde zunehmend wichtiger, um das Risiko zu senken.

Gefahren für den Wald

Grundsätzlich nähmen die Gefahren für den Wald eindeutig aufgrund von Trockenheit und Dürre, Schädlingsbefall, Sturmwurf, Hochwasser, Waldbrand und Schneebruch zu. Für Waldbesitzer könne dies u. a. einen Holzpreisverfall von bis zu 30 Prozent nach sich ziehen, bemerkte Kainz. Er plädierte deshalb für eine Abkehr von unnatürlichen (Fichten-) Reinbeständen hin zu standortgerechten und klimatoleranten Mischwäldern, der Risikostreuung durch Verwendung mehrerer Baumarten, der Stärkung der Widerstandskraft durch frühzeitige Pflege und eine rechtzeitige Verjüngung gerade im Gebirge.

Keine Glaubensfrage

„Der Klimawandel ist keine Glaubensfrage mehr, sondern eine nachweisbare Tatsache“, stellte auch Prof. Dr. Harald Kunstmann, stellvertretender Insti-

tutsleiter der Klimaforschungsstation Campus Alpin des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), fest. Zwar könne es auch im Werdenfelser Land immer wieder kalte Winter geben, aber insgesamt sei der Trend eindeutig: „In der Jetztzeit sind die Durchschnitts-Sommer die Winter der Zukunft.“

Wie Kunstmann ausführte, bildet das aus dem Fraunhofer Institut für Atmosphärische Umweltforschung hervorgegangene Institut für Meteorologie und Klimaforschung IMK-IFU in Garmisch-Partenkirchen seit 2002 eines von vier Departments des IMK am Campus Alpin.

Atmosphäre und Klima

Im Programm „Atmosphäre und Klima“ werden die Rolle der Atmosphäre im dynamischen Klimasystem und deren zugrunde liegenden Prozesse untersucht. Das Programm trägt zum Verständnis der langfristigen Veränderung der Zusammensetzung der Atmosphäre und des damit verbundenen Klimawandels, der Verschlechterung der Luftqualität, verursacht durch die zunehmenden anthropogenen Antriebe (Emissionen, Landnutzungsänderungen), die in Bio- und Atmosphäre auftretenden Klimarückkopplungen und den Wechselwirkungen im Zusammenhang mit den Veränderungen im Wasserkreislauf bei.

Ambitioniertes Ziel

„Die Planungsregion Oberland mit den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden und damit eine Vorreiterrolle im Klima- und Ressourcenschutz einzunehmen. Damit setzt auch die die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen ein mutiges und ehrgeiziges Ziel und spielt eine Vorreiterrolle“, hob Kunstmann hervor.

In den Südhang des Zugspitzgipfels hineingesprengt, 2.650 Meter über dem Meer, befindet sich Deutschlands höchst gelegene Forschungseinrichtung, die „Umweltforschungsstation Schneefernerhaus (UFS)“, benannt nach dem nahegelegenen Gletscher. Neun Etagen hoch und mit zwei Stockwerken fest im Fels verankert, ist sie Höhenforschungsstation, Observatorium und Kommunikationseinrichtung zugleich, wie Dr. Inga Beck, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, dar-

legte. Daneben ist sie auch das weltweit einzige Ausbildungszentrum für Atmosphärenforscher aus Entwicklungsländern. Die Umweltforschungsstation Schneefernerhaus wird im Rahmen des „Klimaprogramms Bayern 2020“ vom Freistaat unterstützt. Zudem ist der Landkreis Garmisch-Partenkirchen Mitgesellschafter der UFS.

Einzigartige Plattform

Deutschlands höchst gelegene Forschungsstation auf der Zugspitze bildet eine weltweit einzigartige Plattform für die kontinuierliche Beobachtung physikalischer und chemischer Eigenschaften der Atmosphäre sowie die Analyse wetter- und klimawirksamer Prozesse – Grundlagen für die Beschreibung von Zustand und künftiger Entwicklung des weltweiten Klimas. Die UFS wird unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz als „Virtuelles Institut“ geführt, dem zehn renommierte

Fachgespräch in Iphofen:

Wie Kommunen die Energiewende meistern

Tagung der Regierungen von Unter- und Mittelfranken sowie C.A.R.M.E.N. e.V.

Um die Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende auf der Gemeindeebene planen, koordinieren und schließlich umsetzen zu können, stehen ausreichend planerische Instrumente zur Verfügung, die inzwischen auch auf einem breiten Erfahrungsschatz beruhen. Dies wurde den knapp 100 interessierten Bürgermeistern und Kommunalvertretern aus Unter- und Mittelfranken auf einer von den Bezirksregierungen und C.A.R.M.E.N. e.V. organisierten Informationsveranstaltung in Iphofen mittels Fachvorträgen und Berichten aus der kommunalen Praxis aufgezeigt.

Schlüsselrolle der Kommunen

„Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende zu“, hob Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer nach einem Grußwort des ersten Bürgermeisters der Stadt Iphofen, Josef Mend, hervor. Bei den vielen Facetten, die das Themenfeld „Energiewende“ aufweist, stelle die Forderung nach einer sparsamen und einer effizienten Nutzung der Energie einen wesentlichen Baustein dar. Durch den Einsatz neuer Technologien solle eine gleiche Wirkung mit einem geringeren Energieeinsatz erreicht werden.

Erfahrungsaustausch

Die Anwendungsbereiche seien hier überaus vielschichtig und beträfen beispielsweise den Verbrauch von Wärmeenergie und elektrischem Strom, aber auch den Antrieb von Fahrzeugen. Über ein kommunales Energiemanagement sei es möglich, die Energieverbrauchsstellen systematisch zu erfassen und so ein vollständiges Bild über den Energieverbrauch zu erhalten. Dies sollte der Ausgangspunkt für alle Maßnahmen zur Einsparung von Energie sein. Hierbei biete es sich an, im Austausch mit anderen Kommunen von deren Erfahrungen zu profitieren. Ein strukturierter Rahmen hierfür könne über sog. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke bereitgestellt werden.

Beinhofer zufolge wird die Akzeptanz des gesamtgesellschaftlichen Projekts „Energiewende“ auch davon abhängen, ob weitere Anlagen zur Herstellung von



Landrat Anton Speer (vorne rechts) begrüßte zahlreiche Besucher beim diesjährigen Klimatag im Garmischer Landratsamt. □

deutsche Forschungseinrichtungen angehören.

Nach Beck's Ausführungen sind die drei Zugspitz-Gletscher von 300 Hektar im 19. Jahrhundert auf derzeit 39 Hektar zusammengeschrumpft. Trete keine Änderung ein, werden sie bis zum Jahr 2030 wohl vollkom-

men verschwunden sein. Auch der Permafrost, eine gefrorene Gesteinsschicht unter der Erdoberfläche, die die verschiedenen Bodenschichten wie Kitt zusammenhält, werde in absehbarer Zeit auftauen und die Gefahr von Felsabgängen drastisch erhöhen. **DK**

Strom und Wärmeenergie aus erneuerbaren Energieformen errichtet und wie bereits bestehende Anlagen effizienter genutzt werden können. „Ich denke hierbei gerade an die Bereitstellung von Wärmeenergie“, betonte der Regierungspräsident.

Nachdem Keywan Pour-Sartip und Wolfram Schöberl, beide C.A.R.M.E.N. e.V., die zahlreichen Angebote des Netzwerkes, u. a. die kostenlose Open-Source-Software SOPHENA, die der technischen und ökonomischen Planung von Wärmeversorgungsprojekten dient, präsentiert hatten, klärte Erich Maurer (Energieagentur Nordbayern) darüber auf, wie Kommunen durch die Erstellung von Energienutzungsplänen und ein effizientes Energiemanagement profitieren können.

Energiekosten als wesentliche Größe

Als Eigentümer meist zahlreicher Liegenschaften und als Träger von Infrastruktureinrichtungen seien die Energiekosten für jede Kommune eine wesentliche Größe im Haushalt. Da Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz meist hohe Investitionen voraussetzen, ist es aus Maurers Sicht sinnvoll, sich einen detaillierten Überblick über die einzelnen Bestandteile des Energieverbrauchs und das jeweilige Einsparpotential zu verschaffen. Karlheinz Paulus von der Energieagentur Unterfranken warnte seinerseits mit interessanten Hinweisen zu großzügigen finanziellen Förderungen für kommunale Energieeffizienznetzwerke durch den Bund auf.

Praxisbericht

In seinem Praxisbericht stellte Andreas Brandmann (Markt Feucht) die Ausgestaltung und den Nutzen eines kommunalen Energieeffizienznetzwerkes am Beispiel seiner Marktgemeinde vor. Wege und Möglichkeiten der solaren Klärschlamm-trocknung zeigte Dieter Möhring, Bürgermeister der Gemeinde Aidhausen, auf.

Die Entsorgung von Klärschlamm wird wegen des Depositionsverbots und den Einschränkungen bei der landwirtschaftlichen Nutzung zunehmend durch die Verbrennung erfolgen. Vor diesem Hintergrund wird die Klärschlamm-trocknung an Be-

deutung gewinnen. In Aidhausen wurde eine Anlage für die solare Klärschlamm-trocknung entwickelt, die speziell für den Einsatz bei kleinen Anlagen geeignet ist. Eine Versuchsanlage wurde errichtet und das Verfahren soll noch weiter optimiert werden.

Siegfried Scholtka, Bürgermeister der Gemeinde Mömlingen und Vorstand der Bürgerenergiegenossenschaft, informierte wiederum darüber, wie das dortige Wasserwerk solar nachgerüstet und zukunftsfähig gemacht wurde.

Gemeinde Mömlingen

Am bestehenden Wasserwerk wurde eine 80 kWp Freifeld-Photovoltaikanlage errichtet. Die Idee war, die Steuerung des Stromverbrauches von der Produktion der PV-Anlage abhängig zu machen. Der Hochbehälter des Wasserwerks dient hierbei als Energiespeicher. Die hierfür notwendige Steuerung wurde im ehrenamtlichen Einsatz entwickelt und von Programmierern umgesetzt. Viele zu berücksichtigende Variablen machten das Projekt zu einer großen Herausforderung. Daneben mussten aber auch viele Hürden bei der Genehmigung genommen werden, so war zum Beispiel eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung notwendig. Die Vorhaben in Aidhausen und Mömlingen wurden 2016 mit dem Bürgerenergiepreis Unterfranken der Bayernwerk AG ausgezeichnet.

Gemeinde Neusitz

Zu den Themen Energienutzungsplan, kommunales Energiemanagement und Umrüstung der Straßenbeleuchtung gab Heinrich Süß, Bürgermeister des Marktes Weisendorf, einen detaillierten Überblick. Süß verwies auf den großen Nutzen und das Einsparpotenzial durch minimal-investitive Maßnahmen und angepasstes Nutzerverhalten. Rudolf Glas, Bürgermeister der Gemeinde Neusitz, berichtete schließlich über die Implementierung eines Energiekonzeptes und dessen Umsetzung in der Gemeinde Neusitz. Bei der Umsetzung des Solarparks nahm der Energiestammtisch mit 26 Fachleuten unterschiedlichster Disziplinen eine besonders wichtige Rolle ein. **DK**

Energie. Verkehr. Umwelt.



Umweltfreundlicher Schiffsverkehr

Wir haben die Lösung für feinstaubfreien, lautlosen und umweltfreundlichen Schiffsverkehr.

Während die Fahrgastkabinenschiffe im Hafen liegen, liefert das von uns entwickelte Energieterminal zuverlässig Strom vom Land aus - ganz leise und völlig schadstoffarm.

Die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte, vor allem in Städten, ist ein hochaktuelles Thema. Gönnen auch Sie Ihrer Stadt eine Atempause. Als Betreiber von Anlegestellen können Sie einen aktiven Beitrag leisten unsere Umwelt zu schonen.

Wir als zuverlässiger und erfahrener Partner unterstützen Sie gerne von der Planung bis zum Betreiben von Liegenstellen mit Landstromversorgung für die Hotelschiffe. Sprechen Sie uns an.

Würzburger Hafen GmbH,
Christoph Kreuzinger
Haugerring 5, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 36-1761, Fax.: 0931 36-1841
Christoph.Kreuzinger@wvv.de

wvv.de

WVV

Eine Branche im steten Wandel

Größte reine Biogasfachmesse der Welt vom 12.-14.12. in Nürnberg

Freising. „Das Einzige, was in der Biogasbranche konstant ist, ist der Wandel.“ Mit diesen Worten beschreibt der Hautgeschäftsführer des Fachverbandes Biogas, Dr. Claudius da Costa Gomez, die Situation seiner Branche einen Monat vor der 27. Jahrestagung – die mittlerweile BIOGAS Convention & Trade Fair heißt.

Rund 225 Aussteller werden vom 12. bis 14. November in Nürnberg ihre neuesten Produkte und Dienstleistungen vorstellen. Damit ist die Ausstellung nach wie vor die größte reine Biogasfachmesse der Welt. Zum zweiten Mal kooperiert der Fachverband Biogas bei der Planung und Durchführung mit der DLG. Und zum ersten Mal findet die BIOGAS Convention & Trade Fair in diesem Format in Nürnberg statt.

Wechsel zwischen Hannover und Nürnberg

„Damit sind wir nun im Zyklus“, erklärt da Costa Gomez mit Blick auf den zweijährigen Wechsel zwischen Hannover, wo die BIOGAS Convention in geraden Jahren im Rahmen der EnergyDezentral stattfindet, und Nürnberg, wo in ungeraden Jahren eine eigenständige, allein auf Biogas konzentrierte Jahrestagung und Fachmesse, die BIOGAS Convention & Trade Fair, für die Branche organisiert wird. „Mit der Kooperation zwischen DLG und Fachverband Biogas ist uns die Konzentration der Biogas Messen auf je eine Veranstaltung im Jahr gelungen. Dies führt aber auch dazu, dass das Thema Biogas anders als in den letzten 15 Jahren auf der am Sonntag in Hannover beginnenden Agritechnica nicht mehr stattfindet“, macht da Costa Gomez deutlich.

Die angebotenen Produkte der Firmen haben sich in den vergangenen Jahren geändert.

Aktuelle Untersuchung:

„Stadtwerke - fit für die Zukunft?“

Der Energiesektor befindet sich im Umbruch, die konventionelle Energieerzeugung steht schwer unter Druck. Gleichzeitig führen ein stärkerer Wettbewerb und steigende Verbrauchspreise zu einer höheren Wechselbereitschaft der Kunden. Das bedeutet: In den traditionellen, großvolumigen Geschäftsfeldern brechen die Umsätze ein.

Wie passen Stadtwerke ihre Geschäftsstrategien an das veränderte Marktumfeld an? Haben sie den finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen? Und: Welche Rolle spielt bei all dem der Konzern Kommune? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt die von „Der Neue Kämmerer“ in Kooperation mit der Universität Leipzig durchgeführte Studie „Stadtwerke – fit für die Zukunft?“. 67 Stadtwerke beteiligten sich an der Untersuchung, wobei sich die Mehrheit in kommunalem Mehrheitsbesitz befindet.

Laut Studie sehen die Geschäftsführer und Vorstände von Stadtwerken ihre Unternehmen vor großen Herausforderungen: In den aktuell wichtigsten Bereichen Vertrieb von Strom und Gas sowie Netze für Strom und Gas erwarten die Unternehmenslenker in den kommenden fünf Jahren sinkende Ergebnisbeiträge.

So gaben rund 70 Prozent der Befragten an, dass die Bereiche Netz Strom, Vertrieb Gas und Vertrieb Strom in fünf Jahren weniger zum Ergebnis beitragen werden. Auch für den Bereich Netz Gas erwarten viele Umfrageteilnehmer (65 Prozent) sinkende Ergebnisbeiträge. Differenziert nach Unternehmensgröße zeigt sich, dass Geschäftsführer von Stadtwerken mit über 500 Mitarbeitern bzgl. der Bereiche Vertrieb Strom und Ver-

trieb Gas etwas weniger pessimistischer sind als ihre Kollegen in kleineren Unternehmen.

Den Einbrüchen in den traditionellen Bereichen begegnen die Stadtwerke mit dem Einstieg in neue Geschäftsfelder. Hoffnungsträger sind dabei insbesondere Energiedienstleistungen, Telekommunikation, Erzeugung aus erneuerbaren Energien sowie Speichertechnologien. Allerdings sind die neuen Geschäftsfelder zu kleinteilig, um Verluste im großvolumigen Altgeschäft auszugleichen.

Qualitätsmerkmal „Made in Germany“

„Immerhin wird wieder investiert“, freut sich der Hauptgeschäftsführer. Nach dem EEG 2014 sah es kurzfristig so aus, als würde es mit der Branche gar nicht weiter gehen. Allein der Auslandsmarkt hat viele deutsche Biogasfirmen am Leben gehalten. Deutsches Know-How und der über die Jahre aufgebaute Technologievorsprung war und ist ein wichtiges Pfund, mit dem die Hersteller punkten können. „Made in Germany“ ist in der internationalen Biogasbranche ein großes Qualitätsmerkmal und zieht zahllose Interessenten aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland nach Deutschland – auch zur BIOGAS Convention & Trade Fair.

Für die Akteure gestaltet sich der Markt mittlerweile kom-

plett anders als in den 2000er Jahren. „Den Markt, wie wir ihn bislang kannten, gibt es nicht mehr“, erklärt da Costa Gomez. Allein über die Stromerzeugung und Vergütung durch das EEG kann sich eine Biogasanlage in Zukunft nicht mehr rechnen. Der Stromverkauf wird nur noch die Basis sein. Zusätzliche Erlöse müssen sich durch bedarfsgerechte Strombereitstellung ergeben. Auch wird der Düngewert der Gärprodukte wieder anders bewertet.

Handlungsbedarf

Auch über den zusätzlichen Erlös aus dem Wärmeverkauf bzw. über die Gasaufbereitung und den Einstieg in den Kraftstoffmarkt werden Biogasanlagen langfristig existieren können. „Im Wärmebereich und im Verkehrssektor muss der Klimaschutz schnellstmöglich Einzug halten!“ fordert da Costa Gomez. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Mit dem Gasnetz stehe schon heute ein riesiger Speicher zur Verfügung, in dem zu Biometan aufbereitetes Biogas über Monate gespeichert und ja nach Bedarf als Strom, Wärme oder Kraftstoff genutzt werden könne. „Wir sehen auch Perspektiven durch die Dienstleistung, die wir mit dem Anbau alternativer Energiepflanzen zur Diversifizierung der Landwirtschaft beitragen können“, ergänzt der Geschäftsführer.

Biogas 4.0

Über die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven der Branche werden sich die Besucher der BIOGAS Convention & Trade Fair in Nürnberg

intensiv austauschen. Im großen Plenum am Mittwoch vormittag geht es ganz aktuell um „Biogas 4.0 – Im Spannungsfeld zwischen Energie- und Klimapolitik“. Ergänzend zu den Vorträgen im Plenum und den Panels finden wieder zahlreiche Workshops statt, die den Teilnehmern einen intensiven Austausch ermöglichen.

Vorträge und Workshops

Um dem großen internationalen Interesse nachzukommen werden viele Vorträge simultan ins Englische übersetzt und verschiedene Workshops auf Englisch angeboten; außerdem gibt es Angebote für Länderdelegationen. Am Mittwoch, den 13.12. findet die traditionelle Abendveranstaltung statt, die in diesem Jahr den Ausklang der 25-Jahrfeier des Fachverbandes Biogas darstellt.

Kurze Wege

Mit dem neuen Konzept im Wechsel zwischen Hannover und Nürnberg bietet sich den Tagungsteilnehmern in Nürnberg ein eher familiärer Charakter – fast wie bei der ersten Nürnberger Tagung vor zwölf Jahren. Die Messe widmet sich konzentriert dem Thema Biogas, die Wege sind kurz und übersichtlich. Es bleibt viel Zeit, sich auszutauschen, neue Ideen zu entwickeln und bestehende zu diskutieren.

„Biogas hat wieder eine Zukunft“, ist sich der Hauptgeschäftsführer sicher. „Sowohl in Deutschland als auch und ganz besonders in der Welt. Wir bieten die passenden Lösungen für viele Probleme – und dies wird immer häufiger erkannt.“ □

LfA-Darlehen:

Für Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien

Zinsverbilligte Darlehen in Höhe von rund 537 Millionen Euro für mittelständische Unternehmen und Kommunen können Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Finanzminister Dr. Markus Söder mittelständischen Unternehmen und Kommunen jetzt zur Verfügung stellen. Den Schwerpunkt bildet dabei die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien. „Mit der LfA Förderbank Bayern bieten wir ein maßgeschneidertes Darlehensangebot für wichtige Zukunftsinvestitionen, vor allem mit Blick auf die Energiewende“, stellten Aigner und Söder fest.

Die notwendigen Mittel für die zinsverbilligten Darlehen werden aus der Gewinnabführung der LfA Förderbank Bayern bereitgestellt. Die Darlehen werden insbesondere in folgenden Bereichen eingesetzt:

- 90 Millionen Euro sind vorgesehen für den „Energiekredit“ und „Energiekredit Plus“. Gefördert werden Maßnahmen von Klein- und Mittelbetrieben, die mit einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz verbunden sind, und zur Nutzung erneuerbarer Energien.

- 270 Millionen Euro sind für den neuen „Energiekredit Gebäude“ eingeplant. Hier werden Investitionen in die energetische Sanierung, die Errichtung oder der Ersterwerb energieeffizienter gewerblich genutzter Gebäude sowie Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle und an der technischen Gebäudeausrüstung zur Verbesserung der Energieeffizienz gefördert. Bei diesem Programm werden erstmals auch Tilgungszuschüsse gewährt.

- 40 Millionen Euro für Ökokredite, mit denen Investitionen gewerblicher Unternehmen für die Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abfallwirt-

schaft, Ressourceneffizienz sowie Boden- und Grundwasserschutz unterstützt werden.

- 8 Millionen Euro stehen für den „Infakredit Energie“ zur Verfügung. Damit werden Investitionen von Kommunen in die kommunale Infrastruktur zur Energieeinsparung und Umstellung auf erneuerbare Energieträger unterstützt.

- 30 Millionen Euro für den Technokredit zur Unterstützung von Vorhaben, die den Einsatz neuer Technologien in Produkten und Produktionsverfahren ermöglichen.

- 20 Millionen Euro, um Unternehmen bei Konsolidierungsvorhaben zu unterstützen.

- 39 Millionen Euro sind für das Darlehensprogramm für Kommunen zur Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur vorgesehen. Dieses wird zur Ergänzung des staatlichen Zuschussprogramms angeboten.

- 40 Millionen Euro werden zur Verstärkung der regionalen Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft bereitgestellt. Dabei werden insbesondere Investitionen gefördert, die Arbeitsplätze vorwiegend im ländlichen Raum sichern und schaffen. □



e

Wir machen Bayern ...

-mobil

Damit auch Bayerns Regionen Fahrt aufnehmen können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Für Kommunen sind wir der fachkundige Partner: von der Ladesäule über die Wartung bis zur Abrechnung. Sprechen Sie uns bitte an.

www.bayernwerk.de/elektromobilitaet

DStGB-Positionen zu Klimaschutz und Energieeffizienz:

Innovative Konzepte stärken

Die Stärkung des Klimaschutzes, der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ist auch für die Kommunen eine zentrale Herausforderung. Das Ziel des Klimaschutzplanes, im Jahr 2050 CO₂-neutral zu leben, sei zwar ehrgeizig, „wird aber von den Städten und Gemeinden unterstützt und ohne die Kommunen und ihre Bürgerschaft nicht realisierbar sein“, heißt es in einem Statement des Deutschen Städte- und Gemeindebunds zu Klimaschutz und Energieeffizienz.

Ein Schwerpunkt zur Verbesserung von Energieeffizienz und -einsparung liegt laut DStGB im Gebäudebereich, auf den etwa 40 % des Energieverbrauchs in Deutschland fallen. Die Kommunen seien insoweit mit ihren ca. 186.000 Gebäuden (Schulen, Kindergärten, Verwaltungen etc.) und über ihre Wohnungsgesellschaften mit ihren ca. 2,5 Millionen Wohnungen wesentliche Akteure.

Gebäudesanierung

Deutschlandweit gäben Kommunen ca. 6 Milliarden Euro pro Jahr für Energie aus. Ein Großteil der Kosten davon entfalle auf die Gebäude. Zielgerichtete Investitionsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen in die energetische Gebäudesanierung seien auch angesichts des oft in schlechtem Zustand befindlichen Gebäudebestands künftig nötig. Hinzu komme, dass die Städte und Gemeinden den unmittelbarsten Kontakt zu den privaten Gebäudeeigentümern haben. Gerade durch individuelle Beratungen der Kommunen (Energieberater etc.) gegenüber Bürgerinnen und Bürgern bei der energetischen Gebäudesanierung ließen sich große Einsparpotenziale generieren. Dazu gehöre nicht nur die Sanierung der Gebäude

von außen, sondern beispielsweise auch die Modernisierung der Innenbeleuchtung, bei der durch den Einsatz von LED erhebliche Einsparpotenziale realisiert werden können.

Bei der energetischen Gebäudesanierung darf es aus Sicht des DStGB keine „Einbahnstraße Fassadendämmung“ geben. Nach Einschätzung von Experten wurde in der überwiegenden Zahl der Sanierungen der Dämmstoff Styropor verwendet. Dieser ist aus Umwelt- und Entsorgungssicht problematisch. Neben Gesundheits- und ökologischen Gefahren (Giftstoffe, Brennbarkeit, Problem der Entsorgung aufgrund von HBCD) und einer insgesamt negativen Umweltbilanz drohe in den Innenstädten und Ortskernen der dauerhafte Verlust der Baukultur durch „monoton eingepackte Gebäude“.

Besser als über einen übertriebenen „Dämmwahn“ lasse sich die Energieeffizienz oft über innovativ-technische Konzepte wie der Kraft-Wärme-Kopplung, der Modernisierung veralteter Heizungen sowie auch den Einsatz stromsparender Geräte (smart meter), die den Stromverbrauch intelligent steuern, erreichen.

Der Bereich der „Wärme“ weise - weit vor dem Strom - die größten Einsparpotenziale auf. Hier könn-

ten durch gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne und alternative Angebote wie wärmedämmende Ziegeln oder nachwachsende Dämmstoffe, aber auch durch Nutzung der Solarthermie erhebliche Einsparungen erzielt werden. Jedenfalls lägen in einer „Wärmewende“ sowohl für private Eigentümer wie auch für Kommunen erhebliche Potenziale.

Individuelle Beratung

Niedrigschwellige und kostengünstige Energieberatungen und eine „aufsuchende sowie aktivierende Beratung“ der Kommunen und ihrer Stadtwerke müssen nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds noch stärker durch Bund und Länder gefördert werden. Gerade das hohe energetische Sanierungspotenzial, insbesondere bei Bestandsgebäuden der 1960er, 1970er und 1980er Jahre, müsse gehoben werden. Mittels individueller Beratung und Förderung könne es gelingen, sowohl die junge Familie, die gerade ein Haus gekauft hat, als auch ältere Wohnungseigentümer, für die sich nur eine zielgerichtete Sanierung amortisiert, zu unterstützen. „Nur wenn es gelingt, die aktuelle Quote bei der energetischen Gebäudesanierung von 0,9 bis 1,3 Prozent pro Jahr maßgeblich zu steigern, können wir unsere Klimaschutzziele erreichen.“

„Die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms auf 2 Milliarden Euro jährlich durch die Bundesregierung war erforderlich“, heißt es weiter. Dieser Schritt gehe angesichts des Sa-

nierungsbedarfs, insbesondere bei der Masse der Bestandsgebäude, aber nicht weit genug. Nötig sei nach Expertenmeinung eine Förderung von mindestens 5 Milliarden Euro jährlich.

Durch ein - aufgestocktes - Programm bestehe die Chance, insbesondere die über 80 Prozent der im Privateigentum stehenden Wohnungen und damit auch die Wohnungen der Kleinvermieter vermehrt energetisch zu sanieren. Auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm müsse zudem langfristig über das Jahr 2018 hinaus verstetigt werden. Wichtig sei, „dass den Programmen und Zielsetzungen nun auch zügig Taten folgen“.

Dies setze voraus, die Förderregeln und auch die gesetzlichen Grundlagen flexibler zu gestalten und etwa in Form eines Gebäudeenergiegesetzes zu vereinheitlichen. Die Fördervoraussetzungen müssten zum tatsächlichen Gebäudezustand und den finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer passen. Dazu bedürfe es auch der verstärkten Unterstützung von Teilsanierungen. Es müssten Konzepte entwickelt werden, die den Eigentümern technisch und wirtschaftlich optimale Lösungen aufzeigen und ihre individuelle Situation, d.h. insbesondere die finanzielle Leistungsfähigkeit und das im Gebäude konkret Machbare berücksichtigen. „Dies beinhaltet, die Amortisation, Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit der Maßnahmen stärker in den Blick zu nehmen.“

Investitionen fördern

Energiestandards, etwa im Bereich der Energieeinsparverordnung, dürften nicht zu hoch angesetzt werden. Insbesondere bei Neubauten sei - auch um weitere Kostensteigerungen zu verhindern - schon angesichts der bestehenden hohen Energiestandards in Deutschland eine „Atempause“ nötig. Ziel müsse es sein, Investitionen zu fördern und nicht zu behindern.

Ökonomische Anreize sollten auch verstärkt durch Finanzierungsinstrumente wie Contracting-Modelle geschaffen werden. Eine Steigerung der Energieeffizienz lasse sich am besten durch Gesamtkonzepte mit integriertem Ansatz verwirklichen. Die kommunale Bauleitplanung und die Stadtentwicklung bildeten mit ihrem integrierten Ansatz die besten Grundlagen, Energieeffizienz auf Quartiersebene umzusetzen. Gerade auf einer gebietsbezogenen Ebene ließen sich Einspar- und Effizienzmaßnahmen über Synergieeffekte erzielen. Zu nennen seien etwa energetische Energieerzeugungs- und Versorgungslösungen über Kraft-Wärme-Kopplungen (KWK).

Grundlagen des Klimaschutzes

Mehr Klimaschutz auf der einen Seite sowie eine zielgerichtete Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Verkehrsentwicklung hin zu einem nachhaltigen Verkehrsmix auf der anderen Seite sind laut DStGB untrennbar miteinander verbunden. Eine flächensparende Siedlungsentwicklung, die dem Ziel der kompakten Stadt gerecht wird sowie eine energiesparende Mobilitätsstrategie, etwa durch die Stärkung des klimaschonenden Fahrradverkehrs und von e-bikes sowie durch einen umweltschonenden ÖPNV, seien maßgebliche Grundlagen eines effizienten Klimaschutzes.

Der Bund bleibe aufgefordert, die Städte und Gemeinden und ihre Stadtwerke als maßgebliche Akteure zur Steigerung der Energieeffizienz (Planer, Erzeuger von Energie, Verbraucher sowie örtlicher Berater von Bürgerschaft und Wirtschaft) in den verschiedenen Förderprogrammen dauerhaft und auf hohem Niveau zu unterstützen. **DK**

Ausgezeichnete „Geistesblitze“

Für ihre außergewöhnlichen Forschungsarbeiten haben sechs ostbayerische Nachwuchs-Wissenschaftler den Kulturpreis Bayern 2017 erhalten

Regensburg/Veitshöchheim (obx). Wie lässt sich erklären, dass zwei Menschen ein- und denselben Text ganz unterschiedlich verstehen? Wie können Sprachbilder aus dem Sport Managern helfen, ihre Mitarbeiter zu motivieren? Wie lassen sich historische Bronzen per 3D-Scanner digital archivieren? Und wie lassen sich Anwendungen auf dem Smartphone sicherer machen und gegen schädliche digitale „Eindringlinge“ schützen? Mit Antworten auf Fragen wie diese haben sechs ostbayerische Nachwuchs-Wissenschaftler den Kulturpreis Bayern 2017 gewonnen, den das Bayerische Kultusministerium und die Bayernwerk AG, größter regionaler Stromnetzbetreiber im Freistaat, jetzt zum 13. Mal verliehen haben.

Wissenschafts-Staatssekretär Bernd Sibler und Bayernwerk-Vorstandschef Reimund Gotzel überreichten die jeweils mit 2.000 Euro Preisgeld dotierten Auszeichnungen bei einer Gala in Veitshöchheim. Neben dem Preisgeld erhielten die jungen Wissenschaftler eine Bronzestatue mit dem symbolträchtigen Namen „Geistesbiltz“.

The Power of Words

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Angela Fehn erhielt den Kulturpreis als beste Absolventin der Universität Passau für ihre Dissertation zur metaphorischen Sprache von Führungskräften. Forscher verschiedener Fachrichtungen beschäftigen sich zunehmend mit der Frage, wie Sprache und Kommunikation Denken, Einstellung und Verhalten beeinflussen können.

Hier setzte die 30-Jährige in ihrer Doktorarbeit „The Power of Words“ an: „Besonders Führungskräfte müssen die Wirkung von Sprache und Kommunikation verstehen und richtig einsetzen können“, sagt sie. Zentrale Frage ihrer Dissertation: wie sprachliche Metaphern, etwa aus dem Sport, Führungskräften helfen können, schwierige Themen zu vermitteln.

Ein Text, zwei Menschen, drei Lesarten

Diesjährige Preisträgerin der Universität Regensburg ist die katholische Theologin Dr. Rebecca Gita Deurer. Sie forschte zur Bedeutung des Unterrichtsgesprächs im Religionsunterricht. Wenn zwei Menschen einen Text lesen, können, aber müssen sie nicht das Gleiche verstehen. Was passiert, wenn zwei Menschen mit unterschiedlichen Lesarten ein Gespräch über denselben Text führen? Diese Frage war der Ausgangspunkt für die ausgezeichnete Doktorarbeit „Ein Text, zwei Menschen, drei Lesarten“. Die 34-Jährige untersuchte, wie drei Gruppen gymnasialer Zehntklässler in einer katholischen Reli-

gionsstunde die biblische Kain- und Abel-Erzählung interpretieren.

Mit den Eigenschaften korrosionsfester Stähle beschäftigte sich der Oberpfälzer Ingenieur Stefan Dotzler in seiner Masterarbeit. Der 35-Jährige gewann den Kulturpreis Bayern als bester Absolvent der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden. Die Digitalisierung von Kunstschatzen rückte der niederbayerische Medientechniker Benedikt Krieger in den Fokus seiner Abschlussarbeit. Am Beispiel des Augsburger Augustusbrunnens zeigte er, wie sich Bronzeplastiken mit Hilfe eines 3D-Scanners digital archivieren lassen.

Sicherheitsanalyse von Android-Apps

Besten Nachwuchs-Akademiker der Hochschule Landshut ist der 27-jährige Elektrotechniker Werner Lummer. Er untersuchte Verschlüsselungstechnologien in Systemen mit geringer Rechenleistung. Für seine Sicherheitsanalyse von Android-Apps erhielt Philipp Rieger als bester Absolvent der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg den Kulturpreis Bayern. Der Informatiker schrieb seine Masterarbeit bei Continental Intelligent Transporting Systems im kalifornischen Santa Clara. Android ist das mobile Betriebssystem von Google. Der Vilshofener entwickelte unter anderem ein neues Werkzeug gegen Schadcode.

Die Wurzeln des Kulturpreises reichen fast sechs Jahrzehnte zurück. 1959 wurde der Kulturpreis Ostbayern zum ersten Mal verliehen. Seither ist rund um den Kulturpreis ein Netzwerk herausragender Kunst- und Kulturschaffender sowie Forschender und Lehrender entstanden. Gemeinsam mit dem bayerischen Kunstministerium verleiht das Bayernwerk seit 2005 den Preis für herausragende Leistungen in Kunst und Wissenschaft. 38 Absolventen bayerischer Hochschulen, Kunsthochschulen und Universitäten sowie Künstler erhielten die traditionsreiche Ehrung in diesem Jahr. **□**

dena präsentiert Impulspapier

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) hat ein Impulspapier mit Empfehlungen für die künftige Energiepolitik vorgestellt, in dem erste Zwischenergebnisse der dena-Leitstudie „Integrierte Energiewende“ präsentiert werden. Darin wird klar: Strom wird Leitenergie der Zukunft.

Die Gutachter kommen zu dem Zwischenergebnis, dass die Energie- und Klimaziele für das Jahr 2050 nur mit einer Beschleunigung der Energiewende, insbesondere auch im Wärmebereich, erreichbar sind. In den unterschiedlichen Szenarien wird deutlich, dass ein großflächiger Einsatz erneuerbaren Stroms für die angestrebte Dekarbonisierung notwendig ist. Im Wärmesektor wird dieser dann zum Beispiel für die Versorgung elektrischer Wärmepumpen oder zur Erzeugung synthetischer Brennstoffe genutzt. Die Wärmepumpentechnologie muss in jedem Fall zu einer tragenden Säule der künftigen Energieversorgung im Gebäudebereich werden.

Dr. Martin Sabel, Geschäftsführer des Bundesverbands Wärmepumpe (BWP) e.V.: „Die Ener-

giewende im Gebäudebereich ist technisch und wirtschaftlich machbar – auch und gerade Strategien mit einem sehr hohen Anteil effizienter elektrischer Anwendungen, wie zum Beispiel Wärmepumpen können dazu beitragen. In unseren Augen belegt die Studie, dass ein solcher Pfad eine Vielzahl von Vorteilen bringen kann.“

Vor diesem Hintergrund sieht der BWP die Förderstrategie des Bundeswirtschaftsministeriums untermauert, der zufolge künftig neben erneuerbaren Systemen nur noch sogenannte Hybridheizungen gefördert werden sollen, die einen Mindestanteil erneuerbarer Energien einbinden. Die Zuschüsse für rein fossil betriebene Wärmeerzeuger sollen gestrichen werden. **□**

eza! und Verbraucherzentrale Bayern:

Künftige Zusammenarbeit bei Energieberatung

Die Verbraucherzentrale Bayern und das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) starten eine Zusammenarbeit und werden ab 1. Januar 2018 gemeinsam Energieberatungen im Allgäu anbieten. Beide Partner haben langjährige Erfahrung in der Energieberatung privater Verbraucher.

Die bisherigen 46 Beratungsstellen von eza! werden als gemeinsame Beratungsstützpunkte der Verbraucherzentrale Bayern und eza! weitergeführt. „Beratungsumfang, Qualität und Neutralität bleiben wie gewohnt erhalten“, betont eza!-Geschäftsführer Martin Sambale. Die Verbraucherzentrale führt bayernweit bereits an 55 Standorten Energieberatung durch. Im Allgäu findet das Angebot in Immenstadt und den Beratungsstellen in Memmingen und Kempten weiterhin statt.

Synergieeffekte

„Wir erwarten uns von der Zusammenarbeit Synergieeffekte. Gemeinsam wollen wir noch mehr Bürger im Allgäu motivieren, sich zum Energiesparen und zu Energieeffizienzmaßnahmen individuell beraten zu lassen“, erklärt Marion Zinkeler, geschäftsführender Vorstand der Verbraucherzentrale Bayern.

Energie-Check

Auch der Kemptener Oberbürgermeister und Vorsitzende der Gesellschafterversammlung von eza!, Thomas Kiechle, sieht große Chancen in der Kooperation: „Dadurch kann das Energieberatungsangebot im Allgäu gestärkt und weiter ausgebaut werden.“

Neben der klassischen Beratung in den Energieberatungsstellen bieten eza! und Verbraucherzentrale künftig Beratung bei den Bürgern zu Hause an, mit

sogenannten Energie-Checks. Alle Beratungsangebote in der Kooperation werden vom Bundeswirtschaftsministerium bis auf einen Eigenanteil finanziert. Dieser Eigenanteil wird in den Beratungsstellen von den beteiligten Kommunen getragen, so dass das Angebot für die Verbraucher kostenlos ist.

Strom- und Wärmeverbrauch im Mittelpunkt

Nur bei der Beratung zu Hause zählt der Verbraucher je nach Art des Checks einen Eigenanteil von 10 bis 40 Euro. Zu den Vor-Ort-Beratungsangeboten zählt der Basis-Check. Hier stehen der Strom- und Wärmeverbrauch im Mittelpunkt. Es werden einfache und kostengünstige Möglichkeiten aufgezeigt, mit denen sich die Energiekosten senken lassen.

Beim Gebäude-Check, der sich gezielt an Hauseigentümer richtet, beurteilt der Energieberater den Strom- und Wärmeverbrauch, die Heizungsanlage sowie die Gebäudehülle des Wohnhauses.

Das Heizsystem mit Nieder-temperatur- oder Brennwertkessel, Wärmepumpe oder Fernwärme wird im Rahmen des Heiz-Checks detailliert geprüft. Und beim Solarwärme-Check untersucht der Energieberater, ob Speicher und Sonnenkollektoren zusammenpassen, die Solaranlage gut arbeitet und richtig mit dem Heizkessel kommuniziert. **□**

Einzelne, spezifische Energieprobleme – zum Beispiel rund um das Thema Sanierung, Dämmung oder Haustechnik – werden im Detail-Check geklärt.

„Durch die Checks lassen sich gezielt Schwachstellen an Haus und Heizung aufdecken“, sagt Verbraucherzentrale-Vorstand Marion Zinkeler. Die Erfahrung zeige, dass erschreckend viele Heizsysteme mehr Energie verbrauchen als notwendig wäre.

Check-Dein-Haus-Aktionen

Drittes Element des gemeinsamen Angebots von eza! und Verbraucherzentrale sind „Check Dein Haus“-Aktionen, die zusammen mit Kommunen durchgeführt werden. Bei bisherigen ähnlichen Kampagnen habe man sehr gute Ergebnisse erzielt, berichtet eza!-Geschäftsführer Martin Sambale. In einem begrenzten Zeitraum werden dabei Hauseigentümer eines Stadtteils oder einer Gemeinde intensiv angesprochen. Auf diese Weise können viele Menschen erreicht werden, die sich sonst nie für eine Energieberatung angemeldet hätten und sich nicht mit dem Thema beschäftigen würden, so die Erfahrung.

„Viele Hausbesitzer lassen sich durch die Beratung dann auch zu Sanierungsmaßnahmen motivieren“, fügt Sambale hinzu. Finanziert werden die „Check-Dein-Haus“-Aktionen, wie die anderen Angebote, aus Mitteln des Bundeswirtschaftsministeriums. Der Eigenanteil und der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation der Aktionen werden von den beteiligten Kommunen übernommen. **□**

Niederbayerische Donaugemeinde testet das Stromnetz der Zukunft

Osterhofen (obx). Es ist eine Revolution, die vom Verbraucher weitgehend unbemerkt stattfindet: der massive Umbau des bayerischen Stromnetzes. Notwendig machen diesen die Erneuerbaren Energien. Während früher nur wenige Großkraftwerke den Strombedarf deckten, speisen heute hunderttausende regenerative Erzeugungsanlagen Strom ins Netz ein. Allein die Bayernwerk AG, die mit einer Netzlänge von über 150.000 Kilometern rund fünf Millionen Menschen im Freistaat versorgt, investierte in den vergangenen beiden Jahren rund eine Milliarde Euro in Optimierung und Ausbau, um das Netz „bereit zu machen für die Energiewende“, wie es der Bayernwerk-Vorstandsvorsitzende Reimund Gotzel formuliert.

Fest steht schon heute, dass es nicht nur immer mehr dezentrale Stromlieferanten geben wird, sondern dass auch der Einsatz von Heimspeichersystemen im gesamten Netzgebiet zunehmen wird. In einem Pilotprojekt im niederbayerischen Osterhofen testet Bayerns größter Verteilnetzbetreiber nun, wie die Stromversorgung angesichts dieser neuen Herausforderung auch in Zukunft sicher und unterbrechungsfrei bleibt.

Die Stadt Osterhofen im Landkreis Deggendorf hat knapp 12.000 Einwohner. Die größte Flächengemeinde Niederbayerns ist wegen der hohen PV-Dichte für die Bayernwerk AG seit 2010 ein besonders geeignetes Testgebiet, um das Stromnetz der Zukunft zu erforschen. In den kommenden zwei

Jahren wird Osterhofen erneut zu einem gigantischen Forschungslabor für ein Projekt, dessen Dimensionen weit über die Gemeinde hinausreichen werden. Erstmals testet die Bayernwerk AG dort die Einbindung größerer Speicherleistung im Stromnetz. Im Gebiet zwischen Seebach und Osterhofen haben Bayernwerk-Vorstand Reimund Gotzel und Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer den offiziellen Startschuss für die rund zweijährige Untersuchung mit dem Namen Distribut gegeben.

Mehr Speicher im Netz

In einem ausgewählten Niederspannungsnetz in der Osterhofener Nachbargemeinde Lan-

genislarhofen installierten Bayernwerk-Techniker insgesamt drei Speichereinheiten mit einer Kapazität von jeweils 22,5 Kilowattstunden. Das entspricht umgerechnet der Speicherkraft von mehr als 30.000 mittelgroßen, handelsüblichen Akku-Batterien oder etwa der Kapazität von rund 70 Autobatterien.

Das Projektziel: Der Netzbetreiber will mehr über die Auswirkungen und die Chancen künftig steigender Speicherleistung für eine sichere Stromversorgung erfahren. Mehr Speicher im Netz könnten künftig die Anbindung neuer dezentraler Erzeugungsanlagen wie Solaranlagen oder Windräder ans Netz vereinfachen. Die Bayernwerk AG hofft konkret, dass aufwändige Maßnahmen zum Netzausbau dadurch reduziert werden können. „Ich bin überzeugt, dass das Projekt ein wichtiger Schritt für eine gelingende Energiewende ist. Nur gemeinsam mit Energieversorgern, die auch in Forschung investieren, können wir die Energieversorgung von morgen entwickeln“, sagte auch Bayerns Energie- und Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der offiziellen Inbetriebnahme der Speicher.

Ausbau von Photovoltaik

Frühzeitig hat die Region Osterhofen schon im großen Stil auf den Ausbau von Photovoltaik gesetzt. Politiker und Bürger waren von Anfang an für neue Energie-Ideen aufgeschlossen, wie Bayernwerk-Vorstandschef Gotzel deutlich machte. Osterhofen war beispielsweise auch der erste Einsatzort eines so genannten regelbaren Ortsnetztransformators (RONT), mit dem die Bayernwerk AG die die Stabilität ihrer Netze optimiert, auch wenn beispielsweise besonders viel Solarstrom ins Netz fließt und dadurch die Spannung zu stark zu variieren droht. Mittlerweile ist der RONT weltweit im Einsatz. „Wir sind stolz darauf, dass wir zur Energiezukunft beitragen können“, sagt Bürgermeisterin Liane Sedlmeier.

Der Freistaat ist heute ein Vorreiter bei der Nutzung Erneuerbarer Energien: im Bayernwerk-Netzgebiet, das knapp zweieinhalb Mil-

lionen Haushalte in Unter- und Oberfranken, der Oberpfalz sowie Nieder- und Oberbayern umfasst, gibt es heute rund 270.000 Anlagen, die Strom einspeisen. Im Mittel kommt heute mit 60 Prozent bereits mehr als die Hälfte des Stroms im Netz aus regenerativen Quellen. Diesen Anteil soll Deutschland als Ganzes erst im Jahr 2035 erreichen. Rund 400 Stunden pro Jahr deckt die Bayernwerk AG den gesamten Strombedarf im eigenen Netz mit Erneuerbarer Energie, wie Vorstandschef Gotzel sagte.

„Wir verteilen mehr Energie als jemals zuvor“, betonte er. Das niederbayerische Pilotprojekt sei ein weiterer Schritt hin zum intelligenten Netz der Zukunft und zu einer Energiewende, die auch die Wärme- und Verkehrswende beinhalte. Energiespeicher spielen dabei eine zentrale Rolle und würden immer populärer: „Schon heute gibt es 5.000 Speicher in unserem Netz, weil Kunden teilautonom sein wollen“, so Gotzel. Deshalb sei es so wichtig, hier Erkenntnisse zu sammeln, wie dieser zunehmende Trend sich auf die Stabilität der Verteilnetze und die Versorgungssicherheit auswirkt. Kreative und intelligente Speichermöglichkeiten seien eine entscheidende Investition in die Energiezukunft.

Bayerns Energiestaatssekretär Pschierer betonte, durch Energiespeicher entstünde auch eine große Chance, E-Mobilität zu stärken: „Erst wenn es uns gelingt, die aus der volatilen Einspeisung der Erneuerbaren Energien entstehenden Überschüsse so zu speichern, dass daraus die Batterien der Elektroautos aufgeladen werden können, macht Elektromobilität wirklich Sinn“, so Pschierer, der auch bayerischer Netzbeauftragter ist. Das Bayernwerk will hier mit gutem Beispiel vorangehen: Bis zum Jahr 2025 will das Unternehmen die gesamte, rund 1.300 Fahrzeuge umfassende Flotte auf reine E-Autos umstellen.

Frühzeitig hat die Region Osterhofen schon im großen Stil auf den Ausbau von Photovoltaik gesetzt. Politiker und Bürger waren von Anfang an für neue Energie-Ideen aufgeschlossen, wie Bayernwerk-Vorstandschef Gotzel deutlich machte. Osterhofen war beispielsweise auch der erste Einsatzort eines so genannten regelbaren Ortsnetztransformators (RONT), mit dem die Bayernwerk AG die die Stabilität ihrer Netze optimiert, auch wenn beispielsweise besonders viel Solarstrom ins Netz fließt und dadurch die Spannung zu stark zu variieren droht. Mittlerweile ist der RONT weltweit im Einsatz. „Wir sind stolz darauf, dass wir zur Energiezukunft beitragen können“, sagt Bürgermeisterin Liane Sedlmeier.

Der Freistaat ist heute ein Vorreiter bei der Nutzung Erneuerbarer Energien: im Bayernwerk-Netzgebiet, das knapp zweieinhalb Mil-

Röthenbach a.d.Pegnitz:

Startschuss für die Nahwärmeversorgung

Mit dem Rohrleitungsbau von der Heizzentrale im Keller des Schulzentrums Geschwister Scholl in Röthenbach a.d.Pegnitz bis zum neu errichteten Seniorenheim fällt der sichtbare Startschuss für die Nahwärmeversorgung in Röthenbach an der Pegnitz. Ende November soll das Seniorenheim bereits mit Wärme aus dem Schulkeller versorgt werden.

Vor kurzem verschafften sich der Erste Bürgermeister von Röthenbach, Klaus Hacker, Waldemar Munkert, Geschäftsführer der Stadtwerke Röthenbach, sowie Bernd Glatzel, der als Projekt-Ingenieur im Auftrag der Stadtwerke Röthenbach das Projekt bei der N-ERGIE Effizienz GmbH betreut, einen Eindruck von den ersten Arbeiten. Für das geplante Nahwärmesystem wählten die Stadtwerke Röthenbach mit Unterstützung der N-ERGIE eine Lösung, die umweltfreundlich, Versorgungssicher und wirtschaftlich ist und zudem einen Beitrag zur dezentralen Stromerzeugung in der Region leistet. Das Konzept sieht vor, dass bereits im Schulgebäude genutzte Heizkessel mit der energieeffizienten Kraft-Wärme-Kopplung kombiniert werden. Insgesamt investieren die Stadtwerke 1,25 Mio. Euro.

Die beiden mit Erdgas betriebenen Heizkessel werden von den Stadtwerken erworben und bilden ein zentrales Element der neuen Nahwärme-Erzeugungsanlage. Der Einbau eines dritten Kessels ist bereits geplant. Als neues Element wird in den Sommerferien 2018 in der Heizzentrale des Geschwister-Scholl-Schulzentrums ein mit Erdgas betriebenes Blockheizkraftwerk errichtet. Mit einer elektrischen Leistung von rund 240 Kilowatt (kW) sowie einer thermischen Leistung von rund 370 kW kann es im besonders effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsprozess (KWK) gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen. Mit der erzeugten Strommenge von 1.600 MWh könnten rechnerisch 450 Haushalte ein Jahr lang mit Strom ver-

sorgt werden. Die erzeugten 2.500 MWh Wärme entsprechen einem Jahresverbrauch von 140 Durchschnittshaushalten. Der Gesamtwirkungsgrad des Blockheizkraftwerks liegt bei 92 Prozent.

Vorgesehen ist, dass neben dem Seniorenheim auch das Schulzentrum mit Hallenbad, die Realschule, die Seespitzschule, zwei Kindergärten, die Karl-Diehl-Halle, zwei Mehrfamilienhäuser am Erlengraben sowie das Neubaugebiet Steinberg II mit Nahwärme versorgt werden. Diese wird über eine insgesamt 1.500 Meter lange Nahwärmeleitung zu den Gebäuden transportiert. Besonders kurz ist der Weg des Stroms, da ein großer Teil des vom BHKW erzeugten Stroms direkt in der Schule genutzt wird und der Rest in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird.

Mit seinem neuen Nahwärmesystem punktet Röthenbach auch ökologisch und spart jährlich 240 Tonnen CO₂ ein. Das System erfüllt alle gesetzlichen Anforderungen an die Wärmeerzeugung nach dem EEWärmeG. Dieses sieht vor, dass 50 Prozent der Wärme aus KWK stammen. In Röthenbach liegt er geplant sogar darüber.

Auch die künftigen Nutzer werden die Röthenbacher Nahwärme zu schätzen wissen, da die Investitions-, Instandhaltungs- und Wartungskosten gering sind. Beispielsweise entfallen die Gebühren für Kaminkehrer komplett. Der Platzbedarf im Haus ist minimal: Wärmeabnehmer benötigen weder Heizraum, Schornstein noch Heizöltank, sondern lediglich eine kompakte Übergabestation im Gebäude.



In der Gemeinde Petting gehen der örtliche Fischereiverein „Pettinger Fischer“ und die Wasserkraft „Hand in Hand“ für den Erhalt und den ökologischen Weiterbestand der Bäche und Flüsse.

Wasserkraft und Fischerei:

„Ziemlich beste Freunde“

Als Bestandteil der Kulturlandschaft wurden die Flüsse im Laufe der Zeit den Bedürfnissen des Menschen angepasst und damit teilweise auch wesentlich verändert. Neben Schifffahrt, Siedlungsbau und Landwirtschaft hatte die Nutzung der Wasserkraft zur Stromproduktion besonders in Bayern ihren Anteil an diesen Veränderungen. Heute trägt die Wasserkraft durch gezielte Maßnahmen zur Renaturierung der Flussläufe bei. Naturnahe Umgestaltungsgewässer verbessern die Artenvielfalt und schaffen neuen Laich- und Lebensraum für Fische. Aufwertungsmaßnahmen sowie eine ökologisch orientierte Uferpflege in den Stauräumen schaffen und erhalten Lebensräume für die heimische Fauna und Flora. Nebenbei trägt Wasserkraftwerke zur Sauberkeit der Flüsse bei.

An den Rechen werden jedes Jahr viele Tonnen Müll aufgefangen und fachgerecht entsorgt. Durch das Auffangen und Glätten der Hochwasserspitzen leisten Wasserkraftwerke zudem einen aktiven Beitrag zum Hochwasserschutz. Mit ihrem hohen Wirkungsgrad – er liegt im Optimum bei 94 Prozent – und ihrer permanenten Verfügbarkeit trägt sie wesentlich zur Sicherung der Stromversorgung in Bayern bei. Laufwasserkraftwerke sind rund um die Uhr im Einsatz und liefern so wertvolle Grundlast. Wasserkraftwerke können Energie auch in großem Maßstab speichern.

Fischaufstiegshilfen wie Fischtreppen oder sogar neuerdings Fischlifte schaffen hier die benötigte Durchgängigkeit. Diese Anla-

gen kommen allen Fischen zugute und sind insbesondere für Langdistanzwanderer wie Aale geeignet. Bestehende Wasserkraftwerke wurden in den letzten Jahren gemäß dem aktuellen Wissen über Wander- und Aufstiegsverhalten der Fische optimiert. In den letzten Jahren wurden von den bayerischen Wasserkraftwerksbetreibern Millionen Euro in die ökologische Aufwertung investiert. Ein Fließgewässer ist ein Kontinuum mit sich ständig ändernden Umweltbedingungen und Lebensverhältnissen. Entsprechend durchgängig sollte es für die darin lebenden Tiere sein, denn nur so können sie zum Beispiel zu Laichgebieten, Futterplätzen oder Ruheinständen und Winterquartieren wandern. Auch für die Durch-

mischung von Populationen und die Neubeziehungsweise Wiederbesiedlung von Flussabschnitten ist die Durchgängigkeit essenziell. Nur durchgängige und vernetzte Flusssysteme können ihre ökologische Funktion als Lebensraum erfüllen. In der Presse wird oft davon gesprochen, dass die Fischerei und die Wasserkraft erbitterte Gegner wären. Ganz anders im Landkreis Traunstein, Gemeinde Petting. Hier gehen der örtliche Fischereiverein „Pettinger Fischer“ und die Wasserkraft „Hand in Hand“ für den Erhalt und den ökologischen Weiterbestand der Bäche und Flüsse. Mit dem anliegenden Wasserkraftwerksbetreiber und Sägewerksbesitzer Martin Breinbauer gibt und gab es hier noch nie Probleme. Das zeigt, besonders hier in Bayern „beim redn kaman d' Leit zam“.

Aus diesem Grund wurde auch aus Kreisen der bayerischen Wasserkraft für den örtlichen Fischereiverein eine Spende gemacht, die dann sofort in einen „Fischbesatz“ umgewandelt wurde.

So wurden 200 Forellen in das Gewässer (Götzinger Ache) des Pettinger Fischereivereins eingesetzt, zum Wohle der Fischerei sowie auch der Wasserkraft.

Denn sowohl die Fischerei als auch die Wasserkraft besitzen in Bayern eine hundertjährige Tradition und auch eine ungebrochene Akzeptanz in der Bevölkerung und so soll es auch bleiben.

TV BAYERN
★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

*** Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Weihnachtsbeleuchtung von deko-jochum:

Variationen mit Charme

Wer auf der Suche nach einer stimmungsvollen Weihnachtsbeleuchtung für eine Gemeinde ist, ist bei deko-jochum in Neunkirchen a. Sand genau richtig. Seit 46 Jahren ist das Unternehmen in zweiter Generation kompetenter Ansprechpartner für weihnachtliche Festbeleuchtungen in Bayern, Südtirol und Österreich. Mehr als 300 Kommunen wurden dort beleuchtet.

Die Möglichkeiten einer individuell auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenen LED-Weihnachtsbeleuchtung für den Außenbereich sind nach Angaben des Unternehmens vielfältig. Gerade in Bayern und Südtirol mit den zahlreichen, oft Jahrhunderte alten Ortskernen und Fachwerkhäusern, ist eine traditionelle Beleuchtung mit grüner Girlande, Flachkabel und E27-Fassungen immer noch äußerst beliebt und häufig auch am stimmigsten.

Zudem ist diese Art der Beleuchtung laut deko-jochum besonders einfach in der Wartung, werden hier bei Bedarf doch lediglich die verbrauchten Leuchtmittel gegen Neue ausgetauscht. Diese Motive bestechen durch ihre Robustheit und Langlebigkeit, und so verwundert es nicht, dass die Motive vieler Kunden bereits seit über 40 Jahren in Betrieb sind und immer noch leuchten.

Alle traditionellen Motive werden mittlerweile standardmäßig mit LED-Leuchtmitteln bestückt. Falls Kommunen bereits ältere Motive besitzen, lassen auch diese sich problemlos auf LED umrüsten.

Mit einem LED-Lichtschlauch, einer modernen Art der Weihnachtsbeleuchtung, sind auch ausgefallene und aufwändige Motive nahezu mühelos zu realisieren. Egal, ob Stern, Kristall, Baum, Weihnachtsmannschlitten, Schriftzug oder eigenes Sondernotiv: Hiermit ist (fast) alles möglich.

Die Alugestelle der offerierten Motive sind zweireihig mit LED-Lichtschlauch in warm-weiß oder kalt-weiß bestückt und zaubern ab Dämmerungseinbruch eine strahlende Illumination in die Straßen. Gerade bei Schriftzügen ist dies nicht nur eine kostengünstige, sondern auch optisch attraktive Lösung.

Erfolgreicher Förderantrag der Lechwerke:

Ladesäule für Elektroautos am Kloster Irsee

Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner persönlich hat dem Schwäbischen Tagungs- und Bildungszentrum Kloster Irsee und den Lechwerke AG (LEW) den positiven Förderbescheid übergeben: Rund 6.100 Euro erhält die Bildungseinrichtung des Bezirks Schwaben für den Neubau einer Ladesäule für Elektrofahrzeuge aus dem Bayerischen Förderprogramm für Ladeinfrastruktur. LEW hat das Kloster Irsee bei der Planung der Ladestation unterstützt und den Förderantrag eingereicht.

Andreas Bayer, Leiter des Geschäftskundenvertriebs bei LEW, und Dr. Stefan Rauwieser, Leiter des Schwäbischen Bildungszentrums Irsee, haben den positiven Förderbescheid nun im Bayerischen Wirtschaftsministerium in München entgegengenommen. Das bezirks-eigene Bildungszentrum gehört damit zu den ersten acht Antragstellern in Bayern, die Geld aus dem Förderprogramm erhalten.

Anfang September hatte das Bayerische Wirtschaftsministerium das Förderprogramm „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern“ gestartet. LEW hat daraufhin als Dienstleister für mehrere Kunden die Antragstellung und Konzeptionierung übernommen, also die Förderunterlagen zusammengestellt, die Anträge eingereicht und das Auswahlverfahren durchlaufen. Insgesamt gingen beim Bayerischen Wirtschaftsministerium 230 Anträge für insgesamt 450 Ladesäulen ein. Acht Anträge wurden nun im ersten Schritt bewilligt – darunter auch der Antrag von LEW für das Kloster Irsee.

„Immer mehr Geschäftskunden fragen bei uns neben Stromangeboten und Energiedienstleistungen auch nach Lademöglichkeiten für Elektroautos. Vor allem für die Bereiche Handel und Gastronomie

sung, mit der sich auch individuelle Hinweise gestalten lassen. Möglich ist auch eine Kombination aus Lichtschlauch und anderen Materialien.

Neben den Produkten der Firma Jelitto Star hat deko-jochum auch eine große Palette an unterschiedlichen LED-Minilichterketten in 36V und 230V im Angebot. Diese zeitlose Art der Beleuchtung bietet die unterschiedlichsten Möglichkeiten, den Ort auch zu unterschiedlichen Zeiten im Jahr zu beleuchten.

Funkelndes Lichtermeer

Sei es eine (Christ-)Baumbeleuchtung in der Adventszeit, eine Winterbeleuchtung, die auch über die Adventszeit hinaus hängen bleiben kann oder der Einsatz als Highlight im Rahmen eines Sommer- oder Stadtfests: Alles ist machbar. Ob Lichterkette, Lichtvorhang, Ice Lite oder Lichtnetz: Mit robusten LED-Minilichterketten in diversen Lichtfarben kann jederzeit ein funkelnendes Lichtermeer in den Ort gezaubert werden.

Alle verwendeten Ketten haben seit diesem Jahr Schutzart IP67 und sind mit einem doppelten Dichtring für eine noch größere Robustheit im Außenbereich ausgestattet.

Falls Motive bereits seit vielen Jahren in Betrieb sind und Abnutzungen wie eine zerfledderte Girlande, Kurzschlüsse in den Fassungen, verschwundene Dichtungen oder brüchige Kabel aufweisen, ist dies kein Problem für das Familienunternehmen. Die alten Stahl- oder Alugestelle können jederzeit ins Jelitto-Star-Werk nach Schwanewede geschickt werden. Dort kümmert man sich um die Restauration der Motive und bringt sie wieder auf den neuesten technischen Stand.

DK



V. l.: Landrat Anton Speer, Martin Filser (ESB - Energie Südbayern), Sebastian Kramer (Zugspitz Region GmbH), Stefan Drexelmeier (Bürgerstiftung Energiewende Oberland), Arno Nunn, 1. Bürgermeister Oberammergau, Klimaschutzmanager Florian Dieppold-Erl, Bürgermeister Hubert Mangold (Schwaigen - Grafenastschau) und Dr. Christoph Ebert (Kompetenzzentrum Elektromobilität / e-Gap). □

Landkreis Garmisch-Partenkirchen:

Projektstart für E-Wander-Auto

In Oberammergau ist der offizielle Startschuss für das Projekt e-Wander-Auto im Landkreis Garmisch-Partenkirchen gefallen. Seit Oktober wird auf Initiative des Beirats für Energie und Klimaschutz Zugspitz Region GmbH allen interessierten Landkreiskommunen für jeweils rund sechs Wochen kostenlos ein e-Fahrzeug mit einer Ladesäule zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen eines Pressegesprächs stellten Landrat Anton Speer, Oberammergaus Bürgermeister Arno Nunn, Wirtschaftsförderer Sebastian Kramer sowie Klimaschutzmanager Florian Dieppold-Erl das Projekt e-Wander-Auto vor, das nunmehr für ein Jahr in vielen Landkreiskommunen E-Mobilität für jeden erfahrbar machen wird. Bei dem eingesetzten Fahrzeug handelt es sich um einen Mercedes-Benz B-Klasse mit einer Leistung von 180 PS und einer Reichweite von ca. 200 Kilometern.

Carsharing-Konzept

Die Kommunen können das Fahrzeug für Dienstfahrten in ihrem Fahrzeugpool verwenden und den Bürgerinnen und Bürgern für halbe oder ganze Tage sowie über Wochenenden zur Verfügung stellen. Neben der Elektromobilität soll der Bevölkerung so auch der Gedanke von Car-Sharing näher gebracht werden. Als Sponsor für das Projekt wurde der regionale Versorger Ammer-Loisach Energie gewonnen. Insgesamt haben sich bereits zwölf Landkreiskommunen für das Projekt beworben.

Geplant ist laut Klimaschutzmanager Florian Dieppold-Erl ein zweites Auto. Viel verspricht er

sich vom Carsharing-Konzept, das seiner Ansicht nach in vielen Orten umgesetzt werden könnte. Auf diese Weise könnte der eine oder andere Zweit- oder Drittwagen möglicherweise überflüssig werden. Grundsätzlich funktioniert aus seiner Sicht aktiver Klima- und Umweltschutz nur dann, wenn zum einen die E-Fahrzeuge mit Strom betrieben werden, der aus erneuerbaren Energieerzeugung stammt, der Individualverkehr reduziert und gleichzeitig der ÖPNV gestärkt werden.

Aktuell sind im Landkreis 90 reine Elektrofahrzeuge und rund 250 Hybrid-Fahrzeuge angemeldet. Vor allem auf kommunaler Ebene herrscht großes Engagement. Beispielhaft führte Dieppold-Erl den Markt Garmisch-Partenkirchen als Modellkommune (e-Gap) im Bereich E-Mobilität sowie den Markt Murnau an, der gerade ein umfassendes E-Mobilitätskonzept umsetzt.

Der Klimaschutzmanager zeigte sich insgesamt mit dem bisherigen Erreichten zufrieden. Über 20 Aktivitäten seien angestoßen oder bereits abgeschlossen worden. Die Politik sowie starke Partner wie die Zugspitz Region oder die Volkshochschule unterstützten die Arbeit. „Es haben sich gute Kooperationen entwickelt“, so Dieppold-Erl.

DK

Erneuerbare Energien in Bayern:

Erstmalig wichtigster Stromlieferant

Bayern hat beim Ausbau der erneuerbaren Energien beachtliche Fortschritte gemacht. Im Jahr 2016 waren die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 43,3 Prozent an der Bruttostromerzeugung erstmalig der wichtigste Stromlieferant in Bayern, noch vor der Kernenergie. Das geht aus den aktuellen Zahlen zur Stromerzeugung des Bayerischen Landesamtes für Statistik hervor.

Bayerns Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner: „Der Spitzenplatz der erneuerbaren Energien bei Stromerzeugung in Bayern zeigt, wie erfolgreich die Energiewende in Bayern verfolgt wird. Der Freistaat liegt beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit über Plan. Das Ziel bis zum Jahr 2025 70 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien beizubehalten, ist schon zu weit mehr als der Hälfte erreicht.“

In Bayern wurden im vergangenen Jahr über 35 Terrawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Kein anderes

Bundesland produziere so viel Strom aus erneuerbaren Energien wie Bayern, erläutert die Ministerin.

Spitzenreiter Wasserkraft

Wichtigste erneuerbare Energiequelle war 2016 die traditionell starke Wasserkraft mit einem Anteil von 14,9 Prozent, vor der Photovoltaik mit 13,2 Prozent an der Bruttostromerzeugung. Der Anteil der Biomasse lag bei 10,7 Prozent. Die Windenergie verzeichnete die höchsten Zuwächse und liegt nun bei einem Anteil von 4,0 Prozent. □

Kommunen als Vorbild:

Klima schützen, Kosten senken

Die Bayerische Landesregierung propagiert zurecht die Energieeffizienz als wirksamstes Mittel zur Senkung von Energiekosten und CO₂-Ausstoß. Auch wenn die Kommunen im Vergleich zur Industrie relativ kleine Energieverbräuche aufweisen, sind die Kosten, die eine Kommune für Strom, Wärme und Wasser in ihren Liegenschaften, der Straßenbeleuchtung, Bädern und der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung nicht unbeträchtlich.

So bedeutet dies für eine Gemeinde von nur 15.000 Einwohnern bereits einen Etat von einer knappen Million Euro! Energie sparen bedeutet also nicht nur das Klima schonen, sondern vor allem auch die eigene Kasse!

Doch wo spart die Kommune am meisten und mit welchen Investitionen?

„Die Kommunen wissen dies meist nicht genau. Es fehlen einfach die organisatorischen, technischen und personellen Mittel ein Energiemanagement einfach und nachhaltig zu betreiben!“ sagt Frank Vogel, Referatsleiter Energie bei der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern.

„Häufig werden energetische Sanierungen fördergetrieben angegangen ohne zu betrachten, ob diese im Moment wirklich die dringendsten Maßnahmen sind und ob diese auch langfristig wirksam bleiben“, meint Vogel.

Durch die Einführung eines wirksamen kommunalen Energiemanagements können Energieeffizienzprojekte besser priorisiert, geplant, umgesetzt und kontrolliert werden. Dazu bietet die LGA ein Paket aus Software und unterstützenden Dienstleistungen an: Das „LGA Cockpit“. Hierbei werden zunächst kommunale Energiedaten aus der jüngsten Vergangenheit gesammelt und sinnvoll gegliedert. Über geeignete Benchmarks ergibt sich schnell ein Überblick über Verbräuche, Kosten und Abweichungen von Standards.

Genossenschaftsverband Bayern:

Eckpunkte für eine erfolgreiche Energiewende

Die Monitoring-Kommission für die Energiewende zeigt in ihrem aktuellen Kurzgutachten, dass Deutschland bei der Energiewende in vier von sechs Bereichen seine bis zum Jahr 2020 gesetzten Ziele verfehlt wird. Wenn die Entwicklung wie erwartet verläuft, können die Klimaziele, die eine Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent vorsehen, nicht eingehalten werden. Auch das Energieeffizienzziel, der Netzausbau und die Wirtschaftlichkeit der Energiewende haben ein schlechtes Zeugnis von der Monitoring-Kommission erhalten.

Die EU-Gremien scheinen ebenfalls an der Einhaltung ihrer gesetzten Klimaziele zu zweifeln. Kürzlich hat der EU-Umweltministerrat das Bezugsjahr für das Erreichen der Klimaziele 2030 um sechs Jahre verschoben – von 1999 auf das Jahr 2005. Damit dürften Schätzungen zufolge 400 Millionen Tonnen mehr schädliche Treibhausgase ausgestoßen werden.

Klare Fokussierung nötig

Der Fachausschuss Energiegenossenschaften im Genossenschaftsverband Bayern (GVB) nimmt diese Entwicklungen zum Anlass darauf hinzuweisen, dass eine Abschwächung der Vorgaben keine Lösung sein kann, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Ganz im Gegenteil: „Um die langfristigen Ziele zu erreichen, sind große gemeinschaftliche Anstrengungen von Politik, Unternehmen und Bürgern mit einer klaren Fokussierung nötig“, sagt GVB-Vorstandsmitglied Alexander Büchel. Die Energiewende sei eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Ein wirksamer Klima- und Umweltschutz sei nur möglich, wenn Strom, Wärme und Verkehr gleichermaßen eingebunden werden und mit Unterstützung aller Technologien Treibhausgase-

Nachdem damit eine „energetische Grundlinie“ gezogen wurde, überprüft die LGA laufend die Verbrauchsdaten, entdeckt und korrigiert Fehlentwicklungen und generiert Energieberichte für die Kommune. Außerdem regt die LGA Maßnahmen und Projekte an und setzt diese auf Wunsch auch mit der Kommune um. So ergibt sich wie von selbst ein einfaches aber wirksames Energiemanagement aus planen, umsetzen und überwachen.

Webbasiertes Portal

Die Software ist ein webbasiertes Portal, das komplett von der LGA betrieben wird. Somit sind keine Investitionen in Hardware oder einen eigenen Serverbetrieb erforderlich.

„Neben den übersichtlichen Darstellungen und professionellen Analysemöglichkeiten der Software bieten wir den Kommunen mit unserem praktischen Gebäude-, Anlagen- und Vertragsmanagement ein tolles Tool innerhalb der Software, um endlich übersichtlich alle wichtigen Daten und Verträge zu den eigenen Liegenschaften, Maschinen und Anlagen im ständigen Zugriff und stets aktuell zu haben“, erläutert Vogel und ergänzt: „Das alles kostet als Mietsoftware weniger als viele denken und bei Einsparpotenzialen von mindestens 10 Prozent rechnet sich die Investition extrem schnell.“ □

Zwölf-Punkte-Papier

Der Fachausschuss hat dazu ein Zwölf-Punkte-Papier (www.gv-bayern.de/12-Punkte-Papier-Energie) für eine erfolgreiche Energiewende vorgelegt. Vor allem diese Forderungen heben Bayerns Genossenschaften hervor:

1. Für bestehende Investitionen in bereits genehmigte und in ihrem Planungsstand fortgeschrittene Projekte müssen gesetzliche Vergütungszusagen weiterhin garantiert bleiben (Bestandsschutz).
2. Bei Investitionen in erneuerbare Energien und Energienetze ist auf volkswirtschaftlichen Nutzen und betriebswirtschaftliche Rentabilität zu achten. Daher ist es wichtig, die Produzenten erneuerbarer Energien sukzessive an den Markt heranzuführen (Marktintegration).
3. Neue Technologien müssen gefördert und ihr effizienter, übergreifender Einsatz (Strom, Mobilität, Wärme) ermöglicht werden.

□

Digitalisierung, Integration, Ganztagsschule

Kommunen der Metropolregion Nürnberg machen sich fit für kommende Herausforderungen

Rund 250 Bildungsverantwortliche aus bayerischen Kommunen, des Bundes, des Freistaates Bayern sowie den kommunalen Spitzenverbänden trafen sich in München zur Statuskonferenz der Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement. Sie blickten zurück auf drei Jahre, in denen sich bayernweit knapp 50 Landkreise und kreisfreie Städte für eine aktive Bildungssteuerung entschieden und entsprechende Strukturen aufgebaut haben. Die Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg berät Kommunen in Fragen eines kommunalen Bildungsmanagements.

Geschäftsführerin Dr. Christa Ständer betonte die Erfolge: „Es ist ein dichtes Netz an Bildungsbüros entstanden, alleine

19 in der Metropolregion, 24 in ganz Nordbayern – eine tolle Bilanz. So wurde Bildung vielerorts zum Schwerpunktthema, was

man in der Metropolregion an neun veröffentlichten Bildungsberichten und zehn durchgeführten Bildungskonferenzen ablesen kann.“

Neben der Retrospektive blickten die Teilnehmer der Tagung auch auf zukünftige kommunale Herausforderungen: Die Digitalisierung in Schulen und Bildungseinrichtungen, die Organisation der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern und die Bildungsintegration von Neuzuwandernden.

Gute Kooperation

Die Bemühungen um eine aktive Bildungssteuerung würdigten auch Vertreter des Freistaates und der kommunalen Spitzenverbände. Georg Eisenreich, Staatssekretär im bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, betonte die gute Kooperation zwischen den Kommunen im Rahmen der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Dr. Manfred Riederle sprach für den Bayerischen Städtetag von beeindruckenden Bemühungen der Kommunen, Bildungssteuerung vorausschauend zu betreiben.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Kommunen der Region mit zwei Programmen zum Bildungsmanagement, auch die Transferagentur wird zu 100 Prozent aus Bundesmitteln unter-

stützt. Bettina Schwertfeger vom BMBF zeigte sich von den Erfolgen der letzten Jahre begeistert. Kommunales Bildungsmanagement sei mittlerweile eine breite Bewegung geworden. Die Unterstützungsleistungen der Transferagentur hätten daran einen gewichtigen Beitrag und würden von den Kommunen gut angenommen.

Themeninseln

Die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter bayerischer Kommunen hatten während der Tagung ausreichend Gelegenheit, gute Beispiele für ein kommunales Bildungsmanagement zu betrachten. Aus der Metropolregion stellten stellvertretend Mitarbeiterinnen aus den Landkreisen Neumarkt in der Oberpfalz und Hof ihre Aktivitäten vor. An so genannten Themeninseln konnten die Teilnehmenden ihre Standpunkte zu Themen wie Bildungsmanagement, Bildungsmonitoring oder das Gestalten von Übergängen im Bildungssystem gemeinsam diskutieren.

Blick in die Zukunft

Wie geht es weiter? Die bisher geleistete Transferarbeit und die Arbeit in der Kommunen wird fortgeführt. Zur Versteigerung der bisherigen Ergebnisse und qualitativen Weiterentwicklung verlängert das BMBF sowohl die Transferagentur Bayern als auch das Programm „Bildung integriert“ und das Programm zur Steuerung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte. Die Resonanz darauf ist durchweg positiv – für Nordbayern möchten sogar fünf weitere Kommunen einen Antrag zum Aufbau eines Bildungsmanagements stellen. □

„Weihnachtswunderbaum“ im Landratsamt Regensburg

Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien werden kleine Herzenswünsche erfüllt

Regensburg (RL). Auch dieses Jahr steht wieder ein ganz besonderer Weihnachtsbaum im Foyer des Landratsamt-Hauptgebäudes in der Altmühlstraße 3 in Regensburg: der „Weihnachtswunderbaum“. Landrätin Tanja Schweiger hat die Aktion vor zwei Jahren ins Leben gerufen, um Kindern und Jugendlichen, deren Familien finanzielle Möglichkeiten für ein Geschenk fehlen, einen kleinen Weihnachtswunsch zu erfüllen. In den letzten beiden Jahren hatte diese Aktion großen Anklang gefunden. „Es war mir immer schon eine Herzensangelegenheit, es möglich zu machen, Kindern und Jugendlichen aus finanziell stark eingeschränkten Familien einen Weihnachtswunsch zu erfüllen“, so die Landrätin und pflückte den ersten Wunschzettel vom Baum.

Rund 160 Wunschkarten von Kindern und Jugendlichen wurden am Donnerstag von Mitarbeitern des Kreisjugendamtes, darunter Projektleiterin Carina Zenger unterstützt von Landrätin Tanja Schweiger, an den „Weihnachtswunderbaum“ gehängt.

Geschenke zum Anfassen

Die Idee: Jeder, der sich als „Wunschfüller“ an der Aktion beteiligen möchte – sei es als Besucher oder Mitarbeiter des Landratsamtes oder etwa auch als Mitglied des Kreistages –, nimmt sich ab sofort eine Karte vom „Weihnachtswunderbaum“, hinterlegt seinen Namen an der Infotheke, besorgt das Geschenk und gibt es spätestens verpackt bis 4. Dezember 2017 zusammen mit der Karte wieder an der Infotheke ab. Die Geschenke können in der darauffolgenden Zeit bis Weihnachten von den Kindern bzw. deren Eltern abgeholt werden. Die gesamte Aktion wird anonymisiert durch-

geführt, das heißt, Geschenkgeber und -empfänger wissen nichts voneinander.

Die Geschenke haben jeweils einen Wert von rund 25 Euro und sind nicht gedacht als bloßer Geldbetrag, sondern als etwas „zum Anfassen“, also beispielsweise ein Spielzeug, ein Buch oder eine CD.

Auswahl durch das Jugendamt

Die Kinder und Jugendlichen, die beschenkt werden, wurden durch das Jugendamt mit Hilfe der Mitarbeiter des Sozialpädagogischen Fachdienstes und der Koordinierenden Kinderschutzstelle und der Jugendsozialarbeiter an Schulen ausgewählt.

Zu folgenden Zeiten können die Wunschkarten abgeholt bzw. die Geschenke an der Infotheke im Landratsamt-Hauptgebäude abgegeben werden: Montag bis Mittwoch von 7.00 bis 17.30 Uhr, Donnerstag von 7.00 bis 18.00 Uhr, Freitag von 7.00 bis 13.00 Uhr. □

Mit Wertschätzung die Region entwickeln

Netzwerktreffen der ILE-Zusammenschlüsse in Niederbayern

In ganz Niederbayern gibt es 20 ILE-Zusammenschlüsse (Integrierte Ländliche Entwicklung), die sich zwar jeweils in ihrer Region regelmäßig treffen, doch selten alle gemeinsam austauschen können. Deshalb veranstaltete das Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern kürzlich im Kulturforum Oberalteich ein Netzwerktreffen für alle ILE-Zusammenschlüsse in Niederbayern, bei dem verschiedene Referenten Impulse für die Zukunft geben sollten.

Mehrere Referenten stellten das Motto „Vorleben statt vorgeben“ sowie eine stärkere Bürgerbeteiligung in der Regionalentwicklung ins Zentrum ihres Vortrags. So etwa der Altbürgermeister der österreichischen Gemeinde Steinbach an der Steyr, Karl Sieghartsleitner. Er hatte aus seiner in Not geratenen Gemeinde nach und nach ein internationales Musterbeispiel für Regionalentwicklung gemacht. Das Potential der Menschen vor Ort erkennen, ihnen das Gefühl geben, dass sie gebraucht werden, sie aktiv miteinbeziehen in die Entwicklung der Gemeinde, den Ideen anderer Raum zur Entfaltung geben – all das waren seine Zutaten für den außergewöhnlich erfolgreichen „Steinbacher Weg“. Denn Menschen, die persönlich und in ihrer Arbeit wertgeschätzt werden, entfalten viel Energie zum Wohle der Gemeinschaft. „Eigentlich war's ganz leicht“, meinte der Referent zuletzt.

Auch Gerhard Peham, Geschäftsführer von „die Schatzsucher“, appellierte an die rund 60 anwesenden Bürgermeister, wie erfolgreiche Unternehmen zu agieren und verborgene Potentiale in der Bevölkerung zu heben. Die allermeisten Menschen würden sich vor allem aus einem Gefühl von Angst und Ohnmacht heraus zurückziehen und sich nicht engagieren. Diese könnte man jedoch für eine Mitarbeit gewinnen, wenn man ihnen konkrete Projekte vorschläge, die Sinn machen, ein Wir-Gefühl auslösen und sie dafür Wertschätzung erfahren.

Lebensqualität im Visier

Der Vortrag des niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten und Bürgermeisters der Stadt Freyung, Dr. Olaf Heinrich, ging ebenfalls in diese Richtung. Er umriss zunächst die Entwicklung seiner Stadt in den vergangenen zehn Jahren, die dank des Engagements und der Investitionen von Bürgern in ihre Heimat äußerst positiv verlaufen ist. „Wir haben als Bürgermeister die Chance, einen Prozess in Gang zu setzen“, so Heinrich. Und dies bedeute, sich nicht von Projekt zu Projekt zu hangeln, sondern alles unter ein Gesamtkonzept zu stellen. Inspiriert von Josef Ober aus dem Steirischen Vulkanland, der in seinem Buch „Politik der Inwertsetzung“ viele neue Denkanstöße gibt, ist auch Heinrich davon überzeugt, dass die Herausforderungen der Zukunft „nicht

allein mit dem Geldbeutel“ zu lösen sind. „Wir dürfen uns nicht mehr nur über unsere Investitionen definieren, sondern sollten vielmehr die Lebensqualität ins Zentrum rücken.“ Dazu gehöre auch, dass der Bürger das Bestehende mehr wertschätze, ein Gemeinschaftsgefühl in den Dörfern und Städten zurückkehre, das letztendlich viel glücklicher mache als das Materielle – sozusagen eine „geistige Regionalentwicklung“. Denn während zwar der Wohlstand insgesamt stetig angestiegen ist, gehe gleichzeitig viel Spirituelles und Seelisches verloren. Objektiv gehe es vielen Menschen gut, dennoch seien sie nicht zufrieden. Die zunehmende Individualisierung und das Delegieren von Verantwortung („Ich weiß zwar wie es besser gehen würde, machen sollen es aber die anderen“) würden diesen Trend noch verstärken.

Für Chancengleichheit

„Die Heimat ist ein Ort, wo Bewusstseinsbildung beginnen muss“, hob er hervor. Und mehr Bewusstsein für die Vorteile des ländlichen Raums zu schaffen, sei notwendig, um mit den Metropolregionen langfristig mithalten zu können. „Wenn wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land sprechen, dann heißt das nicht, dass wir gleich sein sollen, sondern dass wir die gleichen Chancen haben sollen. Wir sind anders als die Ballungszentren, haben aber ebenfalls Strukturen, die sehr wertvoll sind.“ Die Menschen auf dem Land sind noch verwurzelt mit ihrer Heimat – eine Chance für die Politiker, sie mitzunehmen und für ein Engagement zu begeistern.

Ein weiteres Thema des Treffens war der Einsatz von sozialen Netzwerken in der Gemeindepolitik, den Philipp Ehrenberger von der Firma „bildschnitt tv“ den Bürgermeistern ans Herz legte. In der abschließenden Diskussionsrunde wurde zudem über Wegebaumaßnahmen gesprochen. Während die Kommunalpolitiker den bürokratischen Aufwand für Förderanträge kritisierten, machte Maximilian Geierhos vom bayerischen Forstministerium deutlich, dass die Gelder gar nicht vollständig verbaut werden könnten, da die Gemeinden die notwendigen Grundstücke nicht vorhalten würden. „Auch die Gemeinden sind in der Pflicht, gute Konzepte für Wegenetze zu erstellen.“ ml

Besser gleich auf Synergien setzen!

Kommunaler IT-Betrieb – sicher ist sicher.



Höchste Flexibilität für Ihre IT: Next Generation Outsourcing

Lassen Sie sich nicht mehr von Ihren Kernaufgaben abhalten: Wir übernehmen die Verantwortung für Ihren sicheren IT-Betrieb. Die Bausteine, die dazu nötig sind, wählen Sie selbst passgenau für Ihre Verwaltung aus: von SaaS über bereitgestellte sichere Systemumgebungen bis zum Erstellen der Backups und der Notfall- und Betriebshandbücher.

www.akdb.de

Jetzt die neuen IT-Services entdecken!

akdb
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Landrat Helmut Weiß feierte 60. Geburtstag:

„Ein Landrat für die Bürger“

Obernenn. „Was immer Helmut Weiß in der Politik anpackt, er tut es mit Überzeugung und großem Engagement“, so beschrieb CSU-Landtagsabgeordneter Hans Herold den Jubilar bei der Feier in der Zenngrundhalle. Den 60. Geburtstag nahmen zahlreiche Weggefährten zum Anlass, Helmut Weiß für all das zu danken, was er in seiner bisherigen politischen Laufbahn für die Bürgerinnen und Bürger als Bürgermeister von Obernenn und Landrat des Landkreises Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim geleistet hat.

So gab es unter anderem mit Dieter Hummel („ein starker Landkreis mit einem starken Landrat“) für die CSU und Walter Billmann für die SPD Grußbotschaften von im Kreistag vertretenen Fraktionen und Bürgermeister Reinhold Klein aus



Überreichten die Ernennungsurkunde zum Altbürgermeister von Obernenn: Erster Bürgermeister Markus Heindel, Landrat Helmut Weiß und Zweite Bürgermeisterin Renate Laudenbach. Bild: pmw

Sugenheim würdigte für den Bayerischen Gemeindetag die Leistungen des Jubilars. Der gastgebende Bürgermeister Markus Heindel überraschte Helmut Weiß mit der vom Marktgemeinderat einstimmig beschlossenen Ernennung zum Altbürgermeister seiner Heimatgemeinde Obernenn, wo er 18 Jahre ausgesprochen erfolgreich als Erster Bürgermeister wirkte.

Viele Gäste aus den Partnerregionen

Zu den Gästen gehörten neben politischen Mandatsträgern, Repräsentanten von Behörden, Unternehmen und Banken auch Kommunalpolitiker aus dem sächsischen Markersbach, der Partnergemeinde von Obernenn. Auch Landrat Frank Vogel aus dem Erzgebirgskreis, der seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit dem Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim pflegt, war gekommen.

„In den Kommunen schlägt das Herz der Demokratie“

Nach Ansicht von Hans Herold, der als einer der Stellvertreter des Landrats die Laudatio hielt, „schlägt das Herz der Demokra-

stand, ein Landrat für die Bürger“. Im April 2014 wurde Helmut Weiß zum Landrat im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim gewählt. Seit 1990 trägt er Verantwortung in der Kommunalpolitik, zunächst als Gemeinderat, später dann auch im

Projekttag an der Realschule Wemding:

„Hilfe, oder wir kommen? – Flüchtlinge in Europa

Einen Projekttag zur Flüchtlingsthematik für die Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen veranstaltete die Anton-Jaumann-Realschule Wemding. Angeleitet von Referentinnen und Referenten der Landeszentrale für politische Bildung aus München befassten sie sich zunächst mit Europa und den Grundlagen der EU.

Was die Krümmung der Banane mit der EU zu tun hat, war unter anderem ein Aspekt, an dem die Schülerinnen und Schüler nachvollziehen konnten, wie die große Politik Einfluss auf ihren Alltag nimmt.

Anschließend wurden im Karikaturenkarussell aktuelle Karikaturen besprochen. Wichtige Themen zur Flüchtlingspolitik wurden gemeinsam diskutiert, nach Zustimmung geordnet oder verworfen, bis sich ein Ranking herausstellte. Mit Hilfe eines Europapuzzles bekamen die Schülerin-

nen und Schüler so ein Gefühl für die Größe und Vielfalt Europas.

Abgerundet wurde der Tag durch eine Podiumsdiskussion mit dem Landrat des Donauries-Kreises, Stefan Rößle (CSU), der Abgeordneten im Bayerischen Landtag und Sprecherin für Asyl, Migration und Europa, Christine Kamm (Bündnis 90/Die Grünen) und dem Organisator der Helferinitiative für Flüchtlinge „Wir mit euch? in Wemding“, Theo Knoll, Rektor i.R.

Zum Landkreis mit Zukunft entwickelt

Zu wesentlichen Schwerpunkten seiner Arbeit zählten unter anderem die vielen Schulbaumaßnahmen, die Positionierung der Kliniken im Landkreis mit der Installation der „Gesundheitsregion Plus“, die Forcierung der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. „Mit gewissem Stolz können wir feststellen, dass es dank einer zukunftsweisenden Politik unseres Landrates und seiner Amtsvorgänger sowie der Kommunalpolitiker im Landkreis und der tüchtigen Bür-

Rege Aussprache

Bei der Diskussion ging es vor allem um die Situation vor Ort bei der Integration der Asylbewerber. Zur Sprache kamen die Probleme bei der Suche nach Arbeit sowie die Schwierigkeiten, Wohnraum zu finden. Die Schüler konnten von ihren Erfahrungen mit Asylbewerbern berichten und den Politikern Fragen stellen. Für die zukünftigen Erstwähler war es ein interessanter Tag weg vom alltäglichen Unterrichtsgeschehen mit viel neuem Input und Austausch zu einem Thema, das den Ausgang der jüngsten Bundestagswahl entscheidend mit beeinflusst hat. □

gerschaft gelungen ist, aus dem Landkreis eine Zukunftsregion, eine Mehr-Region, eine Region mit vielen Chancen zu machen. Hier in unserem Landkreis ist Zukunft!“

Standhaft - auch gegen die Regierung

Lob und Anerkennung gebührten Weiß auch dafür, dass er in Sachen Wasserschutzgebiet Uehfeld mit einer „Remonstrations“ (Einwendung, die ein Beamter gegen eine Weisung erhebt, die er von seinem Vorgesetzten erhalten hat) „klare Kante“ zeigte. „Du bist aus Überzeugung auch gegenüber der Regierung von Mittelfranken standhaft geblieben“. Der anwesende Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer nahm's mit Humor.

Gratulanten und Glücksbringer

Durch das kurzweilige Programm führte der Pressesprecher im Landratsamt, Rainer Kahler: So gestalteten die „Stachweiber“ eine Geburtstags-„Andacht“, musikalische Einlagen gab es durch den Musikverein Obernenn und die „Landfrauenstimmen“. Während der ebenfalls aus Obernenn stammende „Doppelminister“ Christian Schmidt wegen Sondierungsgesprächen in Berlin aufgehalten war und seine Wünsche per Video-Botschaft übermittelte, gab es eine ganze Reihe persönlich überbrachter Glückwünsche, von Weinhoheiten bis hin zur Feuerwehr, dem Kreisverband für Garten- und Landschaftspflege und Mitarbeitern des Landratsamtes mit Schornsteinfegermeister Michael Geißdörfer als „Glücksbringer“.

Bei allen Reden kam zum Ausdruck, dass es die Familie ist, die dem Jubilar den nötigen Freiraum für seine vielfältigen Aufgaben lässt, und der es zu danken gilt. Helmut Weiß fasste so zusammen: „Ich habe in meinem Leben viel Glück gehabt und meiner Frau, der Familie und Freunden viel zu verdanken“. Auch habe er nie die Wurzeln vergessen: „Sie sind Heimat und Familie, Ursprung meines Lebens“. pmw



Im Foto links die vervielfachten Eders, rechts die Familie Dietz, mittig 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl. □

Neue Babys, neue Bäumchen – Willkommen in Abensberg!

Seit vielen, vielen Jahren erhalten Abensberger Eltern bei Neugeburten ein Wunschbäumchen. Die Aktion ist sehr beliebt und fördert nebenbei die Obstbaumbestände in den privaten Gärten der Stadt und der Ortsteile. Anfang November war es wieder soweit, Abensberger Eltern holten sich ihr Bäumchen ab – insgesamt 136 Geburten gab es im Zeitraum vom 1. September 2016 bis zum 31. August 2017, eine wiederum leichte Steigerung gegenüber dem letzten Jahr, was für Abensbergs Ersten Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, der die Geburtenpflanzaktion einst in den Stadtrat gebracht hatte, erfreulich ist: „Wenn sich junge Familien eine Zukunft in unserer Stadt vorstellen können, dann haben wir vieles richtig gemacht.“

In fröhlicher Runde wurden die Bäumchen übergeben, Bauhof-Mitarbeiter halfen mit und hatten alles hergerichtet.

Wer will welchen Baum? Alexandra Eder hatte für Töchterchen Klara eine Sauerkirsche ausgesucht, Söhnchen Alois war mit dabei, für den es zur Geburt schon einen Pflaumenbaum gegeben hatte – der eigene Garten in der Kagrastraße wird nun abermals bestückt. Stefanie und Fabian Dietz hatten für ihren Sohn Kilian einen Zwetschenbaum ausgewählt – der kommt in den eigenen Garten an den Allersdorfer Abensauen. Und Tanja Eder hatte gleich drei kleine Herren dabei – Josef und Ludwig assistierten, für Baby Fritz gibt es eine Quitte, die ebenfalls in den eigenen Garten kommt – in Aunkofen.

Insgesamt wurden 79 Bäume bestellt und ausgegeben. Sigus Labitzke und Albert Bullmer vom Bauhof sorgten für

die Ausgabe und halfen mit, wo Hilfe nötig war. Abschließend dankte 1. Bürgermeister Dr. Brandl allen für ihr Kommen und wünschte den kleinen wie den großen Bauhof-Besuchern alles Gute für die Zukunft. □

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

OB Dr. Florian Janik, Erlangen

Neuer Bezirksvorsitzender beim Städtetag Mittelfranken

Dr. Janik folgt auf Dr. Jung: In der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags am 10.11.2017 in Erlangen wurde Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Erlangen, als Nachfolger von Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Fürth, als Bezirksvorsitzender Mittelfrankens des Bayerischen Städtetags gewählt. Dr. Jung hat sein Amt als Bezirksvorsitzender niedergelegt, weil er beim BAYERISCHEN STÄDTETAG in Rosenheim am 12. Juli 2017 in den Vorstand des Bayerischen Städtetags und zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden ist.

Dr. Janik wurde als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Mittelfranken neu gewählt. Unverändert im Amt bleibt als Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Mittelfranken Erster Bürgermeister Alfons Brandl aus Herrieden. Die Vorsitzenden der Bezirksversammlungen üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze der Bezirksversammlungen. Die Bezirksvorsitzenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und sie repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen.

In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr zu ihren Bezirksversammlungen. Dort behandeln sie regionalspezifische Anliegen und diskutieren über aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen für sechs Jahre neu gebildet. □



Zahlreiche Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an der Diskussion mit Theo Knoll, Landrat Stefan Rößle, Lehrerin Susanne Ponicki und MdL Christine Kamm und zum Thema Flüchtlinge in Europa.



Bei der Übergabe des Zertifikats „Gesunde Kommune“ v. l.: Dr. Uta-Maria Kastner (Fachbereich Gesundheit Landratsamt Dillingen), Carolin Rolle (Geschäftsstelle Gesundheitsregionplus), Landrat Leo Schrell, Direktor Hermann Hillenbrand (AOK Günzburg), Sabine Schmidt (Leiterin der Suchtfachambulanz Dillingen) und Jessica Ochsenbauer (Gruppenleitung und Mitarbeiterin der Suchtfachambulanz Dillingen). □

Hilfe für Kinder aus suchtbelasteten Familien im Landkreis Dillingen:

AOK fördert das Projekt „Kiasu“

In Familien, in denen Suchtmittel eine dominierende Rolle spielen, verbirgt sich meist seelische Not. Besonders die Kinder haben in diesem Umfeld keine Möglichkeit, kindgerecht aufzuwachsen. Deshalb wurde im Landkreis Dillingen das Präventionsprojekt „KIASU – Kinder aus suchtbelasteten Familien“ ins Leben gerufen. Die Geschäftsstelle der Gesundheitsregionplus am Landratsamt Dillingen hat hierfür zusammen mit dem Caritasverband für die Diözese Augsburg e.V. eine finanzielle Projektförderung beantragt. Die AOK Bayern fördert das Vorhaben mit rund 12.250 Euro über die Initiative „Gesunde Kommune“.

Umfragen zufolge haben 70 Prozent der von den bayerischen Suchtberatungsstellen der Caritas betreuten Frauen und 54 Prozent der Männer eigene Kinder. „Doch Kinder werden selten in der Rolle als Kinder suchtkranker Eltern wahrgenommen“, weiß Barbara Habermann, Referatsleiterin Sucht und Psychiatrie beim Diözesancaritasverband Augsburg. Die Kindheit der Betroffenen ist häufig geprägt von Angst und Unsicherheit sowie einem Mangel an emotionaler Zuwendung. Das Projekt „Kiasu - Kinder aus suchtbelasteten Familien“ beschäftigt sich mit Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis 16 Jahren, bei denen Angehörige durch Alkohol oder Drogenprobleme belastet sind.

„Nicht nur das Risiko der Kinder, selbst suchtkrank zu werden ist um ein 6-faches erhöht, die Kinder haben oft auch mit Gewalt, emotionaler Belastung, Verschwiegenheit und Isolation zu kämpfen“, weshalb diese präventive Maßnahme so wichtig ist“, erklärte Sabine Schmidt, Suchttherapeutin und Leiterin der Suchtfachambulanz Dillingen.

Kommunen können Förderung beantragen

Die AOK Günzburg unterstützt im Rahmen der Initiative „Gesunde Kommune“ verschiedene Städte, Gemeinden oder Landkreise, die das Wohlbefinden und die Gesundheit ihrer Bürger steigern wollen. Jede Kommune, die ein Präventionsprojekt plant, kann dafür bei der AOK finanzielle Förderung anfragen. Dies hat die Gesundheitsregionplus in Dillingen erfolgreich getan. „Die rund 12.250 Euro sind eine gute Investition in eine hoffentlich gesunde Zukunft der betroffenen Kinder und Jugendlichen“, erläuterte AOK-Direktor Hermann Hillenbrand bei der Übergabe des Förderzertifikats an Landrat Leo Schrell.

Leitfaden Prävention

„Ich freue mich über die gute Netzwerkarbeit mit den beteiligten Akteuren und dass die Caritas für die Diözese Augsburg e.V. das Projekt auch nach der Projektförderung im Landkreis fortführen wird. Somit ist die Basis für eine nachhaltige Präventionsarbeit gelegt“, so der Landrat. Die Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregionplus Carolin Rolle betonte den wichtigen Beitrag der AOK zu einer ertragreichen Netzwerkarbeit.

Grundlage für den Förderrahmen bildet der Leitfaden Prävention, der für jede gesetzliche

Krankenversicherung gilt. Kommunen können ihr Projekt über ein spezielles Formular beschreiben, das die AOK auf Anfrage per E-Mail zur Verfügung stellt. Präventionsexperten der AOK prüfen dann, ob und in welcher Höhe eine finanzielle Unterstützung möglich ist und informieren und beraten interessierte Kommunen in allen Fragen rund um die Initiative „Gesunde Kommune“. Weitere Informationen gibt es unter www.aok.de/bayern/gesundekomune.

Bei den regelmäßigen Treffen erhalten betroffene Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich altersgerecht auszutauschen und

schwierige Lebenssituationen verstehen zu lernen. „In Einzel- und Gruppengesprächen versuchen wir, individuelle Lösungen für die betroffenen Familien zu finden“, so Jessica Ochsenbauer, Gruppenleitung und Mitarbeiterin der Suchtfachambulanz Dillingen. Ziel sei es, den Kindern zu vermitteln, dass es nicht ihre Aufgabe ist, die Familie zusammen zu halten und Verantwortung für diese zu übernehmen. „Typische Rollenmuster wie die unbewusst übertragene Verantwortung im Familienleben sollen unterbrochen werden, damit kindgerechte Bedürfnisse wieder gelebt werden können“, so Ochsenbauer weiter.

„Um den Kindern die Teilnahme am Präventionsprojekt zu ermöglichen, ist es nötig, die Eltern dafür zu motivieren. Dies bedeutet oftmals, eigene Schuld- und Schamgefühle zu überwinden. Dabei helfen die Mitarbeiterinnen der Suchtfachambulanz“, so Sabine Schmidt. □

Grenzen überwinden

Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft

Die Neuwahl des Präsidiums sowie u. a. ein Bilanzbericht über die wichtigsten Euregio-Aktivitäten seit 2016 standen im Zentrum der Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V. in Marktreidwitz. Die bisherige Zusammensetzung des Gremiums für die Amtsperiode 2017-2020 mit Oberbürgermeisterin a. D. Dr. Birgit Seelbinder als Präsidentin an der Spitze sowie ihren Stellvertretern, den Landräten Wolfgang Lippert aus Tirschenreuth und Klaus Peter Söllner aus Kulmbach, wurde dabei einstimmig bestätigt.

Als weitere Mitglieder des Präsidiums fungieren die Landräte Dr. Karl Döhler (Wunsiedel), Thomas Ebeling (Schwandorf), Herman Hübner (Bayreuth) und Andreas Meier (Neustadt a. d. Waldnaab), die Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (Hof) und Kurt Seggewiß (Weiden), Prof. Dr. Andrea Klug von der OTH Amberg-Weiden, Florian Rieder von der IHK Regensburg/Geschäftsstelle Weiden sowie Thomas Koller von der HWK für Oberfranken.

Nach den Worten von Präsidentin Seelbinder konnte das EU-Förderprogramm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern-Tschechische Republik „Ziel ETZ 2014-2020“ oder „Interreg V“ im vergangenen Jahr mit bayerisch-tschechischen Groß- und Kleinprojekten „durchstarten“. Zu den bedeutendsten geförderten Großprojekten im Euregio-Gebiet mit Gesamtkosten über 25.000 Euro zählten die Projekte „Freundschaften ohne Grenzen“ des Bezirksjugendrings Oberfranken und „Green-Infrastructure-Maßnahmen aus Klärschlamm-Nutzung“ der IKOM Stiftung.

Von den insgesamt 103 Mio. Euro EU-Fördermitteln für den gesamten bayerisch-tschechischen Grenzraum wurden bislang rund 64 Prozent gebunden. Eine weitere Einreichfrist für Großprojekte endete im August. Diese Projekte werden im Dezember im Begleitausschuss behandelt. Projektanträge für

Großprojekte können laufend über das Online-Portal des INTERREG-Programms beantragt werden.

Dispositionsfonds wird eigenverantwortlich umgesetzt

Mit Blick auf die Kleinprojekte unterstrich Seelbinder, dass die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern den Dispositionsfonds im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Böhmen eigenverantwortlich umsetzt. Auf bayerischer Seite stünden dafür für den gesamten Förderzeitraum insgesamt 2 Mio. Euro Fördermittel aus dem Interreg-Topf zur Verfügung, d. h. jährlich rund 300.000 Euro für bayerische Antragsteller aus ihrem Euregio-Gebiet.

Im Berichtszeitraum wurden 26 bayerische und 34 tschechische Projekte genehmigt. Insgesamt wurden seit dem Start des Dispositionsfonds 41 bayerische und 42 tschechische Projekte bewilligt. Auf bayerischer Seite seien damit insgesamt rund 475.000 Euro EU-Fördermittel gebunden. Eines dieser Projekte sei zum Beispiel das Gutachten zur Weiterentwicklung der beiden Radwege der Euregio Egrensis.

Bereits jetzt werden laut Seelbinder in der Europäischen Union die Weichen für die Förderprogramme im Zeitraum 2020 bis 2026 gestellt. Daher ha-

GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Da blicken wir wegen der Regierungsbildung über Wochen gebannt nach Berlin, dabei zeichnet sich im hohen Norden eine wahre Revolution ab: Die Küste bekommt mehr Feiertage!“ Mein Chef, der Bürgermeister, fuchtelte mit einem Zeitungsausschnitt herum. Es wurde berichtet, dass die GroKo in Niedersachsen mit einem weiteren Feiertag liebäugelt und auch die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein wohl noch einen freien Tag pro Jahr drauflegen wollen.

Auf den Geschmack hat die Menschen zwischen den zwei kalten Meeren wohl der Extra-Feiertag heuer zum Reformationsjubiläum gebracht. Deshalb wird es in diesen protestantisch geprägten Ländern wohl auf einen evangelischen Feiertag hinauslaufen: Entweder der Reformationstag Ende Oktober oder der Buß- und Bettag im November.

So ändern sich die Zeiten. In den 90er Jahren



prima die entspannenden Ski-ferien um Neujahr um einen Tag verlängern. Fronleichnam ermöglicht um Pfingsten rum zwei Wochen Sonne für schlappe acht Urlaubstage und die – leider nur regional geltenden – Kronjuwelen im Feiertagskalender, Mariä Himmelfahrt und das Hohe Friedensfest in Augsburg, bieten sogar daheim fast so etwas wie Schönwettergarantie.

Ob der Reformationstag immer den goldenen Oktober bringt, ist dagegen mehr als zweifelhaft und der Buß- und Bettag im Schmuddelmonat November bietet sich wegen des unverrückbaren Mittwochstermins nicht mal für Brückenbauer ohne weiteres an. Fazit: Der durchaus diskutierbare Effekt der Erholung für die Arbeitnehmer wird durch die Lage der Südfeiertage eher gefördert.

Ich gebe zu: Das war jetzt ein bisschen unsachlich und hat vor allem außer Acht gelassen, dass ja gerade in religiösen Traditionen gründende Feiertage in hohem Maße identitätsstiftende Funktion haben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Besinnung auf gemeinsame Wurzeln stärken. Das ist für nicht wenige der Hauptgrund, warum sie die Einführung von islamischen Feiertagen ablehnen: Auch wenn einige Mitglieder der Gesellschaft ihre spirituellen Wurzeln im Islam haben, so gilt dies keinesfalls für die Gesellschaft als Ganzes.

Eines galt aber in den 90ern und gilt auch noch heute: Bei in der Regel 30 Tagen Anspruch auf bezahlte Urlaubstage pro Arbeitnehmer sollten wir eigentlich andere Probleme haben, als über die Einführung neuer Feiertage nachzudenken. Dennoch, nix für ungut, liebe Landsleute im Norden: Der zusätzliche Feiertag sei euch gegönnt, genießt ihn, auch wenn ihn im Zweifel der Süden zahlen muss.

Mein Chef, der Bürgermeister, hätte auch einen Vorschlag zu machen: Warum sollte man nicht dann den folgenden Montag freimachen, wenn Tage wie der Maifeiertag oder der Tag der Deutschen Einheit auf einen Sonntag fallen? Damit auch in solchen Jahren das gilt, was der Aphoristiker Walter Nenzel so ausdrückt: „Feiertage sind Atempausen der Seele“.

Ihre
Sabrina

Feiertage sind Atempausen der Seele

des letzten Jahrhunderts wurde der Buß- und Bettag noch von einem bundesweit arbeitsfreien Feiertag zu einem bloß geschützten Tag degradiert, weil die Volkswirtschaft mit dem Produktivitätsgewinn durch den einen Arbeitstag mehr die Einführung der Pflegeversicherung leichter verkraften sollte. Und heute? Geht es uns wieder mal so gut, dass der Esel auf Eis tanzen geht und einige meinen, sich um die Produktivität der Volkswirtschaft nicht mehr scheren zu müssen?

Vielleicht. Vielleicht ist es aber aus der Perspektive der norddeutschen Tiefebene auch nur eine Frage der nachholenden Gerechtigkeit. Denn objektiv sind in Deutschland die Länder am erfolgreichsten, die am meisten Feiertage haben. Und der – auch ohne den außertourigen Reformationstag 2017 – Feiertagschampion Bayern finanziert jährlich mit Milliardensummen die Haushalte der meisten neuen feierfreudigen Länder.

Aber Vorsicht, vor einem Denkfehler sei gewarnt: Es kommt nicht nur auf die Zahl der Feiertage an, sondern auch auf die Lage. Die Bayern können sich mit dem Heilig Dreikönigstag

be das Gemeinsame Präsidium der Euregio Egrensis bei einer früheren Sitzung eine Resolution zur künftigen Förderpolitik der EU verabschiedet. Vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen in der Europäischen Union wie dem Brexit und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinschaft gelte es, rechtzeitig die Interessen der Grenzregionen zu artikulieren, um eine langfristige Beeinträchtigung der Förderpolitik für die territoriale Zusammenarbeit in Europa zu vermeiden.

Gemeinsames Präsidium

Das Gemeinsame Präsidium hat dazu einige Positionen formuliert, die für weitere Entwicklung nach 2020 von zentraler Bedeutung sind. So wird gefordert, die finanzielle Unterstützung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ab 2020 im bisherigen Umfang beizubehalten oder sogar auszuweiten. Außerdem sollen die Rolle der Euregios weiter gestärkt und die Förderung grenzüberschreitender Kleinprojekte und Begegnungsmaßnahmen in den künftigen Grundlagendokumenten fest verankert werden.

„Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten in den Grenzregionen viel erreicht werden konnte, bleibt festzuhalten, dass die nachteiligen Folgen der jahrzehntelangen undurchdringlichen Grenze zwischen Ost und West in den betroffenen, überwiegend ländlichen Teilregionen im Nachbarraum Bayern-Sachsen/Thüringen-Tschechien noch lange nicht überwunden sind und daher weiterhin Unterstützung benötigen, nicht zuletzt wegen der nach wie vor vorhande-

nen erheblichen Sprachbarriere“, machte Seelbinder deutlich.

Ferner wies sie darauf hin, dass das seit April 2016 bei der Euregio Egrensis angesiedelte Beratungsbüro, das mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und des Bezirks Oberfranken gefördert wird, im vergangenen Jahr seine Arbeit voll aufnehmen konnte.

In Folge der Beratungstätigkeit sei bereits das bayerische Landesprogramm „Start Transnational“ zur europaweiten Vernetzung bayerischer Akteure genutzt worden. Projekte in den transnationalen Kooperationsräumen Nordwesteuropa, Mitteleuropa und Donauraum sowie im Programm Interreg Europe befänden sich in der Vorbereitungs- und Antragsphase oder würden von der Fördermittelberatung begleitet. Das thematische Spektrum reiche dabei von der nachhaltigen Nutzung des Natur- und Kulturerbes über technische und soziale Innovation bis hin zu Verkehrs- und Energiethematen.

Gemeinsames Wörterbuch

Mit Hochdruck, so die Präsidentin weiter, werde derzeit an einem deutsch-tschechischen Wörterbuch für den Rettungsdienst gearbeitet. Wie Seelbinder abschließend darlegte, prägt das Bayerisch-Tschechische Gastschuljahr die Arbeit der Euregio Egrensis schon seit über 20 Jahren. Mehr als 550 tschechische Gymnasiasten konnten im Lauf der Jahre ein Gastschuljahr an einem Gymnasium im bayerischen Teil der Euregio verbringen. Heuer startete das Gastschuljahr mit 24 Schülern aus

Bildungsregionen aus ganz Schwaben tagten im Landkreis Günzburg

„Digitalisierung, Service Learning – Lernen durch Engagement“, aber auch das Thema Nachhaltigkeit, diskutierten die Vertreter der Bildungsregionen gemeinsam.

Ganz Schwaben ist bereits Bildungsregion und wurde dafür auch im November 2016 vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultur, Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Auf diesem Erfolg ruhen sich die Bildungsregionen in Schwaben jedoch nicht aus. Regelmäßig treffen sich die Landkreise und Städte, um über wichtige Themen im Bildungsbereich zu diskutieren, sich auszutauschen und gemeinsam an der Initiative Bildungsregionen auch überregional weiter zuarbeiten. Den Bildungsregionen in Schwaben ist es besonders wichtig, sich zu vernetzen, Synergieeffekte zu nutzen und gemeinsame Herausforderungen zu erkennen sowie gemeinsame Wege zu finden. **haj**

Tschechien ins neue Schuljahr. Zum 25. Mal wurde das Euregio-Jugendsommerlager durchgeführt – heuer unter der Federführung der sächsisch-thüringischen Euregio-Arbeitsgemeinschaft. Das somit „dienststälteste Euregio-Projekt“ kam bei den Jugendlichen gut an. Wanderungen gehörten ebenso zum Programm wie die Sprachanimation, die spielerisch die Nachbarsprache näherbringt und den Kindern und Jugendlichen einen interkulturellen Einblick ins Nachbarland gibt. **DK**



Wirtschaftsministerin Ilse Aigner war Hauptrednerin beim 15. Forum Zukunft der schwäbischen Wirtschaftskammern IHK und HWK. V. l.: Dr. Andreas Kopton, Präsident der IHK Schwaben, Staatsministerin Ilse Aigner, HWK-Präsident Hans-Peter Rauch und HWK-Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner. Foto: HWK Schwaben

Neue Unternehmen – Elixier für die Wirtschaft

Beim 15. Forum Zukunft Schwaben standen Unternehmensgründungen im Mittelpunkt

(treu) Die Unternehmen sind der Motor der deutschen Marktwirtschaft. Die 180.000 HWK- und IHK-Mitgliedsfirmen in Schwaben sind nicht nur essentiell für die Versorgung und Beschäftigung der Menschen in der Region, sie sind auch wesentlicher Bestandteil des Produktions- und Technologiestandorts Schwaben. Gute Gründe, das Forum Zukunft Schwaben unter die Überschrift „Gründerszene Schwaben“ zu stellen. Auf dem 15. Forum Zukunft Schwaben diskutierten die Vertreter der Wirtschaft mit der bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner wichtige Zukunftsthemen.

Dabei gaben die Repräsentanten der Kammern einen umfangreichen Einblick in ihre Arbeit mit und für Existenzgründer. Staatsministerin Ilse Aigner sieht Schwaben im Aufwind: „Der Wirtschaftsstandort Schwaben boomt. In vielen Fällen liegt die

Arbeitslosenquote bei unter zwei Prozent. Diesen Schwung müssen wir nutzen und in innovative Zukunftstechnologien fördern. Gerade Start-ups und Gründer spielen dabei eine wichtige Rolle: Mit frischen Ideen und ihrer digitalen und vernetzten Heran-

gehensweise denken und entwickeln sie Geschäftsmodelle völlig neu. Die Umfeldbedingungen für diese jungen Unternehmer sind in Bayern und Schwaben ideal: Mit zahlreichen Aktivitäten fördern wir die junge Unternehmenszene, etwa mit unserer Initiative Gründerland.Bayern. Unsere universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen sind ideale Partner und mit unseren Netzwerken bringen wir alle relevanten Akteure verschiedenster Branchen gezielt zusammen. Diese Entwicklung werde ich als bayerische Wirtschaftsministerin gemeinsam mit unseren Partnern auch weiterhin mit allem Nachdruck unterstützen, denn die heutigen Gründer sind die Zugpferde von morgen.“

Wie vielfältig das Thema Unternehmens- und Existenzgründung bei den beiden Wirtschaftskammern bearbeitet wird, zeigten HWK-Präsident Hans-Peter

dent Kopton sprach von 430 vertiefenden Einzelberatungen, die aus den etwa 5.200 Erstkontakten entstanden waren. Für Kopton sind auch die politischen Rahmenbedingungen von größter Bedeutung. Deshalb wandte er sich direkt an Ministerin Aigner: „Es geht nicht nur um die Arbeit mit den Gründern selbst, sondern es ist uns ein großes Anliegen, die Rahmenbedingungen für Gründungen zu vereinfachen. Dazu muss beispielsweise Steuerbürokratie abgebaut und auch der Zugang zu Beteiligungskapital vereinfacht werden“, forderte IHK-Präsident.

Weitere Gründerzentren

Den Fokus setzen beide Wirtschaftskammern auch auf die weitere Etablierung von Gründerzentren. Gerade mit dem Umwelttechnologischen Gründerzentrum, kurz UTG, habe man in Schwaben sehr positive Erfah-



Rauch und IHK-Präsident Dr. Andreas Kopton in ihren Eingangsstatements auf. Rauch sagte: „Für den wirtschaftlichen Erfolg junger Unternehmen ist es unverzichtbar, dass sie in dieser wichtigen Phase auf die Erfahrung und Kontakte von Experten zurückgreifen können.“ Deshalb finden bei der HWK Schwaben ständig zahlreiche Beratungen zur Existenzgründung und Unternehmensnachfolge statt. Entscheidend sei dabei, dass die Kammerfachleute nicht nur kompetent, sondern vor allem Dingen neutral, ohne eigene wirtschaftliche Absichten beraten.

Bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) wird genauso gewissenhaft gearbeitet. Präsi-

rungen gemacht. Derartige Einrichtungen sollen weiterhin gestärkt werden.

Interessante Inhalte zum Gründungsverhalten in Schwaben lieferte die Analyse von Dr. Udo Brixy vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seit 2006 stellt man bundesweit einen Rückgang bei Gründungen fest. Im Jahr 2017 befand man sich auf dem Niveau von 1998. Dennoch gibt es in Teilen Schwabens ein sehr aktives Gründungsverhalten. Wie auch in anderen Bereichen, zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt, wirke für Unternehmen auch der demografische Faktor. Es sei daher unverzichtbar, sich im Bereich der Unternehmens-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

nachfolge zu engagieren, damit gerade KMUs mit Perspektive passende Nachfolger finden. Darüber hinaus müssen aber auch junge und fähige Fachleute darin bestärkt werden, eigene Firmen zu gründen. Denn in diesen Formen sich Innovationen und können neue technische Entwicklungen vorangebracht werden.

In der Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Gordon Rohrmair, dem Präsidenten der Hochschule Augs-

burg, Prof. Dr. Daniel Veit, dem Co-Direktor des Augsburg Center for Entrepreneurship (ACE) sowie HWK-Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner und IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Saalfrank wurden Maßnahmen diskutiert wie Gründer und Gründungen in Schwaben in der Zukunft erfolgreicher gestaltet werden könnten. Die Veranstaltung moderierte Simon Schnetzer von der Gründervilla Kempten. □

Inklusionspreis Oberpfalz 2017

Beim diesjährigen Festakt zur Verleihung des Inklusionspreises Oberpfalz 2017 im Freilandmuseum Neusath-Perschen zeichnete Bezirkstagspräsident Franz Löffler drei herausragende Projekte mit je 3.000 Euro Preisgeld aus: das genossenschaftlich organisierte Inklusionsprojekt „Haus mit Zukunft“ in Regensburg, die „Kellergangband“ der JURA-Werkstätten Neumarkt gGmbH und das „Sport und Spielefest für Menschen mit und ohne Behinderung“ des SC Weiding e.V. aus dem Landkreis Schwandorf.

Sechs körperbehinderte Bewohner waren schon an der Planung für ein 35 Wohnungen umfassendes Bauprojekt der Na-Bau-Genossenschaft im Regensburger Stadtosten beteiligt. In dem Regensburger Stadtteil Burgweinting wohnen Menschen mit und ohne Behinderung zusammen, die Häusergemeinschaft verwirklicht nicht nur vorbildlich echte Inklusion im Alltag, sondern auch das Zusammenleben über drei Generationen. Zentraler Lebensmittelpunkt der Bewohner ist der gemeinsam angelegte und gepflegte Garten.

Für die „Kellergangband“ der JURA-Werkstätten Neumarkt hat alles vor 20 Jahren in einem Keller angefangen. Bei zahlreichen Konzerten bei den Werkstattfeiern der Lebenshilfe und im Neumarkter Raum spielen die rund 20 Musiker ein Repertoire von Schlagnern bis zu Polkas. Gemeinsam mit der Neumarkter Band

„Rock Sixties“ sind die Musiker mit und ohne Handicap zur gefeierten Partyband avanciert.

Sportfest beflügelt die Region

Brot und Spiele gibt es wiederum auf dem Sportfest des SC Weiding e.V. im Schöner Land. Aus der Idee einer Heimbetreuerin der Dr. Loew'schen Einrichtungen hat sich seit 2005 ein grenzüberschreitendes Sportfest mit über 300 Teilnehmern entwickelt, davon rund 60 aus Tschechien. Beim Fußballturnier mit 20 Mannschaften bis zum Spielepaar mit sechs Stationen gibt es viele Punkte zu gewinnen, Gasttänzer mit und ohne Handicap sorgen für beste Unterhaltung. Das Weidinger Sportfest hat auch das soziale Leben beflügelt: Mitarbeiter der Dr. Loew'schen Einrichtungen tauschen sich mit den Beschäftigten des Hauses der Diakonie in Pilsen aus. DK

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 7. Dezember 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmaste + Fahnen



FAHNEN KÖSSINGER
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 27 71 / 32 08-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHE Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung



Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de